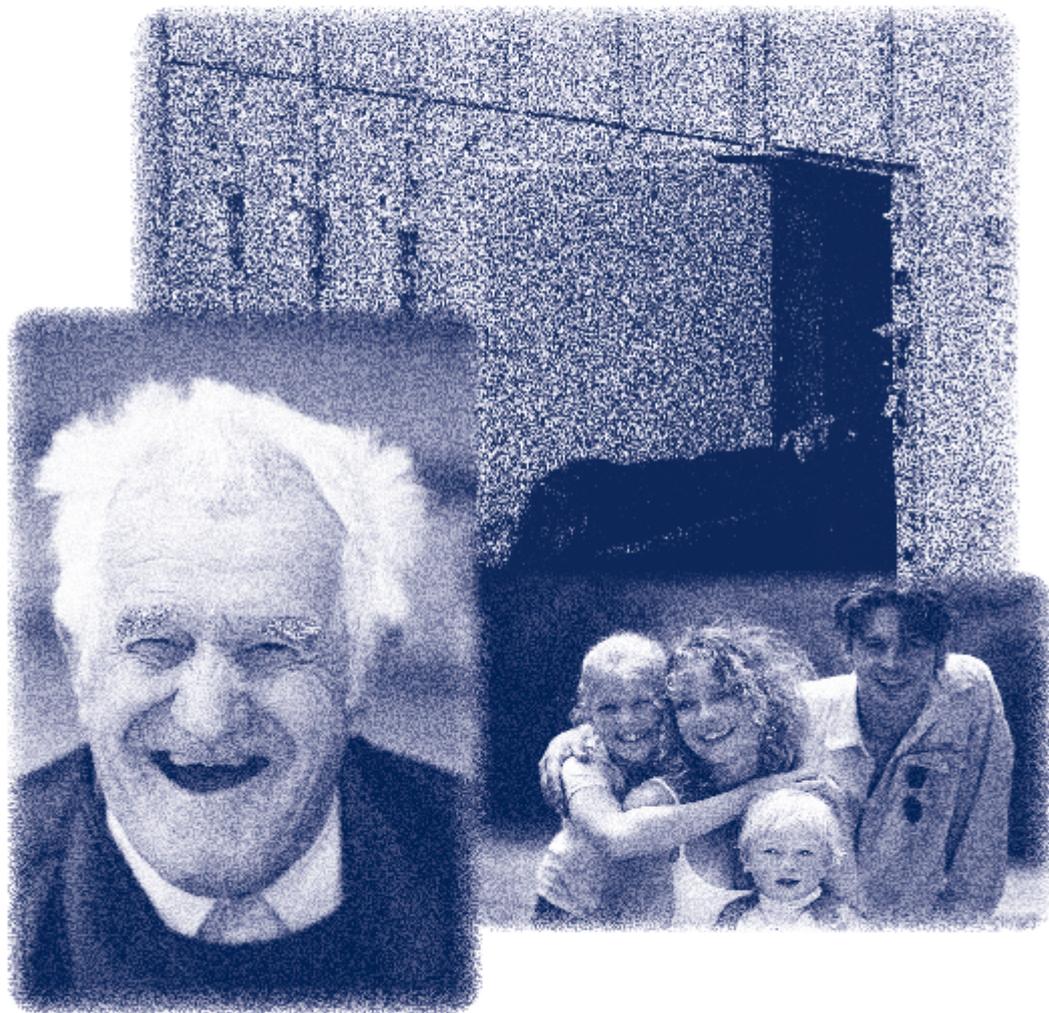




Bielefeld

**LEBENSLAGEN UND
SOZIALE LEISTUNGEN
2007**



Dezernat Jugend, Soziales, Wohnen



Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

das Sozialdezernat der Stadt Bielefeld legt Ihnen seinen zweiten Lebenslagenbericht vor. Er soll Ihnen eine Gesamtschau über die soziale Lage in unserer Stadt auf der Basis der Zahlen des Jahres 2007 geben. Gleichzeitig möchte er Politik und Verwaltung Hilfestellung sein, beim Einsatz und bei der Verteilung knapper Ressourcen vor dem Hintergrund einer insgesamt wachsenden Problematik in verschiedenen Lebens- und Hilfebereichen.

Der Vorgängerbericht hat sich mit dem Jahr 2006 befasst und – weil es seit langer Zeit der Erste seiner Art für Bielefeld war – auch mit den Jahren davor und hierbei insbesondere mit dem grundlegenden Systemwandel bei den Sozialgesetzbüchern. Der letzt jährige Bericht war bei seiner Präsentation nicht ganz unumstritten. Das hatte in allererster Linie damit zu tun, dass der Blickwinkel und der methodischen Ansatz für Bielefeld neu waren. Alle verwandten Daten waren ja bekannt. Allerdings wurden die einzelnen Hilfearten nicht separat betrachtet, sondern zueinander in Beziehung gesetzt, um valide Aussagen zur sozialen Gesamtsituation machen zu können.

Die ersten Irritationen haben nicht lange angehalten, dafür waren die Ergebnisse zu eindeutig. Methode und Schlussfolgerungen sind längst akzeptiert, zumal sich die Zahlen inzwischen auch bundesweit bestätigt haben. Schon sehr schnell nach dem Erscheinen des ersten Lebenslagenberichtes ging es ausschließlich nur noch um die Frage: „Was können wir lokal tun, beispielsweise um die Kinderarmut ein wenig abzuschwächen? Was können und müssen wir tun, um soziale Vorsorge zu betreiben, damit die beschriebene Problemlagen gar nicht erst oder zumindest nicht in dieser Schärfe auftauchen?“

Seitdem ist eine Menge passiert:

- Unter Beteiligung praktisch aller relevanten Träger der sozialen Arbeit in Bielefeld hat es auf meine Einladung hin mittlerweile drei „Fachgespräche Prekäre Lebenslagen“ gegeben. Hier gibt es keinerlei Konkurrenzdenken, sondern das ehrliche Bestreben, das Netz der sozialen Hilfen enger zu knüpfen, sich gegenseitig zu informieren und untereinander abzustimmen und möglichst passgenaue neue Hilfen zu entwickeln. Ein Beispiel ist die sogenannte „Schulkramkiste“, die auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände eingerichtet werden konnte.
- In diesem Herbst werden wir den im ersten Lebenslagenbericht angeregten „Bielefelder Kinderfonds“ unter dem Dach der „Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut“ einrichten. Die technischen und konzeptionellen Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, erste Sponsoren konnten gewonnen werden, so dass wir wahrscheinlich ab Oktober diesen Jahres bedürftigen Kindern mit geldwerten Hilfen eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen können.

- Bei der Umsetzung des neuen „Kinderbildungsgesetzes“ wurde insbesondere durch die Festlegung der Beitragsgrenzen sowie eine Geschwisterkind-Regelung darauf geachtet, dass auch die Kinder aus sozial schwächer gestellten Familien an der ganztäglichen Betreuung teilnehmen können. Aber auch die kleinräumigen Sozialdaten des letzten Lebenslagenberichtes und der Fachplanung haben die Schwerpunktsetzungen deutlich erleichtert.
- Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause 2008 hat der Rat der Stadt beschlossen, das Mittagessen für Kinder aus Familien mit einem Jahreseinkommen von unter 17.500 Euro in Kitas und in der Offenen Ganztagschule mit 30 Euro im Monat zu subventionieren. Bezieher von Transferleistungen müssen ab dem 1. August nur noch den im Regelsatz enthaltenen Anteil von 20 Euro im Monat zahlen. Diese politische Entscheidung wäre wohl ohne die vom Lebenslagenbericht angestoßene Diskussion zur Kinderarmut in Bielefeld nicht denkbar gewesen.
- Wie wichtig es ist, präventiv auf die richtige Ernährung und viel Bewegung zu achten, haben wir gemeinsam mit unserem Partner, der BKK Gildemeister-Seidensticker, unter Beweis gestellt, als wir das Projekt „Florina Fit“ in den ersten städtischen Kitas aufgelegt haben. Das wurde sogar bundesweit mit dem Einzug unter die letzten 13 von insgesamt 300 Teilnehmern am Deutschen Präventionspreis gewürdigt.
- Für den statistischen Bezirk „Vilsendorf“ hat es zwei erste Stadtteilgespräche gegeben. Sie haben gezeigt, dass die statistischen Auffälligkeiten auch im Alltagsleben vor Ort wahrgenommen werden. Die städtische Jugendhilfe wird sich daher vor Ort in Zukunft stärker engagieren.
- Die Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung sind deutlich angestiegen. Uns in Bielefeld ist es durch den Einsatz neuer Kolleginnen und Kollegen in diesem Bereich gelungen, die Fallraten und damit die Qualität der Unterstützung für die betroffenen Kinder und Jugendlichen in etwa konstant zu halten.
- Ebenfalls auf der Basis der Erkenntnis des letztjährigen Berichtes hat die Gesellschafterversammlung der Arbeit*plus* für 2008 erstmals kommunale Ziele für die Integration von SGB II-Empfängern in Bielefeld festgelegt. Diese Ziele werden Ende des Jahres auf ihren Erreichungsgrad hin überprüft werden.

Unmittelbar nach der Sommerpause wird mein Dezernat Konzepte für ein familien-, senioren- und behindertenfreundlicheres Bielefeld in die Politik einbringen. Sie enthalten eine ganz Reihe von innovativen Einzelmaßnahmen, die die Sozialpolitik in unserer Stadt ein Stück weiter bringen werden. In den statistischen Bezirken „Sennestadt“ und „Hammer Mühle/Königsbrügge“ sollen zwei „Pflegebüros“ als

Pilotprojekte für das neue Pflegeweiterbildungsgesetz eingerichtet werden. Auch bei dieser Standortwahl wurden kleinräumige Sozialdaten zugrunde gelegt.

Man könnte an dieser Stelle noch eine ganze Reihe anderer Beispiele nennen. Sie gehen allerdings allesamt in ein und dieselbe Richtung: Quartiersbezogene, kleinräumige Ansätze sind der einzig wirksame Schlüssel für eine moderne kommunale Sozialpolitik: Darüber ist sich auch die Wissenschaft einig. Wir in Bielefeld werden sie weiter betreiben und intensivieren. Um den durch Arbeitslosigkeit oder andere Schicksalsschläge in Not geratenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu helfen. Sie haben es verdient!



Tim Kähler
Sozialdezernent

Bielefeld, im Juli 2008

Inhaltsverzeichnis:

Teil I: Finanzen des Dezernates Jugend, Soziales, Wohnen im Überblick ... Seite 5

Teil II: Zusammenfassung und Analyse von Zahlen und Daten

II.0: Methodischer Ansatz ... Seite 6

II.1: Basisdaten für die Gesamtstadt und auffällige Abweichungen in einzelnen statistischen Bezirken ... Seite 7

II.2.: Materielle Leistungen der Stadt Bielefeld bei Einkommensdefiziten ... Seite 38

II.3.: Beratung und Betreuung - Lebensphasenspezifische Angebote ... Seite 43

II.4.: Beratung und Betreuung - Zielgruppenspezifische Angebote ... Seite 47

II.5.: Gesundheit und Verbraucherschutz ... Seite 50

II.6.: Schlussfolgerungen und Ausblick ... Seite 52

Teil III: Ausgewählte Sozialdaten und -statistiken

III.1: Basisdaten für die Gesamtstadt und auffällige Abweichungen in einzelnen statistischen Bezirken

III.1.1 Ausgewählte Basisdaten für die Gesamtstadt ... Seite 57

III.1.2 Untersuchungszeitraum 2007: Hohe prozentuale Abweichungen einzelner statistischer Bezirke vom Durchschnittswert der Gesamtstadt (10 Prozentpunkte und mehr) ... Seite 63

III.2: Materielle Leistungen der Stadt Bielefeld bei Einkommensdefiziten

III.2.1 Materielle Leistungen in Daten und Zahlen für die Gesamtstadt ... Seite 81

III.2.2 Höchste Fallzahlen in den statistischen Bezirken ... Seite 93

III.3.: Beratung und Betreuung - Lebensphasenspezifische Angebote

III.3.1 Kinder und Jugendliche ... Seite 97

III.3.2 Junge Erwachsene, Erwachsene und Familien ... Seite 106

III.3.3 Seniorinnen und Senioren ... Seite 109

III.4.: Beratung und Betreuung - Zielgruppenspezifische Angebote

III.4.1 Angebote für Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung ... Seite 112

III.4.2 Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund ... Seite 115

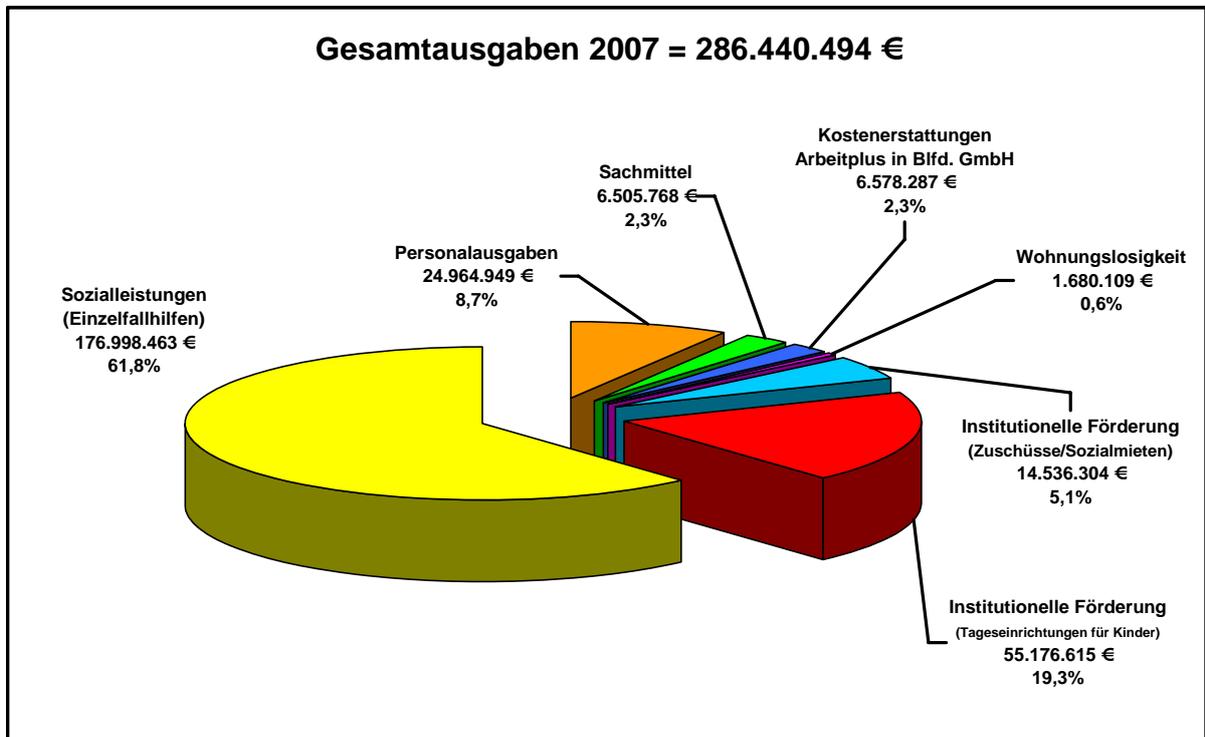
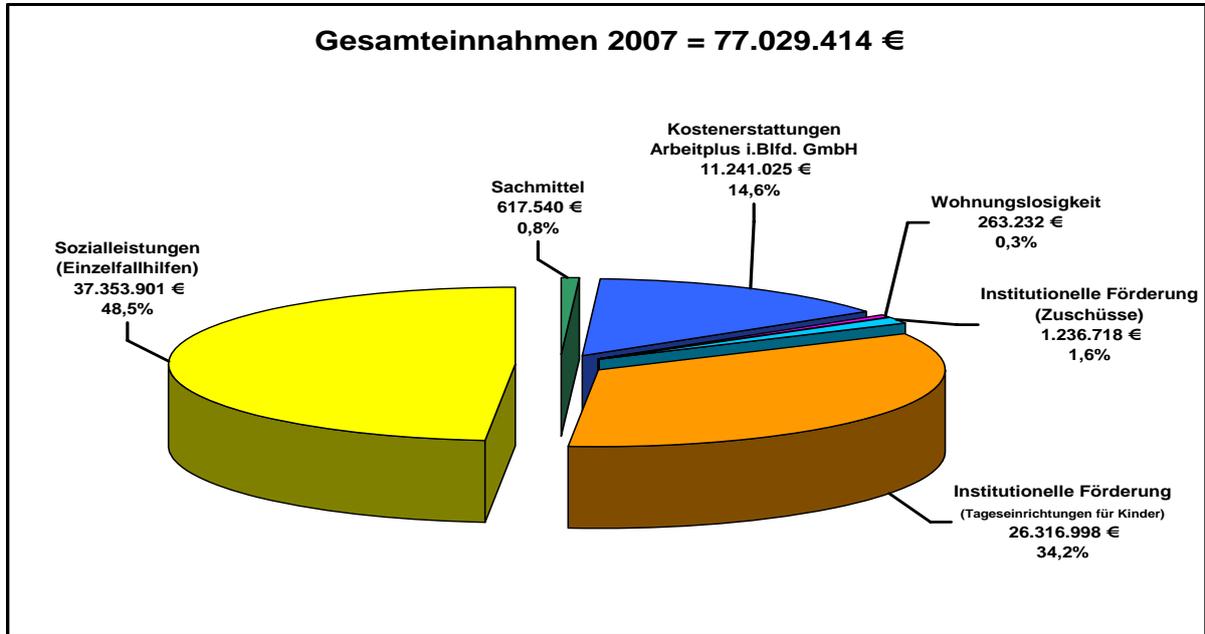
III.4.3 Angebote für Menschen in besonderen Notlagen oder sozialen Schwierigkeiten ... Seite 117

III.4.4 Angebote der Mädchen- und Frauenarbeit ... Seite 120

III.5.: Gesundheit und Verbraucherschutz

III.5.1: Ausgewählte Leistungsdaten ... Seite 121

Teil I: Finanzen des Dezernates Jugend, Soziales, Wohnen im Überblick



Teil II: Zusammenfassung und Analyse von Zahlen und Daten

II.0: Methodischer Ansatz

Bielefeld ist mit 256 Quadratkilometern eine Flächenstadt, die größer ist als beispielsweise Frankfurt a. M.. Seine einzelnen Stadtbezirke und vor allem die 92 statistischen Bezirke sind nicht nur flächenmäßig, sondern auch von ihrer Siedlungsdichte her unterschiedlich groß.

Für die Belastung mit sozialen Problemlagen heißt dies, dass die absoluten Zahlen für einen bevölkerungsstarken Stadtbezirk ganz andere Folgen haben, als für einen bevölkerungsschwachen Stadtbezirk. Um Aussagen über die relative Belastung der einzelnen Quartiere mit einer oder mehreren Problemlagen treffen zu können, werden die absoluten Zahlen jeweils in Verbindung gesetzt zur Bevölkerungszahl des Stadtbezirks bzw. des statistischen Bezirks.

Die auf diese Weise entstehenden Prozentangaben stoßen insbesondere bei sehr bevölkerungsarmen Bezirken an die Grenzen ihrer Aussagekraft, wenn sie wegen der geringen Grundgesamtheit stark in die Höhe schnellen. Um dem Leser die tatsächliche Dimension des Problems zu erläutern, werden daher in diesen Fällen auch die absoluten Zahlen neben die Prozentwerte gesetzt.

Insgesamt ist dieser Ansatz, der bereits im Lebenslagenbericht 2006 zur Anwendung gekommen ist, inzwischen als aussagekräftig für eine quartiersbezogene Analyse akzeptiert. Die stärker räumlich orientierte Sichtweise ist auf Sicht auch unter dem Aspekt des demographischen Wandels wichtig, denn einzelne Stadtteile werden unterschiedlich von den Veränderungen der Bevölkerungsstruktur betroffen sein. Merkmale sozialer Benachteiligung treten häufig zusammen auf, so die Expertenmeinung – Armut, Arbeitslosigkeit, ein hoher Anteil Alleinerziehender und besonders viele Menschen mit Migrationshintergrund. Daher gehen auch die Bemühungen der demographischen Entwicklungsplanung in die Richtung räumlicher Betrachtungen, etwa in dem Projekt: „Räume der Zukunft“.

II.1.: Basisdaten für die Gesamtstadt und auffällige Abweichungen in einzelnen statistischen Bezirken

Wesentliche Kernaussagen zu den statistischen Basisdaten:

- Insgesamt haben in Bielefeld am 31. Dezember 2007 41.513 Personen von Transferleistungen gelebt. Im Vorjahr waren es 41.106, mithin ist ihre Zahl um 407 Menschen gestiegen. Mehr als ein Viertel aller Betroffenen war unter 15 Jahren alt. Das entspricht einem Anteil von 23,7 Prozent an dieser Gesamt-Altersgruppe in der Stadt.
- Die Zahl der sogenannten „Aufstocker“, also derjenigen, deren Erwerbseinkommen nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt für ihre Bedarfsgemeinschaft davon zu bestreiten, und die daher noch ergänzende Leistungen nach dem SGB II benötigen, lag am 31.12.2007 bei 5.764.
- Der Rückgang der Fallzahlen im SGB II lag bei 18,4 Prozent, der Rückgang bei den betroffenen Personen in den Bedarfsgemeinschaften dagegen nur bei 3,5 Prozent.
- Der Aufschwung am Arbeitsmarkt ist an den kinderreichen Bedarfsgemeinschaften vorbei gegangen.
- Die offizielle Arbeitslosenstatistik weist für Bielefeld einen Rückgang um 4.419 auf 14.947 Fälle auf. Der Anteil der Arbeitslosengeld II-Empfänger unter ihnen ist auf mehr als drei Viertel angestiegen.
- Die Bevölkerung in Bielefeld hat 2007 um 685 Menschen (0,2 Prozent) abgenommen. Vier Fünftel davon waren Frauen, nur ein Fünftel waren Männer.
- Nur zwei Altersgruppen innerhalb der Stadt sind 2007 angewachsen, nämlich die Fünfzig- bis Sechzig-Jährigen und die über Achtzig-Jährigen. Der Alterungsprozess setzt sich relativ rasch fort.
- Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund (nach der Definition dieses Berichtes) an der Gesamtbevölkerung ist von 21,9 auf 22,3 Prozent gestiegen. Der Zuwachs hat ausschließlich im Bereich der doppelten Staatsbürgerschaft stattgefunden.
- Die Zahl der Ein-Personen-Haushalte ist 2007 um 57 Prozent stärker gestiegen als in den Jahren 2004 bis 2006 zusammen.
- Die Zahl der Alleinerziehenden mit zwei und mehr Kindern ist 2007 um 11 Prozent gestiegen.
- Der Anteil der Bielefelder Haushalte mit Kindern ist 2007 um 0,1 Prozent zurück gegangen. In weniger als jedem fünften Haushalt der Stadt leben noch Kinder.

- Die sinkenden Fallzahlen in der Arbeitslosenstatistik führten zu keinem nennenswerten Rückgang bei der anteiligen Erstattung der Kosten der Unterkunft durch die Kommune. Zum einen ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nur geringfügig zurück gegangen, zum anderen sind die Energiekosten drastisch gestiegen.
- Die Klientel der Schuldnerberatungen wird immer jünger, Hauptgläubiger sind mittlerweile staatliche Einrichtungen und Institutionen.
- Die Fallzahlen der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung im Alter und wegen Erwerbsunfähigkeit steigen weiterhin und erhöhen damit den Anteil der Menschen, die von Transferleistungen leben müssen. Die Ausgaben für die Grundsicherung alleine lagen bei knapp 16 Millionen Euro.
- Bei den Einmalbeihilfen sind die Zuschüsse zu mehrtägigen Klassenfahrten sowie die Bekleidungsbeihilfen spürbar gestiegen. Letztgenannte sogar um 125 Prozent.
- Bei der Eingliederungshilfe für Behinderte ist der städtische Zuschussbedarf um 820.000 Euro gestiegen.
- Die Fallzahlen in fast allen Bereichen der Hilfen zur Erziehung sind angestiegen und damit natürlich auch die Ausgaben. Dennoch ist es bei vielen Hilfearten aufgrund unterschiedlichster Anstrengungen gelungen, die durchschnittlichen Kosten pro Fall zu senken.
- Die Fallzahlen des kinder- und jugendpsychiatrischen Dienstes haben deutlich zugenommen. Eine besonders auffällige prozentuale Steigerung gibt es bei den kleinen Patienten zwischen drei und sechs Jahren.

Vertiefung der Kernaussagen:

Einwohnerinnen und Einwohner

Der rückläufige Trend der letzten vier Jahre bei den Einwohnerinnen und Einwohnern hat sich auch 2007 fortgesetzt. Genau 685 Menschen weniger lebten am 31.12.2007 in der Stadt. Die prozentuale Verteilung zwischen den Geschlechtern ist zwar insgesamt gleich geblieben (47,8 % männlich zu 52,2 % weiblich), doch bei den absoluten Zahlen liegt der Rückgang der weiblichen Einwohnerinnen mit 562 deutlich über dem der Männer (123).

Alterspyramide

Die zugrunde gelegte Alterspyramide ist in zehn Gruppen im Alter zwischen null und Über-Achtzig-Jahren unterteilt. Acht dieser Altersgruppen verzeichnen Verluste, nur in zweien gibt es Zuwächse: Dies sind zum einen die Gruppe der Fünfzig- bis Unter-Sechzig-Jährigen (+ 546 Personen) sowie die Gruppe der Hochbetagten über achtzig Jahren (+ 457 Personen).

Die Zahl der Kinder unter 15 Jahren ist 2007 um insgesamt 576 zurückgegangen. Ihr Anteil an der Bielefelder Gesamtbevölkerung ist damit von 14,4 auf 14,2 Prozent gesunken. Die absolute Zahl liegt allerdings deutlich unter dem Wert von 2006, als der Rückgang bei 707 Personen lag.

Legt man unter dem Aspekt der Volljährigkeit die Vollendung des achtzehnten Lebensjahres zugrunde, so hat die Gruppe der Kinder und Jugendlichen einen Anteil von 17,5 Prozent an der Bielefelder Gesamtbevölkerung. Erweitert man sie nochmals um die sogenannten „jungen Erwachsenen“ (unter 25 Jahren) so ist festzuhalten, dass ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung 2007 von 26,6 auf 26,4 Prozent zurückgegangen ist.

Von 37,0 auf 37,4 Prozent gestiegen ist dagegen der Anteil der Menschen über fünfzig Jahren. Und das, obwohl die Gruppe der Sechzig- bis unter Achtzig-Jährigen insgesamt 243 Personen verloren hat. Der Grund hierfür liegt darin, dass die unmittelbaren Kriegs- und Nachkriegsjahrgänge im Moment in dieser Gruppe vertreten sind.

In der Gesamtbetrachtung ist der rasche Alterungsprozess der Bielefelder Bevölkerung deutlich ablesbar: Alle Gruppen unterhalb der Grenze von fünfzig Jahren verzeichnen Rückgänge. Die Zahl der Hochbetagten über achtzig Jahre ist in absoluten Zahlen deutlich stärker gestiegen als die Zahl der Kinder unter sechs Jahren.

Stark überdurchschnittliche regionale Abweichungen innerhalb Bielefelds finden sich – wie schon im Vorjahr - nur bei zwei Altersgruppen, alle anderen sind recht gleichmäßig über die Stadt verteilt. Der Anteil der Achtzehn- bis unter Fünfundzwanzig-Jährigen liegt naturgemäß rund um die Universität deutlich höher als in der Reststadt (plus 29,3 Prozentpunkte Abweichung vom Mittelwert, Vorjahr + 28,8 Prozentpunkte). Bei der großen Gruppe der Fünfundzwanzig- bis Unter-Fünfzig-

Jährigen ist eine deutliche Konzentration im unmittelbaren Innenstadtbereich festzustellen (Statistische Bezirke „Kesselbrink“, „Landgericht“, „Alt- und Neustadt“, „Siegfriedplatz“, „Dürkopp“).

Nicht deutsche Bevölkerung - Menschen mit Migrationshintergrund

Der Begriff: „Migrationshintergrund“, wird immer wieder auf der Basis unterschiedlichster Definitionen verwandt. Für diesen Bericht soll gelten: Wenn im Weiteren von Menschen mit Migrationshintergrund die Rede ist, so sind damit die nicht-deutschen Personen (Ausländerinnen und Ausländer) **und** Personen mit der deutschen und einer weiteren Staatsbürgerschaft (doppelte Staatsbürgerschaft) gemeint. Diese beiden Merkmale können über das Einwohnermeldewesen verlässlich erhoben werden. Nicht erfasst und damit in den nachfolgenden Zahlen auch nicht enthalten sind dagegen eingebürgerte Personen und der weitaus größte Teil der Aussiedlerinnen und Aussiedler (nämlich diejenigen ohne doppelte Staatsbürgerschaft).

Ausländer

Die Zahl der Bielefelderinnen und Bielefelder ohne deutschen Pass ist 2007 um 247 Personen auf 37.607 zurückgegangen. Die ergibt sich im Wesentlichen durch die Zahl der Einbürgerungen. Damit bleibt der Trend der letzten fünf Jahre bestehen, die absoluten Zahlen der jährlichen Rückgänge werden allerdings kontinuierlich geringer: Die Zahl der Ausländer nimmt langsamer ab. Durch den Rückgang der Gesamtbevölkerung bleibt der Anteil dieser Gruppe an allen Einwohnerinnen und Einwohnern mit 11,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr konstant.

Bei den abnehmenden Zahlen gibt es einen markanten geschlechterspezifischen Unterschied. Die Statistik zählt 193 Männer, aber nur 54 Frauen weniger. 2006 gab es erstmals mehr weibliche als männliche Menschen ohne deutschen Pass in der Stadt. Diese Schere ging 2007 – wie die o. g. Zahlen zeigen – weiter auseinander.

Bei den Herkunftsländern der Menschen ohne deutschen Pass wird grundsätzlich unterschieden in den EU- und den Nicht-EU-Bereich. Durch die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien hat sich die Zahl der EU-Staaten 2007 auf 27 erhöht. Durch die beiden neuen Herkunftsländer ist ein Vergleich mit dem Vorjahr (ein Plus von 430 Personen) nur bedingt aussagekräftig. Eine deutliche Sprache spricht dagegen der Rückgang der Personen aus Nicht-EU-Ländern mit 677 Personen. Das setzt den Trend der Jahre 2005 und 2006 fort.

Die vergleichsweise höchsten Anteile von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern an der Gesamtzahl der Bevölkerung finden sich in den statistischen Bezirken „Fuhrpark“ (plus 17,5 Prozentpunkte Abweichung vom Mittelwert), „Güterbahnhof Ost“ (plus 16,3 Prozentpunkte) und „Universität“ (plus 15,7 Prozentpunkte). Insgesamt lässt sich – anders als noch im Vorjahr – sagen, dass überall dort, wo der Anteil der ausländischen Bevölkerung am höchsten ist, die Prozentzahlen gleich bleiben oder gar rückläufig sind.

Bei den absoluten Zahlen rangiert der statistische Bezirk „Heeper Fichten“ mit 1.866 Personen vor „Hammer Mühle“ (1.785 Personen) und „Kammerich“ (1.650 Personen). Im Vergleich zum Vorjahr gab es in diesen statistischen Bezirken kaum Veränderungen, d. h., dass der in der Vergangenheit beobachtete „Schneeballeffekt“ 2007 nicht aufgetreten ist.

Doppelte Staatsbürgerschaft

Die Zahl der Personen mit einer doppelten Staatsbürgerschaft ist 2007 um 1.358 auf 35.304 gestiegen. Damit liegt sie nur noch um rund 2.300 Personen unterhalb der Gruppe der Ausländer. Zum Vergleich: Im Jahr 2003 lag die Differenz noch bei 9.223 Menschen.

Der Anteil der Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft an der Bielefelder Gesamtbevölkerung hat sich 2007 von 10,4 auf 10,8 Prozent erhöht. Geschlechtsspezifisch verteilt sich der Zuwachs auf 739 männliche und 619 weibliche Personen. Dadurch ist der Anteil der Männer mit doppelter Staatsbürgerschaft an der Bielefelder Gesamtpopulation auf 11,3 Prozent gestiegen (Vorjahr: 10,9 Prozent) und der der Frauen auf 10,3 Prozent (Vorjahr: 9,9 Prozent).

Bei der regionalen Verteilung liegen die Schwerpunkte – wie im Vorjahr – in den statistischen Bezirken „Sieker“ (Anteil an der Gesamtbevölkerung von 30,9 Prozent), „Baumheide“ (30,0 Prozent), „Südstadt Sennestadt“ (24,2 Prozent) und „Betriebshof Sieker“ (23,1 Prozent). In den Bezirken „Sieker“ und „Betriebshof Sieker“ hat es einen weiteren Aufwuchs der absoluten Zahlen gegeben, während in den beiden anderen Quartieren Rückgänge zu verzeichnen sind.

Einen großen Anteil an dieser Gruppe haben Kinder und Jugendliche, die sich mit dem Erreichen des 18. Lebensjahres für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen.

Migrationshintergrund

Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund (Definition s. o.) ist 2007 um 1.111 gestiegen. Zum Vergleich: In den Vorjahren lag der Durchschnitt bei einem Zuwachs von gut 700 Personen pro Jahr. 2007 waren 546 Personen dieser Gruppe männlich, 565 waren weiblich. Der Anteil an der Bielefelder Gesamtbevölkerung ist von 21,9 auf 22,3 Prozent gestiegen. Insgesamt ist dies der höchste Jahresanstieg, den es je in Bielefelder gegeben hat. Zurückzuführen ist er ausschließlich auf die hohen Steigerungsraten bei den Personen mit einer doppelten Staatsbürgerschaft.

Die größte regionale Abweichung vom städtischen Mittelwert findet sich in Sieker (plus 31,5 Prozentpunkte, Gesamtanteil an der dortigen Wohnbevölkerung: 53,8 Prozent). Das bedeutet, dass mehr als jeder zweite Einwohner in Sieker einen Migrationshintergrund hat. Da hier traditionell viele Aussiedler wohnen, die zu einem nicht unerheblichen Teil die Staatsbürgerschaft ihres Herkunftslandes aufgegeben und nur noch den deutschen Pass haben, wird die tatsächliche Zahl noch einmal deutlich höher liegen. Der unmittelbar angrenzende statistische Bezirk „Betriebshof Sieker“ weist ebenfalls einen signifikant hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund auf und darf dem „Sozialraum Sieker“ bei dieser Kennzahl

zweifelloos zugerechnet werden. Würde man diese Analyse vertiefen und die Anteile in ausgewählten Altersgruppen errechnen, käme man bei den Kindern und Jugendlichen auf Werte um die 70 Prozent.

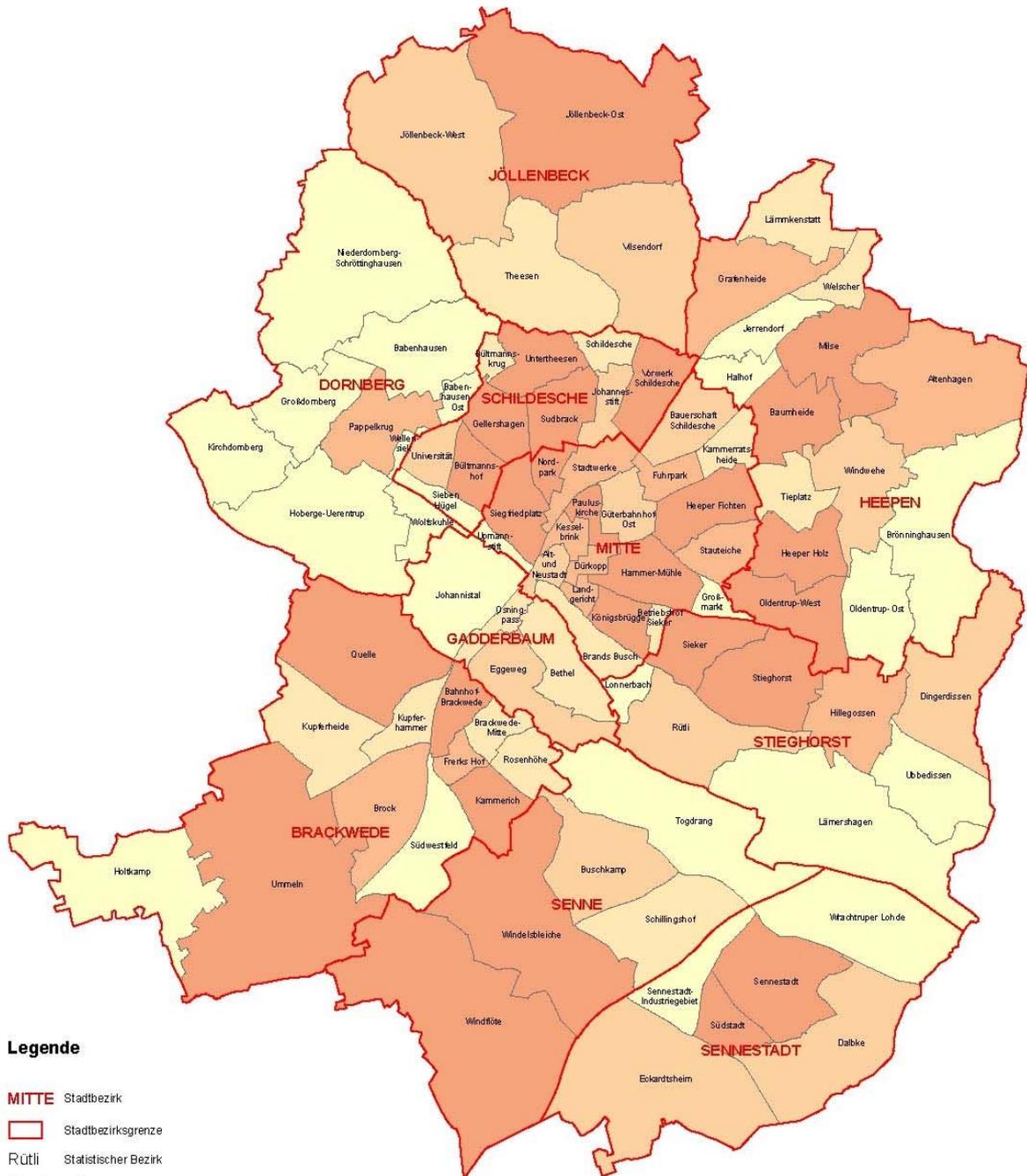
Mit einigem Abstand folgt „Baumheide“ mit einer Abweichung von 22,6 Prozentpunkten oder umgerechnet einem Gesamtanteil von 44,9 Prozent auf Rang zwei bei dieser Kennzahl. Die weitere Reihenfolge: „Fuhrpark“ (Gesamtanteil 40,8 Prozent), „Bauerschaft Schildesche“ (40,8 Prozent), „Güterbahnhof Ost“ (40,6 %).

Bei den absoluten Zahlen rangiert „Baumheide“ (3.501 Personen) vor „Sieker“ (2.936), „Kammerich“ (2.431), „Pauluskirche“ (1.564), „Südstadt Sennestadt“ (1.303) und „Bahnhof Brackwede“ (1.125).

Während im statistischen Bezirk „Sieker“ 2007 nochmals eine Steigerung der absoluten Zahlen um 119 Personen festzustellen ist, ist sie in den anderen Quartieren mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund entweder gleich geblieben oder sogar leicht zurückgegangen.

Die Zahl der Einbürgerungen lag 2007 bei 867 Personen und entspricht damit in etwa dem Ergebnis von 2006 (853).

Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund



Legende

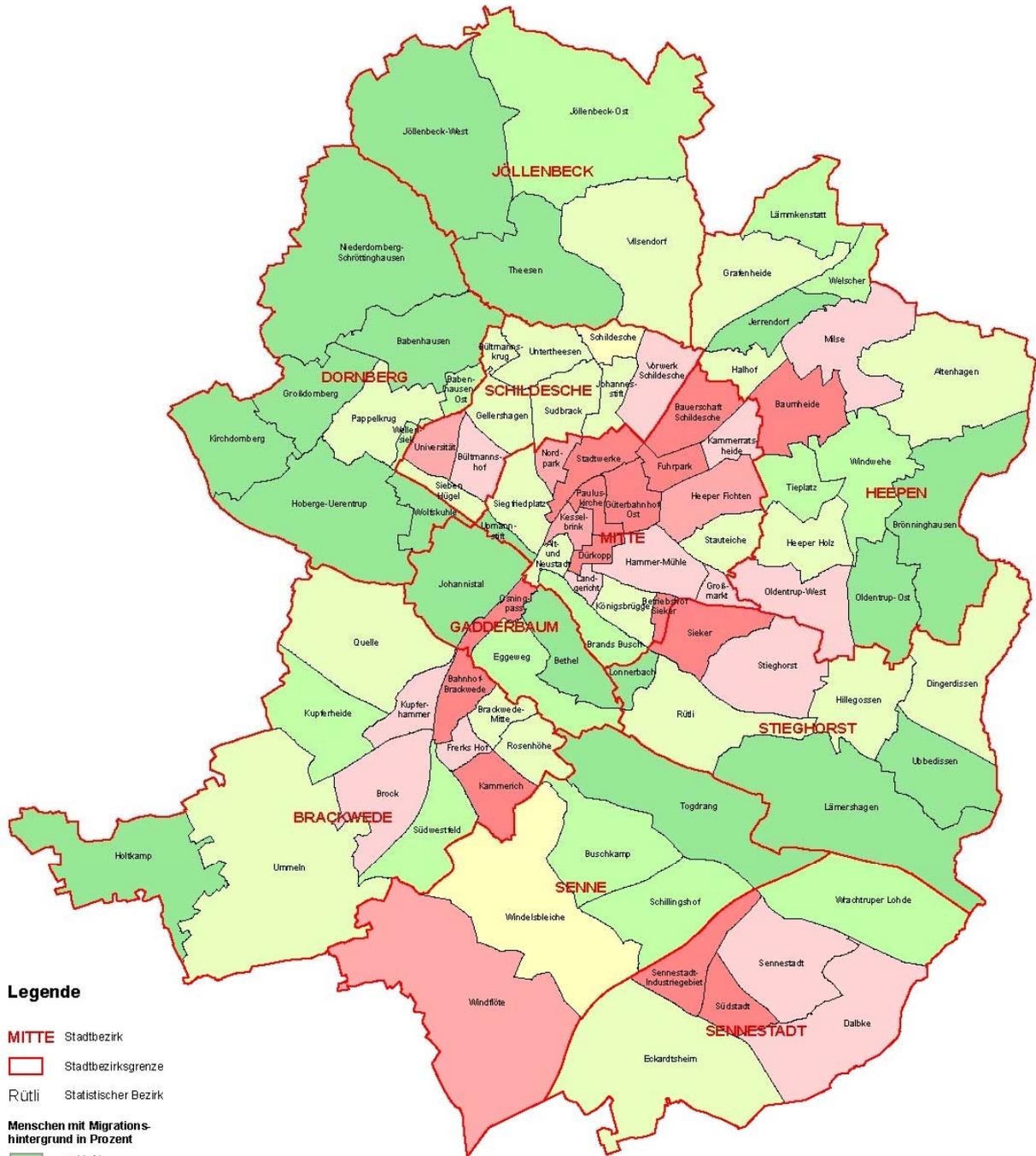
- MITTE Stadtbezirk
- Stadtbezirksgrenze
- Rütli Statistischer Bezirk
- Menschen mit Migrationshintergrund**
- < 250
- 250 - 499
- 500 - 749
- 750 - 1000
- > 1000

Gesamtzahl: 72911

Stand: 31.12.2007

Kartografie: Vermessungs- und Katasteramt

Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund in Prozent



Legende

- **MITTE** Stadtbezirk
- Stadtbezirksgrenze
- Rütli Statistischer Bezirk

Menschen mit Migrationshintergrund in Prozent

- < 11 %
- 11,0 - 15,9 %
- 16,0 - 20,9 %
- 21,0 - 23,0 %
- 23,1 - 28,0 %
- 28,1 - 33,0 %
- > 33 %

Durchschnittswert für Bielefeld: 22,3 %

Stand: 31.12.2007

Kartografie: Vermessungs- und Katasteramt

Haushalte

Aufgrund von Erhebungsproblemen gab es beim letzten Lebenslagenbericht keine Jahreszahl zum 31.12.2006 für die Bielefelder Haushalte, sondern nur Daten vom Stichtag 31. Juli 2006. Insofern ist die Vergleichbarkeit zwischen den Jahren 2006 und 2007 nicht in vollem Umfang möglich. Alle Gegenüberstellungen beziehen sich also im Folgenden auf die Stichtage 31. Juli 2006 und 31. Dezember 2007.

Die Zahl der Haushalte insgesamt ist in etwa konstant geblieben (plus 32). Sehr stark gestiegen ist wiederum die Zahl der Ein-Personen-Haushalte mit einem Zuwachs von 1.730. Dieser Wert ist extrem hoch, zum Vergleich: Zwischen 2004 und 2006 gab es bei dieser Kennzahl zusammen genommen einen Anstieg um insgesamt rund 1.100.

Die Zahl der Familien mit Kindern ist erstmals seit 2004 wieder leicht gestiegen (plus 117). Bei den Alleinerziehenden mit einem Kind gab es einen Rückgang um 91, bei den Alleinerziehenden mit zwei und mehr Kindern hingegen einen Zuwachs von 219. Unter dem Strich bedeutet dies ein Mehr bei den Haushalten mit Kindern von 245.

Wenn die Zahlen der Ein-Personen-Haushalte und der Haushalte mit Kindern um zusammen genommen 1.975 steigen, gleichzeitig die Zahl der Haushalte insgesamt aber praktisch stagniert (plus 32), dann kann der dadurch zwangsläufig gegebene Rückgang nur bei den Zwei-Personen-Haushalten ohne Kinder entstanden sein. Schon im letzten Lebenslagenbericht wurde an dieser Stelle vermutet, dass der Aufwuchs bei den Ein-Personen-Haushalten - oder zumindest große Teile hiervon - möglicherweise auf das SGB II zurückzuführen sein könnte. Zahlreiche Zwei-Personen-Haushalte ohne Kinder könnten sich formal „getrennt“ haben, um nicht als Bedarfsgemeinschaft gegenseitig unterhaltspflichtig zu sein. Einen eindeutigen empirischen Nachweis für diese Annahme gibt es allerdings weiterhin nicht.

Ein-Personen-Haushalte

Die Ein-Personen-Haushalte konzentrieren sich sehr stark auf die Stadtmitte. Hier liegen auch die statistischen Bezirke mit den höchsten Anteilen an Ein-Personen-Haushalten in der gesamten Stadt: „Alt- und Neustadt“, „Landgericht“, „Siegfriedplatz“, „Dürkopp“. In all diesen statistischen Bezirken ist der Anteil der Ein-Personen-Haushalte im Vergleich zum Vorjahr allerdings zurückgegangen. Einzige Ausnahme: Der Bezirk „Kesselbrink“ mit einem Zuwachs von 22,4 Prozent im Jahr 2006 auf 23,2 Prozent beim Anteil an allen dortigen Haushalten im Jahr 2007.

Insgesamt beherbergt der Stadtbezirk Bielefeld-Mitte 34,3 Prozent aller Bielefelder Ein-Personen-Haushalte. Umgerechnet bedeutet das, dass 58,2 Prozent aller Haushalte in Bielefeld-Mitte nur von einer Person bewohnt werden. Das ist eine leichte Steigerung im Vergleich zum Vorjahr. Besonders hohe Prozentwerte im Bezug auf die Gesamtzahl aller dortigen Haushalte finden sich bei dieser Kennzahl auch in den Stadtbezirken Gadderbaum (52,8 Prozent) und Schildesche (49,6 Prozent). Übersetzt bedeutet dies, dass in den beiden letztgenannten Stadtbezirken jeder zweite Haushalt ein Ein-Personen-Haushalt ist. Die geringsten Anteile bei dieser Haushaltsart finden wir in den Stadtbezirken Jöllenbeck (35,7 Prozent), Stieghorst (35,7 Prozent) und Senne (35,8 Prozent).

Von den prozentualen Anteilen zu den absoluten Zahlen: Die meisten Ein-Personen-Haushalte gibt es in den statistischen Bezirken „Siegfriedplatz“ (4.032, Vorjahr: 3.971), „Hammer Mühle“ (3.495, Vorjahr: 3.419) und „Heeper Fichten“ (3.246, Vorjahr: 3.210). Aber nicht nur in der unmittelbaren Stadtmitte finden sich hohe absolute Werte, sondern auch in einigen der sogenannten Außenbezirke, wie beispielsweise „Sudbrack“ (2.660), „Sennestadt (statistischer Bezirk)“ (2.207) oder „Stieghorst“ (2.004).

Familien mit Kindern

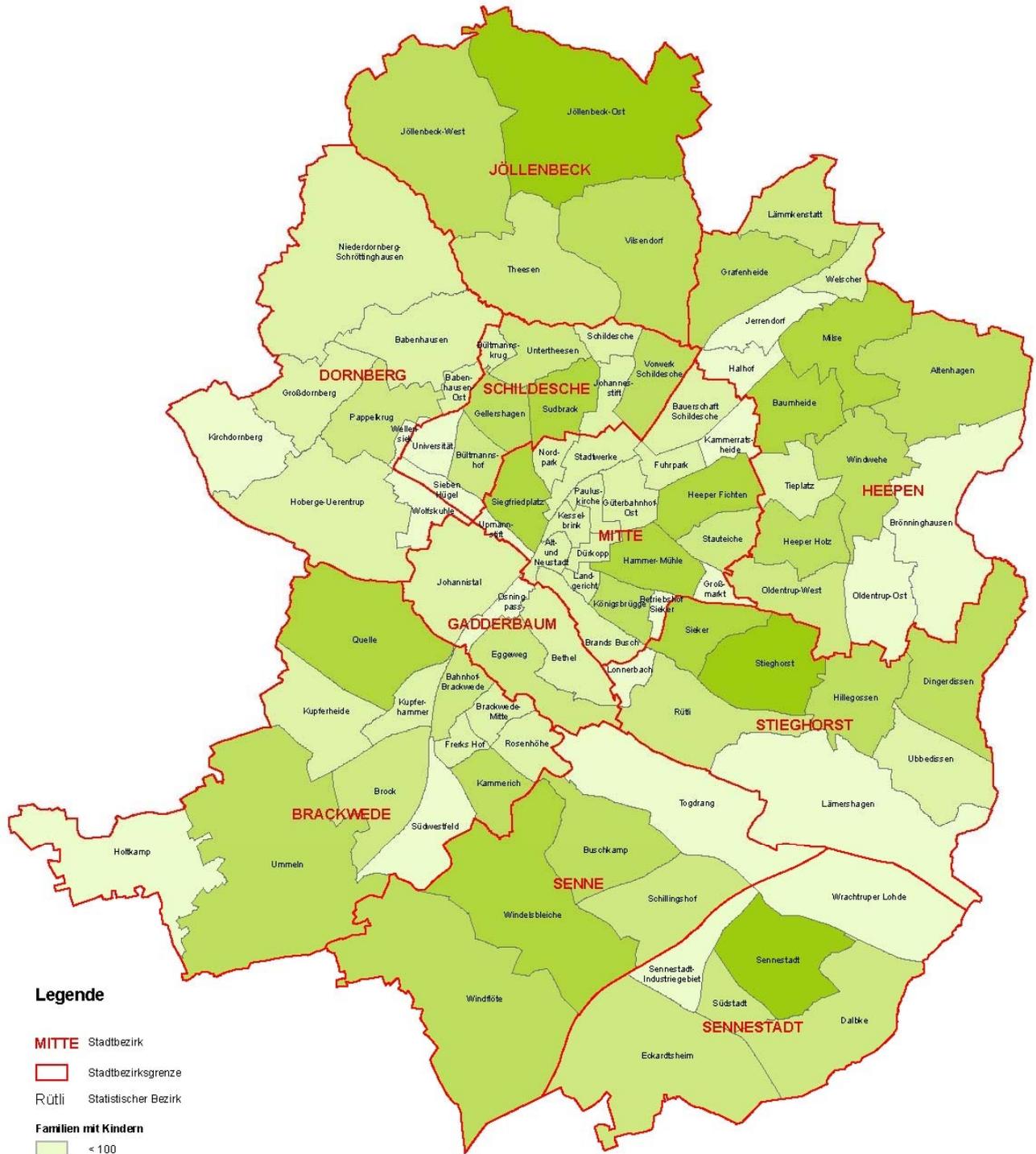
Insgesamt hatte Bielefeld am 31. Dezember 2007 25.664 Familienhaushalte mit Kindern. Das entspricht einem Anteil von 15,4 Prozent an allen Bielefelder Haushalten. 11.478 dieser Familien haben ein Kind, das entspricht einem Anteil von 6,9 Prozent an allen Bielefelder Haushalten. 10.224 Familien haben zwei Kinder (Anteil von 6,2 Prozent) und 3.962 Familien haben drei und mehr Kinder (Anteil von 2,4 Prozent).

Besonders hohe prozentuale Anteile von Familien mit Kindern finden sich in den statistischen Bezirken „Oldentrup-Ost“, „Dalbke“, „Dingerdissen“ und „Milse“. Bis auf „Dalbke“ sind die Prozentzahlen allerdings überall gegenüber 2006 rückläufig.

Ein Blick auf die prozentualen Anteile in den Stadtbezirken: Den größten Anteil an allen Haushalten mit Kindern hat erwartungsgemäß der bevölkerungsstärkste Stadtbezirk Bielefeld-Mitte mit 18,3 Prozent. Setzt man den Anteil der Familien mit Kindern in Relation zur Zahl aller Haushalte in den einzelnen Stadtbezirken, so bildet Bielefeld-Mitte allerdings klar das Schlusslicht: Nur 10,3 Prozent aller Haushalte sind hier Familien mit Kindern. Ganz anders sieht dies aus in Heepen (20,5 Prozent), Jöllenbeck, Sennestadt und Senne (alle 20,0 Prozent). Der Schwerpunkt in Heepen liegt im statistischen Bezirk „Milse“ (25,3 Prozent), in Jöllenbeck ist der es der statistische Bezirk „Vilsendorf“ (22,6 Prozent). In Sennestadt konzentrieren sich die Familien mit Kindern besonders in „Dalbke“ (32,0 Prozent) und in Senne im statistischen Bezirk „Windelsbleiche“ (24,4 Prozent).

Bei den absoluten Zahlen liegt der statistische Bezirk „Sennestadt“ mit 800 Familien vor „Stieghorst“ (756), „Jöllenbeck-Ost“ (750), „Milse“ (657) und „Quelle“ (653).

Anzahl der Familien mit Kindern



Legende

- MITTE Stadtbezirk
- Stadtbezirksgrenze
- Rütli Statistischer Bezirk

Familien mit Kindern

- < 100
- 100 - 249
- 250 - 399
- 400 - 549
- 550 - 699
- > 700

Gesamtzahl der Familien mit Kindern: 25664

Stand: 31.12.2007

Kartografie: Vermessungs- und Katasteramt

Alleinerziehende

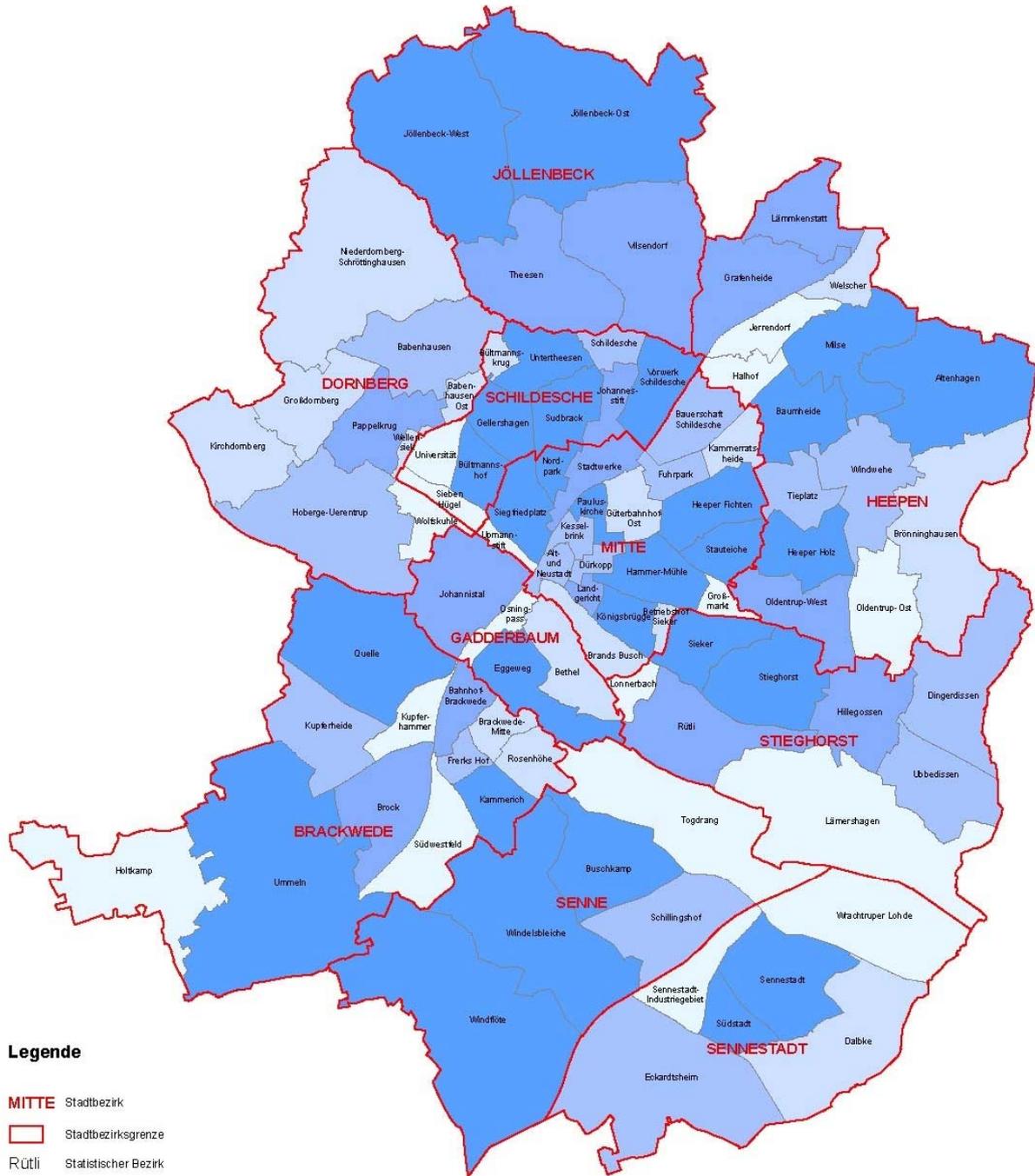
Die Zahl der alleinerziehenden Haushalte liegt bei 6.400. Das entspricht einem Anteil von 3,9 Prozent an allen Bielefelder Haushalten. Damit ist dieser Anteil um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Die Zahl der Alleinerziehenden mit einem Kind ist gegenüber dem Vorjahr um 91 zurückgegangen. Stark gestiegen ist dagegen die Zahl der Alleinerziehenden mit zwei und mehr Kindern (plus 219). Die zahlenmäßigen Schwerpunkte dieser Gruppe liegen in den statistischen Bezirken „Baumheide“ (89 Haushalte), „Heeper Fichten“ (83) und „Sennestadt (statistischer Bezirk)“ (73).

Auch bei den Alleinerziehenden hat der bevölkerungsstärkste Stadtbezirk Bielefeld-Mitte mit einem gesamtstädtischen Anteil von 28,0 Prozent die Nase vorne, gefolgt von Heepen (13,8 Prozent) und Schildesche (12,8 Prozent). Mit Blick auf den Anteil an allen Haushalten im jeweiligen Stadtbezirk liegt allerdings Heepen mit 4,2 Prozent vor Bielefeld-Mitte (4,0 Prozent), Gadderbaum (4,0 Prozent) und Sennestadt 3,9 Prozent). Bei den statistischen Bezirken liegt „Brönnighausen“ mit einem Anteil von 6,4 Prozent vor „Baumheide“ (5,9 Prozent) und der „Bauerschaft Schildesche“ (5,7 Prozent).

Insgesamt lebten am 31. Dezember 2007 in 32.064 Bielefelder Haushalten Kinder, das entspricht einem Anteil von 19,3 Prozent an allen Haushalten. Prozentual bedeutet dies im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 0,1 Prozent. Mithin bleibt es dabei: In weniger als jedem fünften Bielefelder Haushalt leben noch Kinder!

Anzahl der Alleinerziehenden



Legende

- MITTE Stadtbezirk
- Stadtbezirksgrenze
- Rüti Statistischer Bezirk

Alleinerziehende

- < 20
- 20 - 39
- 40 - 59
- 60 - 79
- > 80

Gesamtzahl der Alleinerziehenden: 6400

Stand: 31.12.2007

Kartografie: Vermessungs- und Katasteramt

Arbeitslosigkeit - Soziale Sicherungssysteme

Im letzten Lebenslagenbericht ist die Entwicklung der Arbeitslosigkeit vor dem Hintergrund der neuen Sozialgesetzgebung ab dem 1. Januar 2005 grundsätzlich skizziert worden. Dabei gab es einige zentrale Ergebnisse:

- Die individuelle Betroffenheit hat sich verändert, weil die finanzielle Betroffenheit eine andere geworden ist.
- Das Arbeitslosengeld II (ALG II) wird als Regelsatz gezahlt, der in der Höhe der früheren Sozialhilfe entspricht, und orientiert sich nicht mehr prozentual am letzten Erwerbseinkommen.
- Die Zahl der Menschen, die 2006 von den neuen Sicherungsleistungen nach dem SGB II und SGB XII leben mussten, hat sich im Vergleich zu den Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher nach dem alten BSHG des Jahres 2004 um knapp 70 Prozent erhöht (Berechnung ohne die damalige Arbeitslosenhilfe).
- Fast jeder dritte Betroffene in den Bedarfsgemeinschaften des SGB II ist ein Kind unter 15 Jahren. Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung lebte Ende 2006 jedes vierte Bielefelder Kind von sozialen Sicherungsleistungen.
- Fast zwei Drittel des SGB II-Klientels hat keine Berufsausbildung.
- Während die offiziellen Arbeitslosenzahlen der Bundesagentur für Arbeit 2006 deutlich gesunken sind, ist die Zahl der betroffenen Menschen in den Bedarfsgemeinschaften im selben Zeitraum deutlich gestiegen.
- Die Gruppe der SGB-II-Bezieherinnen und -bezieher ist 2006 im gesamtstädtischen Durchschnitt um 5,1 Prozentpunkte gestiegen. Quantitativ am stärksten betroffen ist der Stadtbezirk Bielefeld-Mitte, die höchste Steigerungsrate weist 2006 der Stadtbezirk Bielefeld-Jöllenbeck auf.

In diesem Lebenslagenbericht geht es nun um die gesamtstädtische und die regionale Entwicklung im Jahr 2007 und die Frage der Betroffenheit aller Menschen in den Bedarfsgemeinschaften, die nicht unbedingt mit den offiziellen Fallzahlen korrespondiert. Es soll darum gehen, den erweiterten sozialpolitischen Blick auf die Themen Arbeitslosigkeit und soziale Sicherung zu richten.

Die offizielle statistische Arbeitslosenzahl zum 31.12.2007 betrug laut Bundesagentur für Arbeit (BA) 14.947 Personen. Zum selben Stichtag des Vorjahres waren es 19.366. Das entspricht einem statistischen Rückgang um 4.419 Arbeitslosen in Bielefeld. In 3.524 Fällen (Vorjahr: 5.368) bestanden Ansprüche auf Leistungen nach dem SGB III (Arbeitslosengeld I) und in 11.423 (Vorjahr: 13.998) Fällen nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II). Das Verhältnis von Arbeitslosengeld I zu Arbeitslosengeld II entsprach Ende 2007 einem Anteil von 23,6 zu 76,4 Prozent. Konkret: Mehr als drei Viertel aller Arbeitslosen beziehen Leistungen nach dem ALG II. Im Vorjahr lag diese Relation noch bei 28 zu 72 Prozent.

Am 31. Dezember 2006 standen hinter den Fallzahlen des SGB II insgesamt 39.034 Personen in den Bedarfsgemeinschaften. Am 31. Dezember 2007 waren es 37.424 Personen, das entspricht einem Rückgang um 1.610. Der Rückgang der Fallzahlen lag damit umgerechnet bei minus 18,4 Prozent, der Rückgang der Personen in den Bedarfsgemeinschaften bei minus 4,1 Prozent.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist von 19.013 auf 18.238 zurückgegangen. Dieser Rückgang hat in erster Linie bei den Singles stattgefunden (minus 441). Der Anteil der nicht-erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in den Bedarfsgemeinschaften ist gegenüber dem Vorjahr um ein Prozent auf jetzt 30,6 Prozent gestiegen. 19,9 Prozent der erwerbsfähigen ALG II-Empfänger sind unter 25 Jahre alt, 20,1 Prozent sind 50 bis 65 Jahre alt. 31,8 Prozent der Erwerbsfähigen sind Ausländer, mithin annähernd jeder Dritte.

Gestiegen ist auch die Zahl der alleinerziehenden Arbeitslosen: Von 3.150 auf 3.174. Der Anstieg liegt in erster Linie bei den Bedarfsgemeinschaften mit 3 und mehr Kindern. Stichwort: Kinder unter 15 Jahren in den Bedarfsgemeinschaften. Ihre Zahl ist von 11.081 auf 10.963 gesunken. Anteilig ausgedrückt ist das ein Rückgang um 1,1 Prozent. Vergleicht man diese Zahlen mit den Prozentwerten der Fallzahlen oder der Bedarfsgemeinschaften, so darf man festhalten, dass der „Aufschwung“ bei den Arbeitsmarktzahlen an den Kindern und den kinderreichen Bedarfsgemeinschaften vorbeigegangen ist.

Ein Blick auf die Staatsangehörigkeiten beim ALG II: Insgesamt finden wir in den Bedarfsgemeinschaften am 31. Dezember 2007 25.947 Deutsche und 11.477 Ausländer. Unter dem Blickwinkel der Geschlechterdifferenzierung erkennen wir bei den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mehr Frauen als Männer in den Bedarfsgemeinschaften. Bei den Fallzahlen finden wir im Arbeitslosengeld I weiterhin mehr Frauen als Männer. Beim Arbeitslosengeld II ist dies genau anders herum.

Zum Alter: Der Anteil der unter 25-Jährigen an allen Arbeitslosen ist um 0,5 Prozentpunkte auf 10,6 Prozent gestiegen. Um 0,8 Punkte gesunken ist dagegen der Anteil der 55-65-Jährigen. Sie sind dafür allerdings vermehrt als Fälle im SGB II anzutreffen.

Die Zahl der arbeitslosen Menschen mit einer Behinderung hat sich 2007 sehr positiv entwickelt. Sie ist von 787 auf 541 zurückgegangen. Ob diese Personen in Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen oder in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen untergekommen sind, ist den vorliegenden Statistiken nicht zu entnehmen.

In der offiziellen Arbeitslosenstatistik nicht enthalten sind Menschen, die sich in sogenannten „ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen“ befinden. Hierzu zählen u. a. Personen in einer beruflichen Weiterbildung oder in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Nach Auskunft der Statistikstelle West der BA betraf dies in Bielefeld am 31. Dezember 2007 insgesamt 1.237 Personen. Ende 2006 war diese Zahl noch um etwa die Hälfte geringer (605).

Ein zentrales Thema 2007 war die Zahl der sogenannten „Aufstocker“. Für diesen Begriff gibt es zwei unterschiedliche Definitionen. Die Bundesagentur versteht hierunter ALG I-Bezieher, die zusätzlich noch Leistungen nach dem ALG II beziehen. Innerhalb der Sozialpolitik werden die „Aufstocker“ dagegen definiert als derjenige Personenkreis, der trotz Erwerbstätigkeit über ein so geringes Einkommen verfügt, dass hiervon der Lebensunterhalt für die Bedarfsgemeinschaft nicht bestritten werden kann. Der Deutsche Städtetag hat in einer Veröffentlichung vom Frühjahr

2008 eine Zahl von bundesweit 1,3 Millionen Fällen dieser Art genannt, in denen zusätzlich zum Erwerbseinkommen noch Leistungen nach dem SGB II gezahlt werden mussten. In weiteren 300.000 Fällen reiche – so der Städtetag - das Einkommen nicht zur Finanzierung der Wohnung, so dass hier die Kosten der Unterkunft vom Staat übernommen werden müssten.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit hatten von den 18.239 Bedarfsgemeinschaften im SGB II am 31. Dezember 2007 **5.764** Haushalte ein eigenes Erwerbseinkommen. Dieses Erwerbseinkommen reichte jeweils nicht aus, um damit den Lebensunterhalt für die Familie zu bestreiten. Es war eine aufstockende Hilfe mit Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II erforderlich.

Ob diese „Aufstocker“ noch in der offiziellen Arbeitslosenstatistik auftauchen oder nicht, ist aber nicht von der Höhe des Erwerbseinkommens abhängig, sondern von der Frage, wie viele Stunden in der Woche der Anspruchsberechtigte arbeitet. Ab 15 Stunden in der Woche, also im Schnitt drei Stunden pro Tag, erscheint er nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik und gilt nur noch als „arbeitsuchend“. Wie viele der 5.764 „Aufstocker-Haushalte“ einen Anspruchsberechtigten haben, der 15 und mehr Stunden die Woche arbeitet, ist aus dem für diesen Bericht vorliegenden Datenmaterial statistisch nicht zu ermitteln. Sagen kann man allerdings: 3.419 dieser Haushalte hatten ein monatliches Erwerbseinkommen von mehr als 400 Euro, 1.607 lagen bei über 1.000 Euro pro Monat.

Um zu ermitteln, wie viele Menschen in Bielefeld von Transferleistungen leben müssen, kann man die Leistungsempfänger nach den Sozialgesetzbüchern II und XII, Kapitel 3 und 4, zusammenfassen. Zum 31. Dezember 2007 kommt man auf eine Gesamtzahl von 41.513 Personen. Das sind 407 Menschen mehr als zum selben Zeitpunkt des Vorjahres. 11.031 Leistungsberechtigte waren unter 15 Jahren alt, das sind 23,7 Prozent dieser Altersgruppe in unserer Stadt. Es bleibt damit dabei, dass annähernd jedes vierte Kind in der Stadt von Transferleistungen leben muss. Kinder aus Haushalten mit sehr geringen Einkommen oder aus Haushalten mit Arbeitslosengeld I-Bezug sind in diesem Prozentwert nicht enthalten. Der Anteil der Seniorinnen und Senioren über 65 Jahren, die auf Transferleistungen angewiesen sind, liegt bei gut drei Prozent.

Arbeitslosigkeit – Ein Blick auf die Stadtbezirke

Anhand der sogenannten Arbeitslosigkeits-Betroffenheitsquote kann für Bielefeld eine Aussage darüber getroffen, in welchen statistischen Bezirken dieses Problem vergleichsweise am stärksten auftritt. Abgebildet wird dabei der prozentuale Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Er liegt für die Gesamtstadt bei 7,4 Prozent. Die regional höchsten Werte weisen die statistischen Bezirke „Dürkopp“ (16,2 Prozent), „Sieker“ (15,5 Prozent), „Baumheide“ (13,8 Prozent), „Bauerschaft Schildesche“ (13,1 Prozent), „Fuhrpark“ (12,2 Prozent), „Güterbahnhof-Ost“ (18,2 Prozent), „Sennestadt Industriegebiet“ (12,2 Prozent) und „Pauluskirche“ (11,5 Prozent) auf.

Bei den Stadtbezirken liegen Bielefeld-Mitte mit 9,0 Prozent, Stieghorst (8,7 Prozent), Brackwede (7,6 Prozent) und Heepen (7,5 Prozent) über dem gesamtstädtischen Mittelwert der Betroffenheitsquote. Alle anderen liegen darunter, am wenigsten betroffen sind Dornberg mit 3,8 Prozent und Gadderbaum mit 4,1 Prozent.

Die absoluten Zahlen der Arbeitslosigkeit verteilen sich wie folgt:

Stadtbezirk	Arbeitslose gesamt Stand: 31.12.2007	davon SGB III	davon SGB II
Bielefeld gesamt	14.947	3.524	11.423
Davon nicht zuzuordnen	88	44	44
Mitte	4.751	953	3.798
Heepen	2.041	498	1.543
Brackwede	1.779	437	1.342
Stieghorst	1.682	386	1.296
Schildesche	1.695	364	1.331
Sennestadt	862	218	644
Senne	665	198	467
Jölllenbeck	663	210	453
Dornberg	449	147	302
Gadderbaum	272	69	203

Innerhalb der einzelnen Stadtbezirke gibt es starke Schwankungen bei den Anteilen der ALG I und ALG II-Empfänger. Sehr unterschiedlich sind auch die prozentualen Zuwächse bzw. Rückgänge:

Stadtbezirk (Stichtag: 31.12.2007)	Anteil ALG I-Empfänger (Vorjahr in Klammern)	Anteil ALG II-Empfänger (Vorjahr in Klammern)
Mitte	20,1 % (22,7 %)	79,9 % (77,3 %) + 2,6
Schildesche	21,5 % (26,2 %)	78,5 % (73,8 %) + 4,7
Stieghorst	22,9 % (27,5 %)	77,1 % (72,5 %) + 4,6
Bielefeld gesamt	23,6 % (27,7 %)	76,4 % (72,3 %) + 4,1
Heepen	24,4 % (27,7 %)	75,6 % (72,3 %) + 3,3
Sennestadt	25,3 % (28,4 %)	74,7 % (71,6 %) + 3,1
Brackwede	25,4 % (28,0 %)	74,6 % (72,0 %) + 2,6
Gadderbaum	25,4 % (23,2 %)	74,6 % (76,8 %) - 2,2
Senne	29,8 % (35,3 %)	70,2 % (64,7 %) + 5,5
Jölllenbeck	31,7 % (34,8 %)	68,9 % (65,2 %) + 3,7
Dornberg	32,7 % (40,0 %)	67,3 % (60,0 %) + 7,3

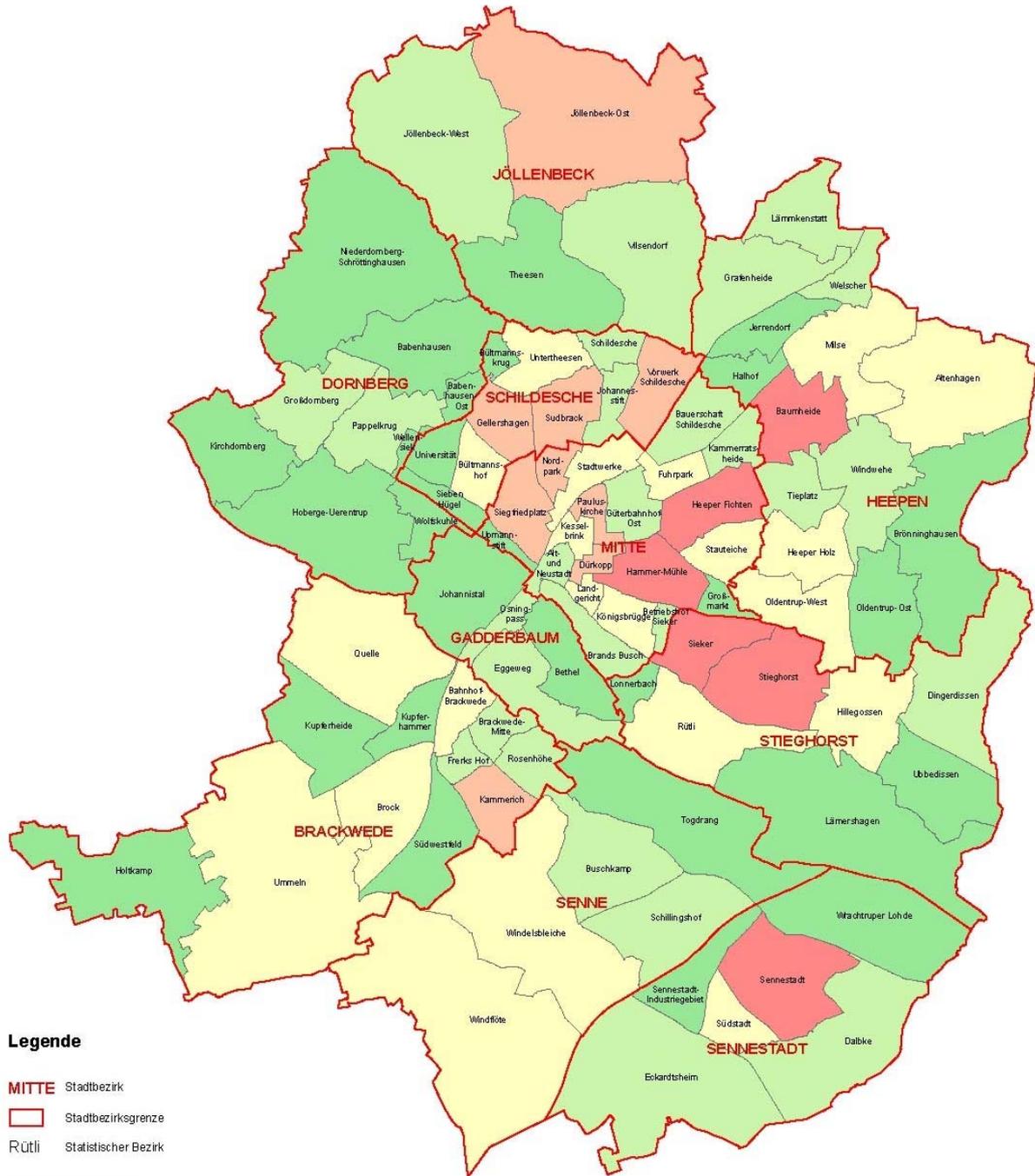
Da das ALG I nach dem Verlust des Arbeitsplatzes nur ein Jahr lang gezahlt wird und die Betroffenen danach bei anhaltender Arbeitslosigkeit in das ALG II übergehen (bzw. innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft „aufgefangen“ werden), wird es weiterhin relativ zeitnahe Steigerungen beim ALG II-Anteil geben. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil der ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger in ganz Bielefeld um 4,1 Prozentpunkte gestiegen. Besonders hohe Steigerungsraten weisen 2007 die Stadtbezirke Dornberg und Senne auf. Bei der obigen Auswertung überrascht zudem, dass der Stadtbezirk Schildesche bei den Prozentzahlen über dem gesamtstädtischen Mittelwert liegt. Mehr als drei Viertel aller Bielefelder Arbeitslosen erhalten mittlerweile nur noch Leistungen nach dem SGB II. Die obige Tabelle zeigt einen Rückgang des ALG II-Anteiles in Gadderbaum, der dem gesamtstädtischen Trend zuwiderläuft. Auch in Jölllenbeck hat sich die Situation im Vergleich zum Vorjahr deutlich entspannt.

Bedingt durch die hohe Zahl der „Aufstocker“ (s. o.) sind die Zahlen der Bedarfsgemeinschaften, die voll oder ergänzend Leistungen nach dem SGB II erhalten, natürlich deutlich höher als die Fallzahlen der Arbeitslosenstatistik. Wie sich diese Bedarfsgemeinschaften auf die Stadtbezirke verteilen, wie viele Personen dahinter stecken und wie groß die durchschnittlichen Bedarfsgemeinschaften sind, das zeigt die nächste Übersicht:

Stadtbezirk (Stand: 31.12.2007)	Bedarfsgemein- schaften SGB II	Personen in Bedarfsgemein- schaften SGB II	Durchschnittliche Größe der Bedarfs- gemeinschaft (Personenzahl) Vorjahr in Klammern
Bielefeld gesamt	18.238	37.424	2,1 (2,0)
Nicht zuzuordnen:	43	89	-
Mitte	6.218	11.282	1,8 (1,9)
Heepen	2.467	5.889	2,4 (2,3)
Schildesche	2.233	4.370	2,0 (2,0)
Brackwede	2.044	4.168	2,0 (2,0)
Stieghorst	1.901	4.341	2,3 (2,2)
Sennestadt	1.054	2.378	2,3 (2,3)
Jöllenberg	689	1.583	2,3 (1,8)
Senne	726	1.708	2,4 (2,0)
Dornberg	529	1.005	1,9 (1,6)
Gadderbaum	334	611	1,8 (1,7)

Die höchste Zahl an Bedarfsgemeinschaften findet sich natürlich im bevölkerungsstärksten Stadtbezirk Bielefeld-Mitte. Die durchschnittliche Größe der Bedarfsgemeinschaften ist hier zurückgegangen – ein Indiz für die Anhäufung von Single-Haushalten. In allen anderen Stadtbezirken sind die betroffenen Bedarfsgemeinschaften entweder größer geworden oder zumindest gleich geblieben. Das korrespondiert auch mit den weiter vorne genannten, allgemeinen Zahlen und Schlussfolgerungen zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften: Unter den „Hartz IV“-Empfängern sind zunehmend größere Bedarfsgemeinschaften, sprich Haushalte mit Kindern. Auffällig bei den Haushaltsgrößen sind die „statistischen Sprünge“ in den Stadtbezirken Jöllenberg und Senne. Hierzu werden im nächsten Kapitel genauere Analysen erfolgen.

Anzahl der Arbeitslosen nach dem SGB II (Hartz IV-Empfänger)



Legende

- MITTE** Stadtbezirk
- Stadtbezirksgrenze
- Rütli Statistischer Bezirk

Arbeitslose nach SGB II

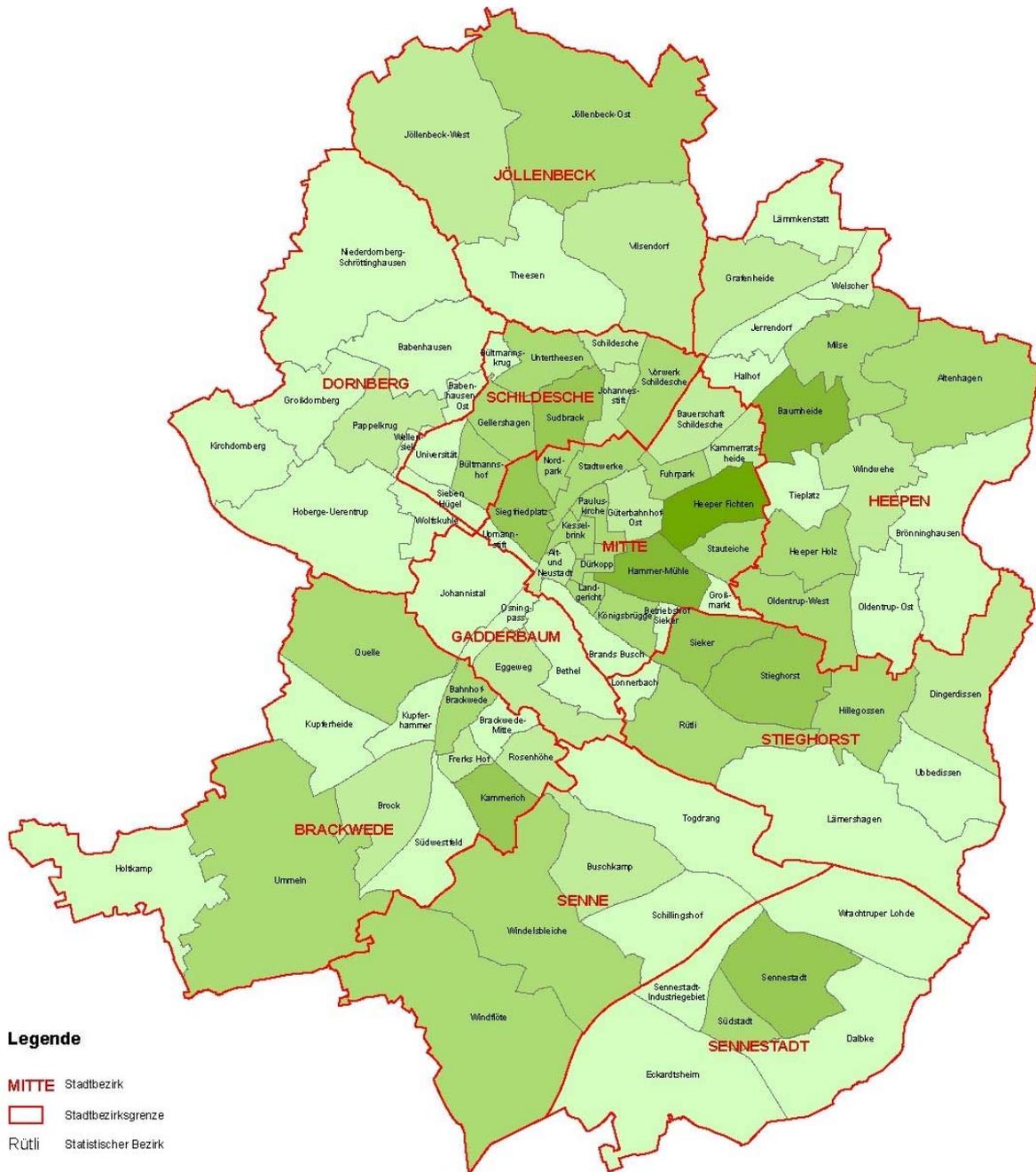
	< 150
	150 - 249
	250 - 349
	350 - 449
	> 450

Gesamtzahl: 11423

Stand: 31.12.2007

Kartografie: Vermessungs- und Katasteramt

Anzahl der Bedarfsgemeinschaften



Legende

- MITTE Stadtbezirk
- Stadtbezirksgrenze
- Rütli Statistischer Bezirk

Bedarfsgemeinschaften

- < 100
- 100 - 199
- 200 - 499
- 500 - 799
- 800 - 999
- > 1000

Gesamtzahl: 18195

Stand: 31.12.2007

Kartografie: Vermessungs- und Katasteramt

Arbeitslosigkeit in den statistischen Bezirken

Nach den weiter oben festgestellten Differenzen zwischen der Arbeitslosenstatistik und der Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die voll oder ergänzend Leistungen nach dem SGB II erhalten, ist die offizielle Zahl der Arbeitslosen kein aussagekräftiger Indikator für die soziale Lage in der Stadt. Dies gilt natürlich insbesondere, je kleiner der betrachtete Sozialraum wird. Daher wurden für die Betrachtung der statistischen Bezirke folgende Kennzahlen ausgewählt:

- Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, die Leistungen nach dem SGB II erhalten (voll oder ergänzend)
- Die Zahl der Personen in diesen Bedarfsgemeinschaften, sprich die tatsächlich Zahl der Menschen, die von „Hartz IV“ leben müssen.
- Aus den beiden ersten Faktoren errechnet: die durchschnittliche Größe der Bedarfsgemeinschaften, die eine grobe Einschätzung dazu erlaubt, ob mehr Singles oder mehr Familien und Alleinerziehende mit Kindern betroffen sind.
- Die Arbeitslosigkeits-Betroffenenquote, die aussagt, wie hoch der Anteil der erwerbsfähigen SGB II-Empfänger an allen 18 und 65 Jahre alten Personen im jeweiligen statistischen Bezirk ist.

Diese Kennzahlen werden für alle statistischen Bezirke errechnet und abgebildet. Individuelle Auffälligkeiten werden im ergänzenden Text weiter hinterfragt. Eine weitere Vertiefung ist aufgrund der Datenlage möglich, würde allerdings den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

Verzichtet wird auch auf die Darstellung der ALG I-Zahlen in den statistischen Bezirken. Sie hat sich in den letzten beiden Jahren – insbesondere für Alleinstehende – bei der kleinteiligen Betrachtung als wenig aussagekräftig für die soziale Lage vor Ort erwiesen, weil sie doch sehr hohen Schwankungen ausgesetzt war.

Bielefeld-Mitte

Statistischer Bezirk (Stand: 31.12.2007)	Bedarfsgemeinschaften (BG) im SGB II	Personen in BG SGB II	Durchschnittliche Größe der BG im SGB II	Betroffenheitsquote in %
Stadtbezirk gesamt	6.218	11.282	1,8	9,1
Alt- und Neustadt	197	288	1,5	7,5
Kesselbrink	261	413	1,6	10,2
Pauluskirche	453	942	2,1	11,5
Dürkopp	391	725	1,9	16,2
Landgericht	274	460	1,7	7,8
Upmannstift	23	26	1,1	4,2
Siegfriedplatz	551	907	1,6	6,0
Nordpark	390	714	1,8	10,0
Stadtwerke	279	495	1,8	10,3
Güterbahnhof	179	384	2,1	12,2
Hammer Mühle	851	1.537	1,8	9,0
Königsbrügge	383	724	1,9	6,2
Brands Busch	90	*	-	4,9
Betriebshof Sieker	70	175	2,5	9,8
Stauteiche incl. Großmarkt	270	511	1,9	8,6
Heeper Fichten	1.020	1.780	1,7	11,2
Fuhrpark	237	464	2,0	12,2
Kammeratsheide	104	207	2,0	11,6
Bauerschaft Schildesche	195	381	2,0	13,1

Der Stadtbezirk Bielefeld-Mitte wird in erster Linie charakterisiert durch kleine Bedarfsgemeinschaften, insbesondere im unmittelbaren Innenstadtbereich. An der Quote von 1,8 Personen hat sich im Vergleich zum Vorjahr nichts verändert. Die Betroffenheitsquote ist von 9,5 auf 9,1 Prozent zurück gegangen. Das entspricht auch der weiter oben festgestellten Tendenz, dass von der Entspannung am Arbeitsmarkt in erster Linie Alleinstehende profitiert haben.

Die Betroffenheitsquote ist in allen statistischen Bezirken zurückgegangen mit Ausnahme von „Dürkopp“. Hier gibt es sogar eine leichte Steigerung. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften hat hier um fast 100 gegenüber dem Vorjahr zugelegt. Dabei handelt es sich ausschließlich um Ein-Personen-Haushalte und zwar mit den Merkmalen männlich und deutsch. Hier wäre eine vertiefende Analyse angebracht.

Insgesamt ist die Gruppe der Alleinerziehenden im Stadtbezirk Bielefeld-Mitte leicht angestiegen. Die Zahl der von „Hartz IV“ betroffenen Kinder ist in etwa konstant

geblieben. Dasselbe gilt für die Ausländer, die überproportional gering von Rückgang der Zahlen profitiert haben.

Schildesche

Statistischer Bezirk (Stand: 31.12.2007)	Bedarfsge- meinschaften (BG) im SGB II	Personen in BG des SGB II	Durchschnitt- liche Größe der BG im SGB II	Betroffenheits- quote in %
Stadtbezirk gesamt	2.233	4.370	2,0	6,6
Vorwerk Schildesche	383	882	2,3	8,2
Schildesche StB	120	284	2,4	7,5
Johannesstift	169	279	1,7	6,2
Sudbrack	500	809	1,6	6,8
Untertheesen	297	683	2,3	6,5
Bültmannskrug	51	104	2,0	4,1
Gellershagen	494	856	1,7	8,2
Bültmannshof	203	445	2,2	6,3
Universität incl. Sieben Hügel	16	28	1,8	0,7

In Schildesche ist die Betroffenheitsquote im Vergleich zum Vorjahr von 7,4 auf 6,6 Prozent zurückgegangen. Dieser Rückgang verteilt sich sehr gleichmäßig auf alle statistischen Bezirke und alle betroffenen Personengruppen. Zwei Ausnahmen gibt es hierbei, nämlich die Gruppe der Alleinerziehenden, die stadtbezirkswweit leicht gestiegen ist und die Gruppe der Kinder unter 15 Jahren, die von SGB II-Leistungen leben müssen. Sie ist praktisch auf den Punkt genau gleich geblieben, hat also von der Entwicklung am Arbeitsmarkt nicht profitiert.

Insgesamt gibt es in Schildesche aufgrund der Zahlen zur Zeit keinen Anlass für eine vertiefende Analyse eines einzelnen statistischen Bezirkes.

Gadderbaum

Statistischer Bezirk (Stand: 31.12.2007)	Bedarfsgemeinschaften (BG) im SGB II	Personen in BG des SGB II	Durchschnittliche Größe der BG im SGB II	Betroffenheitsquote in %
Stadtbezirk gesamt	334	611	1,8	4,1
Johannistal	50	81	1,6	2,4
Osningpass	93	184	2,0	10,2
Bethel	35	60	1,7	2,1
Eggeweg	156	286	1,8	5,0

Im Stadtbezirk Gadderbaum war 2007 in punkto Arbeitslosigkeit sehr Vieles in Bewegung. In Bielefelds kleinstem Stadtbezirk hat diese positive Entwicklung wegen der geringen Grundgesamtheit natürlich enorme prozentuale Veränderungen zur Folge. So ist die Betroffenheitsquote 2007 im Vergleich zum Vorjahr von 7,5 auf 4,1 Prozent gesunken.

Die Zahl der betroffenen Bedarfsgemeinschaften ist um 143 zurückgegangen, bei den Personen gab es ein Minus von 146. Das macht schon deutlich, welche Haushalte von diesem Aufschwung profitiert haben, nämlich ausschließlich Singles. Die Zahl der Familien mit zwei und mehr Kindern ist dagegen sogar gestiegen. Unter den erwerbsfähigen Singles, die aus dem SGB II herausgefallen sind, waren 142 Männer und nur 18 Frauen. Auch in Gadderbaum gab es 2007 deutlich weniger deutsche Erwerbsfähige im ALG II als ausländische. Die Zahl der betroffenen Kinder hat um 14 zugenommen.

Insgesamt ist die Entwicklung in Gadderbaum gegenüber 2006 sehr positiv zu beurteilen. Von den statistischen Bezirken bietet sich unter Berücksichtigung dieser Kennzahlen keiner für eine vertiefende Analyse an.

Brackwede

Statistischer Bezirk (Stand: 31.12.2007)	Bedarfsgemeinschaften (BG) im SGB II	Personen in BG des SGB II	Durchschnittliche Größe der BG im SGB II	Betroffenheitsquote in %
Stadtbezirk gesamt	2.044	4.168	2,0	7,6
Rosenhöhe	123	243	2,0	6,8
Kammerich	515	1.043	2,0	10,3
Frerks Hof	194	388	2,0	8,9
Brackwede Mitte	97	185	1,9	6,6
Bahnhof Brackwede	249	551	2,2	10,9
Kupferhammer	28	61	2,2	3,8
Brock	185	380	2,1	8,0
Südwestfeld	30	58	1,9	5,4
Ummeln	250	531	2,1	6,1
Kupferheide incl. Holtkamp	56	119	2,1	4,8
Quelle	314	605	1,9	7,0

Die Betroffenheitsquote beim SGB II ist in Brackwede im Vergleich zu 2006 von 8,7 auf 7,6 Prozent zurückgegangen. Innerhalb des Stadtbezirkes ist die Entwicklung allerdings äußerst heterogen. Neben rückläufigen Zahlen gibt es einen Zuwachs der SGB II-Haushalte in „Quelle“ und „Frerks Hof“. Keinerlei Bewegung hat es im statistischen Bezirk „Rosenhöhe“ gegeben.

Die Personenzahl, die hinter den Bedarfsgemeinschaften steckt, ist in „Frerks Hof“ leicht und im Bezirk „Brackwede Mitte“ etwas deutlicher gestiegen (plus 33 Personen). Entsprechend ist hier auch die durchschnittliche Größe der Bedarfsgemeinschaften auf 1,9 angestiegen, d. h. hier sind mehr Familien mit Kindern betroffen.

Gestiegen ist in Brackwede insgesamt der Anteil der erwerbsfähigen Alleinerziehenden. Die Zahl der betroffenen Kinder ist stadtbezirkweit 2007 um 50 zurück gegangen. Besondere Auffälligkeiten, die zur Zeit eine weitere vertiefende Analyse eines statistischen Bezirkes erforderlich machen würden, gibt es nicht. Die Entwicklung in „Quelle“ sollte im Auge behalten werden. Vom Anstieg der Fallzahlen 2007 waren hier in erster Linie Frauen und ausländische Mitbürger betroffen.

Dornberg

Statistischer Bezirk (Stand: 31.12.2007)	Bedarfsgemeinschaften (BG) im SGB II	Personen in BG des SGB II	Durchschnittliche Größe der BG im SGB II	Betroffenheitsquote in %
Stadtbezirk gesamt	529	1.005	1,9	3,8
Kirchdornberg	16	29	1,8	3,4
Hoberge- Uerentrup	40	61	1,5	1,9
Wellensiek incl. Wolfkuhle	64	104	1,6	5,9
Pappelkrug	177	402	2,3	4,7
Großdornberg	88	151	1,7	5,3
Babenhäusen Ost	40	87	2,2	3,6
Babenhäusen	58	75	1,3	3,3
Niederdornberg- Schröttingsh.	46	96	2,1	3,3

In Dornberg ist die Betroffenheitsquote 2007 von 5,1 auf 3,8 Prozent gesunken. Die betroffenen Bedarfsgemeinschaften sind dagegen etwas größer geworden. In den statistischen Bezirken „Pappelkrug“, „Babenhäusen-Ost“ und „Niederdornberg-Schröttingshausen“ sind die Zahlen der Bedarfsgemeinschaften und der Personen, die dahinter stecken, gegen den Trend gestiegen. Bei den letzten genannten ist der Anstieg moderat, im Bezirk „Pappelkrug“ dagegen ist die Zunahme deutlich. Hier sind 2007 23 Bedarfsgemeinschaften mit 44 Personen hinzu gekommen. Die Zahl der Alleinerziehenden ist genauso gestiegen wie die Zahl der betroffenen Kinder. Auffällig ist außerdem, dass der Anteil der deutschen SGB II-Empfänger hier stärker gestiegen ist als der der ausländischen.

Insgesamt ist die Zahl der Hartz IV-Empfänger in Dornberg 2007 um 29 Personen gestiegen. Die Entwicklung am „Pappelkrug“ sollte im Auge behalten werden, Anlass zur vertiefenden Analyse bietet sie aber noch nicht.

Jöllenebeck

Statistischer Bezirk (Stand: 31.12.2007)	Bedarfsgemeinschaften (BG) im SGB II	Personen in BG des SGB II	Durchschnittliche Größe der BG im SGB II	Betroffenheitsquote in %
Stadtbezirk gesamt	689	1.583	2,3	5,0
Jöllenebeck West	158	317	2,0	5,1
Jöllenebeck Ost	359	867	2,4	6,8
Theesen	44	83	1,9	2,2
Vilsendorf	128	316	2,5	4,3

Jöllenebeck war unter Arbeitsmarktgesichtspunkten eines der „Sorgenkinder“ des letzten Lebenslagenberichtes, weil hier der Anteil der ALG-II-Empfänger 2006 überdurchschnittlich stark angestiegen war. Hier hat es 2007 sehr erfreuliche Verbesserungen gegeben. Insgesamt ist die Betroffenheitsquote im SGB II von 6,7 auf 5,0 Prozent gesunken. Die Zahlen der Bedarfsgemeinschaften und ihrer Personen sind im gesamten Stadtbezirk rückläufig, einzige Ausnahme: Der statistische Bezirk „Vilsendorf“.

Hier ist die Zahl der Personen, die vom ALG II leben müssen, um sechs gestiegen. Das klingt wenig, man darf allerdings die Größe des Bezirkes nicht außer Acht lassen. Gestiegen sind hier die Anteile der Alleinerziehenden und der Ausländer unter den SGB II-Empfängern. Auch die Zahl der betroffenen Kinder hat um 15 zugenommen.

Für „Vilsendorf“ hat es im Frühjahr 2008 zwei Stadtteilgespräche gegeben. Die Aktivitäten für Kinder – insbesondere im Alter zwischen 11 und 14 Jahren – sollen erweitert werden. Der Kreis der vor Ort sozial Tätigen trifft sich weiter, um konkrete Maßnahmen zu besprechen.

Heepen

Statistischer Bezirk (Stand: 31.12.2007)	Bedarfsgemeinschaften (BG) im SGB II	Personen in BG des SGB II	Durchschnittliche Größe der BG im SGB II	Betroffenheitsquote in %
Stadtbezirk gesamt	2.467	5.889	2,4	7,5
Grafenheide	174	453	2,6	6,0
Lämmkenstatt	86	235	2,7	5,2
Welscher incl. Jerrendorf	66	133	2,0	6,2
Baumheide incl. Halhof	827	2.116	2,6	13,8
Milse	267	723	2,7	6,9
Altenhagen	240	581	2,4	7,4
Brönninghausen	26	52	2,0	4,1
Windwehe	110	173	1,6	4,2
Tieplatz	98	163	1,7	6,1
Heeper Holz	268	560	2,1	6,1
Oldentrup West incl. Oldentrup Ost	280	655	2,3	8,9

In Heepen ist die Betroffenheitsquote 2007 von sehr hohen 10,3 auf nunmehr 7,5 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der SGB II-Bedarfsgemeinschaften ist in fast allen statistischen Bezirken gesunken, einzige Ausnahme: „Brönninghausen“.

Insgesamt ist ein Zuwachs bei den Bedarfsgemeinschaften mit zwei Personen zu erkennen, ebenso ist die Zahl der Alleinerziehenden um 30 erhöht. Allein 20 dieser Fälle sind im Bezirk „Baumheide“ angesiedelt. Die erfreulichste Zahl aus dem Stadtbezirk Heepen ist sicherlich der Rückgang der Kinder, die von Hartz IV-Leistungen leben müssen, um 90 Personen.

Der Stadtbezirk Heepen verfügt über eine recht gute soziale Infrastruktur, die die hohen absoluten Werte im SGB II sicherlich ein wenig abfedern kann. Die Jahr für Jahr steigende Zahl der Alleinerziehenden vor allem im Bezirk „Baumheide“ könnte noch einmal genauer analysiert werden, um hier noch mehr passgenaue Angebote zu schaffen.

Stieghorst

Statistischer Bezirk (Stand: 31.12.2007)	Bedarfsgemeinschaften (BG) im SGB II	Personen in BG des SGB II	Durchschnittliche Größe der BG im SGB II	Betroffenheitsquote in %
Stadtbezirk gesamt	1.901	4.341	2,3	8,7
Dingerdissen	101	217	2,1	4,3
Ubbedissen	47	99	2,1	5,0
Hillegossen	213	429	2,0	6,2
Stieghorst StB	662	1.497	2,3	9,7
Sieker	616	1.602	2,6	15,5
Lonnerbach	30	61	2,0	6,4
Rütli	214	400	1,9	8,1
Lämershagen	18	36	2,0	4,7

Für Stieghorst ist die Betroffenheitsquote die markanteste Zahl. Im Vergleich zu den anderen Stadtbezirken ist sie hier nämlich nur äußerst geringfügig um knapp 0,3 Prozentpunkte gefallen. Das heißt, an diesem Stadtbezirk ist der „Aufschwung“ am Arbeitsmarkt fast vollständig vorbei gegangen. Gleichzeitig hat der statistische Bezirk „Sieker“ neben „Dürkopp“ (Stadtbezirk Bielefeld-Mitte) die höchste Betroffenheitsquote beim SGB II in der gesamten Stadt, wobei „Sieker“ natürlich die mit Abstand größere Grundgesamtheit hat. Will sagen: Hier sind deutlich mehr Menschen betroffen als in „Dürkopp“.

Während in den statistischen Bezirken „Sieker“ und „Stieghorst (StB)“ also insgesamt wenig bis gar keine Bewegung auf dem Arbeitsmarkt erkennbar war, hat die Zahl der betroffenen Personen in „Lonnerbach“, „Rütli“, und „Lämershagen“ sogar zugenommen. Im gesamten Stadtbezirk haben die Zahl der Alleinerziehenden und die Zahl der betroffenen Singles zugenommen. Auch in Stieghorst ist der Anteil der deutschen Erwerbsfähigen im SGB II geringer geworden, der Anteil der Ausländer hat zugenommen. Die Gruppe der Kinder ist nur geringfügig um sieben gewachsen.

Unter dem Strich muss man sagen, dass dieser Stadtbezirk derjenige ist, der nicht nur unter arbeitsmarktpolitischen Aspekten den größten Unterstützungsbedarf in ganz Bielefeld hat. Es muss darum gehen, die einzelnen statistischen Bezirke genauer zu untersuchen, um dann passgenaue Angebote zu schaffen, die hier so schnell wie möglich für Entlastung sorgen und den Betroffenen eine Perspektive verschaffen.

Sennestadt

Statistischer Bezirk (Stand: 31.12.2007)	Bedarfsgemeinschaften (BG) im SGB II	Personen in BG des SGB II	Durchschnittliche Größe der BG im SGB II	Betroffenheitsquote in %
Stadtbezirk gesamt	1.054	2.378	2,3	7,30
Dalbke incl. Wachtruper Lohde	67	152	2,3	5,6
Eckardtsheim	98	257	2,6	3,8
Sennestadt Südstadt	221	498	2,6	8,3
Sennestadt StB	647	1.407	2,2	8,7
Sennestadt Industriegebiet	21	64	3,0	12,2

Auch im Stadtbezirk Sennestadt hat es 2007 wenig Bewegung im Bereich des SGB II gegeben. Die Betroffenheitsquote ist von 7,5 auf 7,3 Prozent gesunken. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist insgesamt rückläufig, Ausnahmen sind die statistischen Bezirke „Eckardtsheim“ und „Sennestadt Industriegebiet“. Hier hat es noch einmal Anstiege gegeben. Insgesamt hat im Stadtbezirk die Anzahl der Alleinerziehenden im SGB II abgenommen, genauso rückläufig ist die Zahl der betroffenen Kinder.

Auch bei den Kindern steht der Bezirk „Eckardtsheim“ gegen den Trend. Von 30 zusätzlichen Personen im SGB II sind allein 20 Kinder. Schon im letzten Lebenslagenbericht ist ein Stadtteilgespräch mit allen sozialen Akteuren vor Ort vorgeschlagen worden. Dies wurde ausgesetzt, um keine Doppelstrukturen zu den geplanten Maßnahmen im Rahmen des „Stadtumbau West“ zu schaffen. Dort scheint es mittlerweile jedoch andere Handlungsschwerpunkte zu geben, so dass ein Sondierungsgespräch für den statistischen Bezirk „Eckardtsheim“ angesetzt werden sollte.

Darüber hinaus ist – ähnlich wie in Stieghorst – auch in Sennestadt kaum Bewegung auf dem Arbeitsmarkt zu erkennen. Allerdings ist die Zahl der Betroffenen hier deutlich geringer.

Senne

Statistischer Bezirk (Stand: 31.12.2007)	Bedarfsgemeinschaften (BG) im SGB II	Personen in BG des SGB II	Durchschnittliche Größe der BG im SGB II	Betroffenheitsquote in %
Stadtbezirk gesamt	726	1.708	2,4	5,6
Schillingshof incl. Togdrang	96	191	2,0	4,0
Buschkamp	118	270	2,3	3,8
Windelsbleiche	238	621	2,6	6,3
Windflöte	274	626	2,3	8,3

Die Betroffenheitsquote im Stadtbezirk Senne ist von 6,3 auf 5,6 Prozent zurückgegangen. Diese Rückgänge haben in den statistischen Bezirken „Windelsbleiche“ und „Windflöte“ stattgefunden. Angestiegen ist dagegen die Zahl der Bedarfsgemeinschaften und der dahinter stehenden Personen in den Bezirken „Schillingshof“ (plus 15 Personen) und „Buschkamp“ (plus 40 Personen). Insgesamt sind die Anteile der Alleinerziehenden, der Frauen und der Kinder leicht gestiegen.

Im statistischen Bezirk Buschkamp gibt es vor allem mehr große Bedarfsgemeinschaften im SGB II. Allein hier ist der Anteil der Alleinerziehenden um 11 Parteien gewachsen. Dabei handelt es sich ausschließlich um Frauen. Die Zahl der Kinder im ALG II ist hier um 14 gestiegen.

Insgesamt bewegt sich die Arbeitslosigkeit in Senne auf einem recht niedrigen Niveau. Der statistische Bezirk „Buschkamp“ ist auch schon im letzten Bericht durch eine sehr hohe Fluktuation aufgefallen. Die Entwicklung hier sollte weiter beobachtet werden.

II.2.: Materielle Leistungen der Stadt Bielefeld bei Einkommensdefiziten

Nach der Umstellung auf die neue Sozialgesetzgebung zum 1. Januar 2005 hatte es anfangs einige statistische Ungenauigkeiten gegeben, insbesondere bedingt durch Bearbeitungsstaus oder wechselnde bzw. gewechselte Zuständigkeiten. Diese Ungenauigkeiten sind mittlerweile vollständig abgestellt. Um überhaupt eine Zeitreihe und damit eine Entwicklung von Fallzahlen abbilden zu können, wurde im Lebenslagenbericht 2006 bei einigen Leistungsarten auf Halbjahreswerte zurückgegriffen. Auch dies ist inzwischen nicht mehr nötig, da kompletten Zeitreihen ab 2004 bzw. 2005 abgebildet werden können.

„Hilfe zum Lebensunterhalt“: Dieser Begriff war seit vielen Jahren zentraler Bestandteil des alten Bundessozialhilfegesetzes (BSHG). Heute findet sich der Begriff im neuen **Sozialgesetzbuch XII, Kapitel 3**. Nach ihrer neuen Definition wendet sich die „Hilfe zum Lebensunterhalt“ an Menschen, die in geringem Maße erwerbsfähig sind, aber keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld I oder II haben. Abhängig vom Fall liegt die Kostenträgerschaft entweder bei der Kommune oder beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Hier sollen nur die Fälle in Kostenträgerschaft der Kommune näher betrachtet werden, unterschieden in die Bereiche innerhalb und außerhalb von Einrichtungen.

2007 hat es eine Steigerung der durchschnittlichen Fallzahlen von 893 auf 944 gegeben. Das entspricht einem Zuwachs von 5,7 Prozent gegenüber 2006. Vergleicht man die Zahlen mit dem ersten Durchschnittswert dieser neuen Hilfeart aus dem Jahr 2005, so liegt die der prozentuale Aufwuchs bei 12,6 Prozent. Die Fallzahlen in Kostenträgerschaft der Kommune sind 2007 deutlich geringer gestiegen (plus 2,7 Prozent) als diejenigen in der Kostenträgerschaft des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (plus 19,3 Prozent). Allerdings zahlt die Stadt Bielefeld auch für fünfmal mehr Fälle als der Landschaftsverband.

Zur kommunalen Trägerschaft: Während die Fälle innerhalb von Einrichtungen um drei Prozent zurückgegangen sind, gab es außerhalb von Einrichtungen einen Zuwachs um 8,6 Prozent. Die durchschnittlichen Kosten pro Fall sind sehr moderat um vier Euro pro Monat gestiegen, was einem Plus von 0,8 Prozent entspricht. Aufgrund der erhöhten Fallzahlen und nochmals leicht rückgängiger Einnahmen ist der städtische Zuschussbedarf um knapp 200.000 Euro gestiegen.

Um gut 50.000 Euro gesunken ist dagegen der städtische Zuschussbedarf für die Fälle innerhalb von Einrichtungen. Die durchschnittlichen Kosten pro Fall sind auch 2007 weiter gesunken und liegen nunmehr bei 183 Euro pro Monat.

Stadtweit sind nur relativ geringe Fallzahlen (944) für das SGB XII, Kap. 3 zu verzeichnen. Die regionalen Schwerpunkte liegen in den statistischen Bezirken „Hammer Mühle“ (29, Vorjahr: 25), „Gellershagen“ (26, Vorjahr: 22) und „Heeper Fichten“ (21, Vorjahr: 31).

Seit dem 1. Januar 2003 gibt es **die Grundsicherung im Alter oder wegen Erwerbsminderung, Sozialgesetzbuch XII, Kapitel 4**. Eine deutlich erkennbare Entwicklung hat es seit Anfang 2005 bei der Grundsicherung wegen Erwerbsunfähigkeit durch die neue Schnittstelle zum SGB II gegeben.

Insgesamt sind die Fallzahlen beider Hilfearten seit 2004 um 41,4 Prozent gestiegen. Dabei entfällt der Löwenanteil dieser Steigerungsrate auf die Grundsicherung wegen Erwerbsunfähigkeit mit einem Plus von 62,6 Prozent, das entspricht einem Zuwachs um annähernd zwei Drittel in vier Jahren.

Im Vergleich zum Vorjahr hat es 2007 insgesamt einen Zuwachs der Fallzahlen um 5,2 Prozent gegeben. Die Steigerung bei der Grundsicherung im Alter liegt bei 2,7 Prozent, bei der Grundsicherung wegen Erwerbsminderung beträgt sie 8,5 Prozent. Der Schwerpunkt der beiden Hilfearten liegt eindeutig außerhalb von Einrichtungen.

Die städtischen Ausgaben für die Grundsicherung sind abermals um knapp eine Million Euro gestiegen und lagen 2007 bei knapp 16 Millionen Euro. Damit hat sich dieser Bereich in nur vier Jahren zu einem der kostenintensivsten im gesamten Sozialdezernat entwickelt.

Bei der regionalen Verteilung der Fälle betrachten wir zunächst die Grundsicherung wegen Alters. Hier fallen fünf statistische Bezirke ins Auge: „Baumheide“ mit 140 (Vorjahr: 134), „Sieker“ mit 75 (Vorjahr: 78), „Sennestadt“ mit 70 (Vorjahr: 69), „Heeper Fichten“ mit 69 (Vorjahr 80) und „Kammerich“ mit 66 (Vorjahr:65).

Bei der Grundsicherung wegen Erwerbsunfähigkeit dominieren die statistischen Bezirke, in denen auch die meisten Langzeitarbeitslosen wohnen: „Heeper Fichten“ mit 59 (Vorjahr: 66), „Baumheide“ mit 58 (Vorjahr: 55), „Sennestadt“ mit 58 (Vorjahr: 52), „Hammer Mühle“ mit 52 (Vorjahr: 44), „Kammerich“ mit 50 (Vorjahr: 47), und „Sieker“ mit 42 (Vorjahr: 43).

Seit der Einführung des neuen SGB II am 1. Januar 2005 trägt die Kommune die Kosten für die angemessene Warmmiete sowie notwendige Einmalbeihilfen für Empfängerinnen und -Empfänger von Arbeitslosengeld II. Hierzu zählen die **Kosten der Unterkunft und Heizung** (anteilig), **Kosten im Zusammenhang mit der Wohnraumbeschaffung (z.B. Mietkautionen oder Umzugskosten)**, die **darlehensweise Übernahme von Mietschulden, Einrichtungs- und Bekleidungsbeihilfen** (in besonderen Einzelfällen, soweit sie nicht von den Regelsätzen zu decken sind) sowie **mehrtägige Klassenfahrten**.

Bei den **Kosten der Unterkunft** und Heizung handelt es sich um eine **laufende Hilfe**, d.h., sie wird regelmäßig monatlich gezahlt. Hier sind die Fallzahlen 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 7,3 Prozent oder 1.444 Fälle auf nunmehr 18.109 zurück gegangen. Auf die städtischen Ausgaben hat dies allerdings kaum Auswirkungen gehabt, sind konnten nur um 0,7 Prozent gesenkt werden und lagen insgesamt bei rund 76,5 Millionen Euro. Der Grund hierfür wird deutlich bei einem Blick auf die durchschnittlichen Kosten pro Fall: Sie sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen, nämlich von 329 Euro auf 352 Euro pro Monat. Zum Vergleich: 2005 lag dieser Wert noch bei 293 Euro. Mithin hat es hier innerhalb von zwei Jahren eine

Steigerung um gut 20 Prozent gegeben. Zurückzuführen ist dies in erster Linie auf die drastisch gestiegenen Energiekosten. Festzuhalten bleibt für diese Hilfeart, dass es trotz zurückgehender Fallzahlen im SGB II 2007 zu keiner nennenswerten Entlastung des städtischen Haushaltes bei den Kosten der Unterkunft gekommen ist. Steigende Fallzahlen und weiter wachsende Energiepreise werden hier 2008 für eine deutliche Kostensteigerung sorgen.

Bei den **einmaligen Beihilfen** im Zusammenhang mit dem **SGB II** hat es 2007 erneut eine Steigerung um 5,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gegeben. Dabei sollte man allerdings das Gesamt-Niveau der Ausgaben mit einer Höhe von 3,3 Millionen Euro pro Jahr nicht außer Acht lassen und es in Relation setzen, beispielsweise zu den Kosten der Unterkunft. Größter Posten bei den Einmalbeihilfen bleibt weiterhin die Einrichtungsbeihilfe mit gut 1,3 Millionen Euro. Nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2006 sind die Zahlen 2007 wieder um zwei Prozent gestiegen. Um fast sieben Prozent gesunken ist hingegen der zweitgrößte Block, die Unterstützung bei Wohnungsbeschaffung, Mietkautionen und Umzugskosten. Ebenfalls rückläufig ist die darlehensweise Übernahme von Mietschulden. Aufwüchse gibt es dagegen weiterhin bei den mehrtägigen Klassenfahrten, diesmal um 7,5 Prozent. Im Vergleich zum Jahr 2005 ist hier ein Anstieg um mehr als 25 Prozent zu verzeichnen, bedingt durch eine zunehmende Zahl von Familien, die mit ihrem Einkommen unterhalb der Antragsgrenze liegen. Sehr stark gestiegen sind 2007 die Ausgaben für die Bekleidungshilfe (+ 125 Prozent) auf insgesamt knapp 410.000 Euro. Grund hierfür ist die gesetzgeberische Entscheidung, ab dem 1. August 2006 auch die Erstausrüstung für Säuglinge als einmaligen Bedarf anzuerkennen. Dies hat in erster Linie zum Anstieg der Ausgaben an dieser Stelle geführt.

Bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem **Asylbewerber-Leistungsgesetz** sind die Fallzahlen 2007 leicht zurückgegangen und bewegen sich auf dem Niveau des Jahres 2005. Damit einher gegangen sind entsprechend rückläufige Zahlen bei den Ausgaben und den durchschnittlichen Kosten pro Fall. Bei der regionalen Verteilung innerhalb der Stadt hat es deutliche Veränderungen gegeben. Hier rangiert jetzt „Baumheide“ mit 31 Fällen (Vorjahr: 21) vor „Pauluskirche“ mit 28 (Vorjahr: 26) und „Heeper Fichten“ mit 23 (Vorjahr: 22). Die im letzten Jahr stark frequentierten Gebiete „Kammerich“ und „Kesselbrink“ sind nicht mehr unter den ersten zehn Quartieren.

Bei den Leistungen nach dem **Unterhaltsvorschuss-Gesetz** ist die Fallzahl 2007 gegenüber dem Vorjahr exakt gleich geblieben. Bei den Ausgaben gab es ein leichtes Minus von 2,5 Prozent, das allerdings durch Mehreinnahmen von rund 440.000 Euro mehr als wettgemacht werden konnte. Gleichzeitig sind die durchschnittlichen Kosten pro Fall um 22,3 Prozent gesunken. Bedingt durch diese beiden Umstände ist der kommunale Zuschussbedarf 2007 um 22,1 Prozent oder knapp 550.000 Euro gesunken. Positiv auf das Rechnungsergebnis haben sich organisatorische Veränderungen ausgewirkt, u. a. hin zu einer Schwerpunktsachbearbeitung für Unterhaltsheranziehung.

Die Fallzahlen der **Leistungen bei Pflegebedürftigkeit** nach dem Kapitel 7 des Sozialgesetzbuchs XII waren zwischen 2004 und 2006 durchschnittlich um knapp 60 Fälle pro Jahr gestiegen. 2007 hat es hier nur einen sehr moderaten Zuwachs um 1,5 Prozent gegeben (plus 25 Fälle). Die Ausgaben sind insgesamt um 4,5 Prozent gestiegen, wobei die Marke von 14 Millionen Euro wieder überschritten wurde. Nach einem Rückgang in den Jahren 2005 und 2006 ist damit das Niveau des Jahres 2004 in etwa wieder erreicht, wobei der Anstieg im ambulanten Bereich stärker war als im stationären. Durch eine deutlich verbesserte Einnahmesituation (plus 53,5 Prozent oder rund 680.000 Euro) ist der städtische Zuschussbedarf praktisch unverändert geblieben. In diesen Mehreinnahmen des Jahres 2007 sind einmalige Wohngeldnachzahlungen für Heimbewohner aus dem Zeitraum vor 2005 enthalten. Weiterhin interessant ist in dieser Hilfeart, dass die durchschnittlichen monatlichen Kosten pro Fall im ambulanten Bereich gestiegen sind, während sie im stationären bzw. teilstationären Bereich weiter gesunken sind.

Bei der **Eingliederungshilfe für Behinderte** hat es die höchste Steigerungsrate seit 2004 gegeben. Sie liegt um 50 Prozent über den Zuwachsraten der letzten Jahre. Zahlenmäßig konzentriert sich der Aufwuchs fast ausschließlich auf die Bereiche außerhalb von Einrichtungen. Die Gesamtausgaben sind entsprechend um 20,8 Prozent oder knapp 880.000 Euro gestiegen. Das wird durch die Mehreinnahmen nicht kompensiert, so dass der städtische Zuschussbedarf um rund 820.000 Euro gestiegen ist.

Bei den **Hilfen zur Gesundheit** nach Kapitel 5, SGB XII sind die Fallzahlen um 4,3 Prozent zurück gegangen, die Ausgaben aber gleichzeitig um 17,4 Prozent oder knapp 580.000 Euro gestiegen. Die ohnehin schon sehr geringen Einnahmen sind nochmals zurückgegangen, so dass der gesamte Kostenaufwuchs durch die Kommune zu tragen ist. Dieser Zuwachs geht zum einen auf gestiegene Fallzahlen aus dem Jahr 2006 zurück, die erst in 2007 kassenwirksam geworden sind. Zum anderen zeigt die Entwicklung der durchschnittlichen monatlichen Kosten pro Fall (2005: 249 Euro, 2006: 508 Euro, 2007: 626 Euro), dass hier insbesondere auch die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen eine ganz entscheidende Rolle spielen. Eine ähnliche Tendenz ist auch im Bereich **Hilfen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** zu erkennen. Auch hier ist der städtische Zuschussbedarf trotz stagnierender Fallzahlen gestiegen, weil sich die durchschnittlichen Kosten pro Fall erhöht haben.

Die kommunalen Kosten für **Hilfen bei besonderen sozialen Schwierigkeiten** (z. B. für Obdachlose) oder **in besonderen Lebenslagen** sind 2007 um 8,1 Prozent zurückgegangen. Monetär verteilt sich dieser Rückgang in etwa gleichmäßig auf die Fälle innerhalb und außerhalb von Einrichtungen.

Die Fallzahlen beim **Wohngeld** sind auch 2007 weiter gesunken. Der Rückgang steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Neuregelungen zum Wohngeldgesetz. Danach ist der Bezug von Wohngeld für die Empfängerinnen und -Empfänger von Leistungen nach dem SGB II und XII ausgeschlossen. Er wird ersetzt durch die Übernahme der angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung (s. o.).

Hier wird es allerdings 2008 sehr wahrscheinlich wieder eine gesetzliche Veränderung geben.

Im Arbeitsgebiet **Unterhaltssicherung** stagnieren die Zahlen seit 2005 in etwa auf demselben Niveau. Konstante Steigerungsraten finden sich dagegen auch weiterhin bei der **Ausbildungsförderung**. Hier hat die Fallzahl wiederum um 5,1 Prozent oder 100 Fälle zugenommen. Dies ist in erster Linie ein Indiz dafür, dass immer mehr Schüler und Studierende die Voraussetzungen für den Bezug von BAföG erfüllen. Konkret: Immer mehr Eltern liegen mit ihrem Einkommen unterhalb der Bemessungsgrenze.

Bei den **Hilfen für Schwerbehinderte** sind die begleitenden Hilfen im Arbeitsleben (z. B. Arbeitsplatzausstattungen oder Hilfen zum Erhalt von Arbeitsplätzen) nach kontinuierlichen Rückgängen zwischen 2003 und 2006 im vergangenen Jahr erstmals wieder leicht gestiegen, nämlich um 15 Fälle oder 12,5 Prozent. Die Zahlen des Behinderten-Fahrdienstes sind dagegen weiterhin konstant.

II.3.: Beratung und Betreuung - Lebensphasenspezifische Angebote

Tagesbetreuung für Kinder

Grundlage der Berichterstattung für das Jahr 2007 ist letztmalig das „Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder“ (GTK). Es weicht zum 1. August 2008 dem neuen „Kinderbildungsgesetz“, kurz: „KiBiz“. Dadurch wird es bei vielen Kennzahlen zu einem Bruch in den Zeitreihen kommen, andere Teile werden überhaupt nicht mehr vergleichbar sein. Bei einigen der im Folgenden abgebildeten Zahlen muss man sich demnach vor Augen halten, dass sie aufgrund der „alten“ gesetzlichen Arithmetik zustande gekommen sind.

Die Zahl der **Tageseinrichtungen für Kinder** ist in den letzten vier Jahren gleich geblieben, auch bei der Anzahl der Gruppen gab es nur wenig Bewegung. Ganz anders sieht dies innerhalb der Gruppenstruktur aus. Die Zahl der Kindertagesstättengruppen ist um 27,7 Prozent gestiegen, während die großen altersgemischten Gruppen um 65,2 Prozent zurückgegangen sind. Hinter diesen Zahlen steckt die Umwandlung der großen altersgemischten Gruppen in Kindertagesstättengruppen, um auf diese Weise der Erfüllung des Rechtsanspruches auf einen Kita-Platz für Drei- bis Sechsjährige näher zu kommen. Zudem war der Bedarf für die Betreuung der Schulkinder durch die flächendeckende Erweiterung der offenen Ganztagsgrundschule nicht mehr in dem alten Umfang gegeben.

Die Versorgungsquote der **Unter-Dreijährigen** konnte 2007 auf 13,0 Prozent ausgebaut werden. Nach der gesetzlichen Neuregelung durch das Tagesbetreuungs-Ausbaugesetz (TAG) ist eine Vergleichbarkeit mit den Werten vor 2006 nicht mehr gegeben, so dass an dieser Stelle auf die Abbildung einer Zeitreihe verzichtet werden muss. Bei der Tabelle zur regionalen Verteilung der Plätze für unter Dreijährige sind nur diejenigen Stadtbezirke aufgeführt, die um mehr als 10 Prozentpunkte vom gesamtstädtischen Mittelwert abweichen. Dabei gilt: Je höher die angegebene Prozentpunktzahl, desto besser ist die Versorgung im jeweiligen Stadtbezirk. Die größte Abweichung vom statistischen Mittel findet sich in Gadderbaum (plus 39,8 Prozentpunkte), bedingt durch die dortigen Angebote der von-Bodelschwingschen-Anstalten, aber auch von drei Elterninitiativen. Die vorhandenen Plätze werden zu einem Großteil von Kindern in Bethel Beschäftigter in Anspruch genommen. Insofern entlasten sie ein Stück weit die Nachfrage in den anderen Stadtbezirken. Auch Schildesche (plus 7,1 Prozentpunkte) und Bielefeld-Mitte (plus 4,9 Prozentpunkte) liegen noch über dem gesamtstädtischen Mittelwert. Unterschritten wird er dagegen von Senne, Sennestadt, Jöllenbeck, Brackwede und Stieghorst. Schlusslicht ist der Stadtbezirk Heepen, der um 7,3 Prozentpunkte unter dem Mittelwert liegt.

Die Versorgungsquote für die **Drei- bis unter Sechsjährigen** ist im Berichtszeitraum um 4,75 Prozentpunkte auf 96,75 Prozent gestiegen. Das bedeutet: Fast jedes Bielefelder Kind dieser Altersgruppe kann von Beginn an, d. h. ab dem dritten Lebensjahr, einen Kindergartenplatz bekommen. Auch hier fällt bei der regionalen Verteilung der Angebote die scheinbare „Überversorgung“ des Stadtbezirks Gadderbaum auf. Die Erklärung ist dieselbe wie bei den Angeboten für die unter Dreijährigen. Auch in Schildesche ist die Versorgung in der Fläche zwischenzeitlich

grundsätzlich überdurchschnittlich gut, Nachholbedarf gibt es dagegen in den Stadtbezirken Dornberg und Heepen.

Für **Kinder mit Behinderungen** werden unterschiedliche Angebote vorgehalten. In drei sogenannten additiven Einrichtungen, die Regeleinrichtungen angekoppelt sind, wurden 2007 56 mehrfach-schwerst-behinderte Kinder heilpädagogisch betreut. Insgesamt 11 Schwerpunkteinrichtungen haben darüber hinaus 75 Plätze für Kinder mit Behinderungen angeboten. In rund 30 Kindertageseinrichtungen gibt es darüber hinaus Plätze für die Einzelintegration mit bis zu drei Plätzen pro Einrichtung.

Die **Gesamtkosten der Tageseinrichtungen** für Kinder sind 2007 im Vergleich zum Vorjahr um rund 500.000 Euro zurückgegangen. Bei der Gesamthöhe des Ansatzes von gut 57,5 Millionen Euro entspricht dies allerdings gerade einmal 0,9 Prozent. Der Trägeranteil hat sich 2007 um gut 300.000 Euro erhöht. Dies ist zurückzuführen auf die Einstellung bzw. die Reduzierung eines freiwilligen Zuschusses der Stadt an den Kirchenkreis Bielefeld und den Ev. Gesamtverband Brackwede, der in den Jahren 2005 und 2006 gewährt worden war. Zusätzlich gab es 2007 einen um 3,4 Prozent höheren Landeszuschuss als im Vorjahr, so dass der städtische Finanzierungsanteil um gut 950.000 Euro geringer ausfiel als im Vorjahr.

Bei der **Tagespflege** sind die Betreuungsplätze 2007 leicht gestiegen, die Kosten sind um 57,7 Prozent in die Höhe gegangen. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass 2007 neue Tagespflegegruppen entstanden sind, die zunächst aus den für die Tagespflege bereit gestellten Mitteln finanziert wurden, in den Fallzahlen jedoch nicht erfasst sind. Die Anzahl der **Spielstuben** ist um zwei weitere Angebote zurückgefahren worden, damit einher geht ein Rückgang der Ausgaben um 7,7 Prozent.

Hilfen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien

Die Anzahl der Träger von **stationären Einrichtungen** zur Erziehungshilfe ist seit 2003 konstant, die Anzahl der Plätze unterliegt marginalen Schwankungen. 2007 hat es hier einen Abstieg von 4,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr gegeben. Bei den Fallzahlen hat es eine deutliche Steigerung gegeben (plus 13,1 Prozent), ein Trend, der sich auch durch die anderen, noch folgenden Hilfearten für Kinder und Jugendliche zieht. Zum einen ist der tatsächliche Bedarf nach Aussagen der Fachleute größer geworden. Zum anderen haben spektakuläre, bundesweite Fälle von Kindesvernachlässigung bis hin zur fahrlässigen oder vorsätzlichen Tötung für eine deutliche Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der zuständigen Behörden und Institutionen geführt.

Bei den **teilstationären Angeboten** hat es keinerlei Veränderungen hinsichtlich der Angebote und der zur Verfügung stehenden Plätze gegeben. Bei den Fallzahlen lag der Zuwachs bei 7,8 Prozent.

Wiederum gestiegen sind die Fallzahlen bei den **Pflegekindern**, nämlich um 4,3 Prozent oder 15 Fälle. In den letzten vier Jahren ist damit eine Steigerungsrate von annähernd einem Fünftel zu verzeichnen. Hauptverantwortlich hierfür sind veränderte Vorgaben im Umgang mit Kindern, die aus unterschiedlichsten Gründen

nicht in ihren Familien bleiben können. Hier wird im Rahmen des städtischen Steuerungskonzeptes „Hilfen zu Erziehung“ der Unterbringung in einem familiären Umfeld als Alternative zur Heimunterbringung der Vorrang gegeben.

Die Fallzahlen der **ambulanten Hilfen zur Erziehung** haben mit 40,3 Prozent den stärksten Zuwachs zu verzeichnen. Das entspricht dem Leitgedanken: „Ambulant vor stationär“, zeigt aber auch einen deutlich gestiegenen Handlungsbedarf. Legt man die Zeitreihe der letzten vier Jahre zugrunde, so kommt man auf einen Zuwachs bei dieser Hilfeart von mehr als 100 Prozent, mithin mehr als eine Verdoppelung.

Bei der **ambulanten Eingliederungshilfe** für Kinder ab sechs Jahren hat es einen massiven statistischen Rückgang um 53,4 Prozent gegeben. Er ist zurückzuführen auf eine zentrale Bearbeitung aller ambulanten Eingliederungshilfeanträge für Kinder ab der Einschulung durch eine Anfang 2006 geschaffene Fachstelle. In einem multiprofessionellen Team (bestehend aus einer Psychologin und sozialarbeiterischen Fachkräften) werden die gestellten Anträge geprüft, durch diagnostische Verfahren Bedarfe genauer ermittelt und Hilfen zielgerichteter angeboten. Die **stationäre Eingliederungshilfe** ist erneut rückläufig gewesen, diesmal um 10,7 Prozent.

In den Jahren 2005 und 2006 war es erstmals seit langer Zeit gelungen, den ständigen finanziellen Aufwuchs der Hilfen zur Erziehung zu stoppen und sogar herunter zu fahren. Angesichts der steigenden Fallzahlen war dies 2007 nicht mehr möglich. Durch den Zuwachs um knapp zwei Millionen Euro ist das Ausgabeniveau des Jahres 2004 wieder erreicht. Der kommunale Zuschussbedarf lag bei 27,6 Millionen Euro.

Die Fallzahlen der **Jugendgerichtshilfe** haben erfreulicherweise nur leicht zugenommen und liegen noch immer unter dem Niveau der Jahre 2004 und 2005. Die niedrig-schweligen **Angebote im Vorfeld der Hilfen zur Erziehung** sind nur leicht um 4,7 Prozent gestiegen, während **Beistandschaften, Pflegerschaften** und **Vormundschaften** allesamt rückläufig waren.

Die einzelfallfinanzierten Hilfen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien wurden in den letzten Jahren maßgeblich geprägt durch das Steuerungskonzept „Hilfe zur Erziehung“ und weitere Maßnahmen. Intention war es, durch eine fachliche Steuerung kostendämpfend zu wirken. Hierbei spielten der Ausbau ambulanter Hilfen, der Ausbau des Pflegekinderwesens sowie die Steuerung im Bereich der Hilfen für von seelischer Behinderung bedrohte bzw. seelisch behinderte Kinder und Jugendlicher eine maßgebliche Rolle.

Bei den **Kosten der Kinder- und Jugendarbeit** spielt die Übertragung von Aufgaben an freie Träger ab 2002 eine entscheidende Rolle. Dabei werden also keine echten Kostensteigerungen abgebildet. Vielmehr werden hier jetzt sukzessive Ausgaben aufgeführt, die vorher an anderer Stelle im städtischen Haushaltsplan zu finden waren, als die Leistung noch in städtischer Trägerschaft erbracht wurde. 2007 hat es hier praktische keine Veränderungen gegeben. Bei der **Schulsozialarbeit** ist ein neues Angebot hinzugekommen mit entsprechenden Auswirkungen auf der Ausgabenseite.

Bei den **jungen Erwachsene, Erwachsenen und Familien** liegen zahlreiche Angebote in den Händen freier Träger. Hier liegen die Daten für 2006 und 2007 zum großen Teil noch nicht vor. Dort, wo die Ergebnisse vorliegen, sieht man kaum Veränderungen zum Vorjahr. Bei der **Sozialpädagogischen Familienhilfe** hat es einen leichten Rückgang der Fallzahlen gegeben. Bei den **Hilfen für junge Volljährige** gab es mehr Fälle (plus 8,1 Prozent), der kommunale Zuschussbedarf für diese Hilfeart ist allerdings um 5,1 Prozent oder rund 200.000 Euro zurückgegangen.

Seniorinnen und Senioren:

Das Arbeitsfeld der Betreuung und Pflege von Seniorinnen und Senioren hat zunächst durch die Einführung der Pflegeversicherung Mitte der neunziger Jahre und dann später durch die Novellierung des Landespflegegesetzes zum August 2003 tiefgreifende Veränderungen erfahren. Die Steuerungsmöglichkeiten der Kommune, wie sie etwa im Bereich der Kinder und Jugendlichen anzutreffen sind, sind weitestgehend zurückgefahren worden zugunsten eines „freien Marktes“. Ein Anbieter muss heute nur noch einige wenige Standards erfüllen und kann dann praktisch unabhängig von den Bedarfsgesichtspunkten der Kommune tätig werden.

Die Zahl der Einrichtungen und Platzzahl im Bereich der **Tagespflege sind seit 2005 konstant**. Bei den **Pflegeheimen** gibt es einen Anbieter und 19 Plätze weniger als im Vorjahr. Keine Veränderungen finden sich bei den **Altentagesstätten und Begegnungszentren** sowie bei der **Geriatrischen Versorgung**.

Die statistischen Schwankungen bei der **Wohn- und Pflegeberatung** gehen zurück auf Veränderungen bei der internen Erfassung sowie auf ein verändertes Nachfrageverhalten. Seit 2003 hat sich die Lage im Bereich der Altenheim-Plätze deutlich entspannt, freie Plätze sind in der Regel immer vorhanden. Außerdem wurde zwischenzeitlich eine Internet-Seite der Pflegeberatung neu aufgebaut, die hohe Besucherzahlen aufweist. Unter qualitativen Gesichtspunkten ist die Beratungsintensität gestiegen, da nun weniger Routinegespräche anfallen, dafür aber komplexe und somit zeitintensivere Hilfesgespräche durchgeführt werden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Anzahl der Beratungen durch die Pflegeberatung um 10,9 Prozent auf 2.629 erhöht. 1.800 Senioren und Menschen mit Behinderungen wurden im Berichtszeitraum von der Wohnberatung unterstützt. Bei der **Beratung zur Kurzzeitpflege** sind die Zahlen um fast zwei Drittel gestiegen. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen neben alternativen Wohnformen im Alter zunehmend auch Fragen der Finanzierung.

II.4.: Beratung und Betreuung - Zielgruppenspezifische Angebote

Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung

Die Fallzahlen des **sozialpsychiatrischen Dienstes** sind nach einem deutlichen Anstieg bis zum Jahre 2006 im vergangenen Jahr praktisch konstant geblieben, aber eben auch auf einem hohen Niveau. Auch die Zahl der Unterbringungen nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (**PsychKG**) hat nach einem vorübergehenden Rückgang 2005 in den Jahren 2006 und 2007 wieder das hohe Niveau des Jahres 2004 erreicht (502 Fälle).

Die **Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen** (Servicestelle nach dem SGB IX) hat die Beratungszahlen des Jahres 2006 nicht ganz erreicht, bleibt aber auch auf einem insgesamt sehr hohen Niveau. Bei der **Hörgeschädigtenberatung** sind die Fallzahlen nach einem Absinken im Jahr 2006 im Berichtszeitraum 2007 wieder angestiegen und zwar um 17,7 Prozent auf nunmehr 638. Mit Beginn des Jahres 2007 ist man hier wieder auf die vorher bei den Hörgeschädigten bekannten Präsenzzeiten zurückgegangen, so dass sich die steigenden Zahlen auch hierdurch erklären.

Die Anzahl der Kontakte des **Krisendienstes** ist seit 2004 wieder deutlich angestiegen und lagen im letzten Jahr bei 2.641.

Die Zahl der **rechtlichen Betreuungen** ist in den Jahren 2006 und 2007 weiter gewachsen. Sowohl die Zahl der ehrenamtlichen als auch die Zahl der professionellen Betreuer hat weiter zugenommen. Bei den Rechtsanwälten ist gegenüber dem Vorjahr prozentual der größte Zuwachs (plus 13,3 Prozent) zu verzeichnen.

Menschen mit Migrationshintergrund

Die Koordination und Federführung der Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund oblag 2007 dem Büro des Oberbürgermeisters. Zum 1. Januar 2008 wurde das neue „Amt für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten“ gegründet. Hier sind seitdem die zentralen Angebote für diese Personengruppe gebündelt. Daher wird sich der Lebenslagenbericht des Sozialdezernates in dieser Ausgabe letztmalig mit einem eigenen Kapitel zu den Angeboten für Menschen mit einem Migrationshintergrund erfassen. Dennoch berührt dieses Thema natürlich auch in Zukunft zahlreiche Hilfearten und Leistungsangebote der Sozialverwaltung. Hierauf wird dann im Rahmen der alters- und zielgruppenspezifischen Angebote einzugehen sein.

Weiterhin ein Paradebeispiel präventiver sozialer Arbeit ist die **vorschulische Sprachförderung** im Elementarbereich. Schulen, Tageseinrichtungen für Kinder, Privatinitiativen und Verwaltung arbeiten hier seit Jahren eng zusammen, um Kindern mit Migrationshintergrund bessere Bildungs-, Berufs- und damit Lebenschancen zu eröffnen. Im Jahr 2007 hat die Landesregierung erstmalig einen eigenen Sprachtest landesweit verbindlich gemacht. „Delfin 4“ hat für sehr viel Aufregung gesorgt: Bei den Kindern, bei den Eltern, bei den Erzieherinnen und bei den Grundschullehrern – in ganz NRW, besonders aber in Bielefeld. Denn hier wurde und wird das

Sprachverhalten der Kinder mit Hilfe einer Langzeitbeobachtung bewertet und nicht mit einem punktuellen Test, wie ihn das Land verpflichtend vorschreibt. Hätten man sich in Bielefeld an den Ergebnissen von „Delfin 4“ orientiert, wären weit weniger Kinder in den Genuss der Sprachförderung gekommen. Ganz abgesehen davon, dass die letzten Testergebnisse noch nicht vorlagen, als die Sprachkurse nach dem Bielefelder Modell bereits in vollem Gange waren. Noch viel wichtiger als die imposante quantitative Steigerung bei den Kursen, die seit 2004 von 78 auf 233 im Jahr 2007 erhöht werden konnte, ist die konsequente, flächendeckende Weiterentwicklung der inhaltlichen Konzepte. Kommune, Land und private Sponsoren investieren hier jährlich mehr als einer Million Euro in die Zukunft dieser Kinder.

Die Beratungen der **Fachstelle für ausländische Flüchtlinge** sind um 43,4 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Plätze in städtischen **Unterkünften für Aussiedler** ist 2007 nochmals um knapp zwei Drittel reduziert worden und lag bei nur noch 113 Betten. Die Kapazitäten bei der **Unterbringung ausländischer Flüchtlinge** sind ebenfalls zurückgegangen und lagen am Ende des Jahres 2007 bei 156 Betten. Beides steht natürlich im Zusammenhang mit den sehr stark zurückgegangenen Zuweisungszahlen des Landes bei diesen Personengruppen.

Menschen in besonderen Notlagen oder sozialen Schwierigkeiten

Die Zahlen der **Schuldnerberatung** sind immer ein wichtiger Indikator für die soziale Lage in einer Stadt. In Bielefeld hat diese Kennzahl 2007 einen neuen Höchststand erreicht. Er liegt deutlich über dem Niveau des Jahres 2005 – dem Einführungsjahr der neuen Sozialgesetzgebung – und insgesamt um 25,6 Prozent und damit mehr als einem Viertel über dem Jahresergebnis 2006. Hier einige Details aus dem Jahresbericht der Schuldnerberatungen:

- Die Schuldner werden immer jünger. Im Vergleich zu den Vorjahren war die Gruppe der 18- bis 30-Jährigen 2007 am häufigsten betroffen.
- Die Bezieherinnen und -Bezieher von Arbeitslosengeld II stellen den größten Anteil der Betroffenen.
- 58 Prozent der Ratsuchenden hatten keine abgeschlossene Berufsausbildung.
- Die Gesamtschuldenshöhe ist leicht rückgängig.
- Hauptgläubiger sind nicht mehr – wie in den letzten Jahren – die Banken und Sparkassen (13,4 Prozent Anteil). Sie belegen nur noch Rang drei hinter den öffentlich-rechtlichen Gläubigern (GEZ, Kommunen, Gerichte, Finanzämter, usw.) mit 19,3 Prozent Anteil und der Telekommunikationsbranche (15,5 Prozent).
- Hauptüberschuldungsursachen waren: Arbeitslosigkeit (27 Prozent), Unwirtschaftliches Verhalten (24 Prozent), Trennung bzw. Scheidung (12 Prozent), Krankheit (10 Prozent), gescheiterte Selbstständigkeit (8 Prozent).

Die **Hilfen zur Vorbeugung von Wohnungsverlust** sind nach Rückgängen in den Jahren 2005 und 2006 im letzten Jahr wieder deutlich gestiegen, nämlich um 14,3 Prozent. In 1.138 Fällen konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachstelle dabei helfen, die Wohnung für die betroffenen Haushalte zu erhalten. Das entspricht einer Erfolgsquote von knapp 70 Prozent. Die Zuständigkeit für die Hilfen liegt auch nach der Änderung des SGB II zum 1. April 2006 gebündelt bei der kommunalen

Fachstelle für Wohnungserhalt und Wohnungssicherung. Dadurch ist erreicht worden, dass auch für die Leistungsempfänger des SGB II weiterhin eine spezialisierte Hilfe möglich ist.

Die Zahl der **städtischen Unterkünfte** für einheimische Wohnungslose ist auch 2007 weiter reduziert worden, sie wurde damit seit 2004 halbiert. Die Zahl der betroffenen Menschen in den Unterkünften ist 2007 abermals um ein Drittel zurückgegangen. Grund hierfür ist das 2004 begonnene Projekt: „Unterkünfte - besser (ist) wohnen“. In den ersten drei Jahren des neuen Angebotes konnten 249 Haushalte in Wohnungen vermittelt werden.

II.5.: Gesundheit und Verbraucherschutz

Durch die Wiedereinrichtung eines eigenständigen Umweltdezernates ist die vertretungsweise Zuständigkeit des Sozialdezernates für das Gesundheitsamt seit dem Frühjahr 2008 beendet. Daher erscheinen diese Kennzahlen voraussichtlich zum letzten Mal innerhalb eines Lebenslagenberichtes.

Bei den **Untersuchungen in Tageseinrichtungen für Kinder** war 2005 nach 2006 ein Rückgang der untersuchten Kinder von 980 auf 570 zu verzeichnen. Das beruhte auf veränderten Auswahlkriterien angesichts knapper Ressourcen, die noch gezielter auffällige Kinder erreichen sollten. Dieses Ziel konnte jedoch bzgl. der Mehrzahl der Befunde leider nicht verwirklicht werden, so dass ab 2007 die Untersuchung in ihrer alten Form wieder stattfindet (sozialkompensatorisch werden Kindertageseinrichtungen aus der Gesamtzahl der Kindertageseinrichtungen ausgewählt und alle Kinder zwischen dem 4. und 5. Lebensjahr der jeweiligen Einrichtung untersucht). Dies hat zur Folge, dass die Anzahl der Untersuchungen um 34,2 Prozent auf 765 im Jahr 2007 erhöht werden konnten.

Die Zahlen der **Einschulungsuntersuchungen** bilden praktisch immer den kompletten Bielefelder Jahrgang ab, ausgenommen sind hier nur Kinder mit schweren Behinderungen. Durch die sukzessive frühzeitigere Einschulung der Erstklässler ergab sich 2007 eine leichte Erhöhung der Zahlen. Die Zahlen der **Schulentlassungsuntersuchungen** korrespondieren in sofern mit den Zahlen der Einschulungsuntersuchungen, als dass sie vom selben Personal durchgeführt werden. Durch den leichten zahlenmäßigen Aufwuchs bei den zukünftigen Erstklässlern konnten entsprechend weniger Entlassungsuntersuchungen durchgeführt werden. Bei den **zahnärztlichen Reihenuntersuchungen** sowie bei der **Gruppenprophylaxe** hat es jeweils Rückgänge um 9,6 bzw. 5,3 Prozent gegeben. Dies geht zurück auf eine vorübergehende Stellenvakanz im Berichtszeitraum.

Die Zahl der **amtsärztlichen Untersuchungen** ist 2007 um 12,6 Prozent gestiegen. Dies resultiert in erster Linie aus den vermehrten Prüfungen im Rahmen der Eingliederungshilfe und bei der Arbeits- bzw. Erwerbsfähigkeit im Zusammenhang mit dem neuen SGB II. Die steigende Tendenz der letzten Jahre setzt sich hier fort. Wem nach der amtsärztlichen Begutachten bescheinigt wird, dass er weniger als drei Stunden pro Tag arbeitsfähig ist, der geht aus dem Bezug des SGB II in die kommunal finanzierte Transferleistung des SGB XII.

Die Zahl der Fälle im **kinder- und jugendpsychiatrischen Dienst** hat 2007 deutlich zugenommen (plus 12,6 Prozent) und ist damit wieder auf dem Niveau des Jahres 2004 angekommen. Die größten Steigerungsraten weisen die männlichen Klienten auf, sie stellen auch mehr als zwei Drittel des Gesamtbestandes. Besonders stark gestiegen ist der Bereich der 10 bis 18-Jährigen, der die schwierige Phase der Pubertät einschließt. Auffällig sind aber vor allem die Steigerungsquoten bei den ganz kleinen Hilfesuchenden zwischen drei und sechs Jahren: Hier liegt der Zuwachs seit 2004 bei 27,6 Prozent. Die Probleme bei den Kindern beginnen demnach zunehmend deutlich früher.

Damit korrespondierend steigen auch die Fallzahlen in der **Frühförderung** kontinuierlich. Auch hier sind 50 Prozent mehr Jungen als Mädchen betroffen. Dafür sind verschiedene Gründe denkbar: Sensibilisierung für die Notwendigkeit eines frühen Eingreifens bei Entwicklungsstörungen, veränderte familiäre Strukturen, Budgetierung der ärztlich verordnungsfähigen Heilmittel. Die Wiederaufnahme der sozialkompensatorischen Untersuchungen in den Kindertagesstätten ermöglicht es, bei Entwicklungsrückständen wieder frühzeitiger Fördermaßnahmen einzuleiten.

Die Gesamtfallzahl für den Aufgabenbereich **Hygiene und Gesundheitsschutz** - ohne die Bereiche der Gesundheits- und Medizinalaufsicht, da diese überwiegend ordnungsrechtliche Aufgaben umfassen – ist 2007 um 12,2 Prozent gestiegen. Hohe Zuwächse hat es bei den meldepflichtigen Krankheitsfällen (ohne TBC) gegeben. Dies waren in erster Linie Magen-Darmerkrankungen (Norovirus und Rotavirus).

Die **Tuberkulose**-Fallzahlen werden hier gesondert ausgewiesen, weil die TBC diejenige Erkrankung ist, bei der am häufigsten Kontaktpersonen der/des Erkrankten untersucht werden. Die TBC-Neufälle lagen bei 24, so niedrig wie seit vielen Jahren nicht mehr. Die Anzahl der untersuchten Kontaktpersonen ist auch deshalb um 13,2 Prozent gesunken, weil hier ein neues umfassendes Ermittlungs- und Untersuchungskonzept zur Anwendung gekommen ist, bei dem weniger Kontaktpersonen untersucht werden müssen.

Die **AIDS**-Beratung weist gleichbleibend hohe Kontaktzahlen auf. Entsprechend hoch sind die Zahlen in der Präventionsarbeit zu erkennen und hier insbesondere bei den Jugendlichen. Die HIV-Positiv-Raten haben in den vergangenen Jahren bundesweit wieder zugenommen. Dies ist nicht zuletzt dem mangelnden Problembewusstsein und einer entsprechend geringen Prophylaxe bei Jugendlichen geschuldet.

Im Bereich der **Lebensmittelüberwachung** ist die Zahl der entnommenen Proben in etwa gleich geblieben. Die Zahl der Betriebskontrollen ist allerdings um rund ein Viertel zurück gegangen. Hierfür verantwortlich ist vor allem der Rückgang der Zahl an ausgebildeten Kontrolleuren von 5 auf 4. Bei annähernd gleichbleibender Zahl der Probenentnahmen betraf der Rückgang besonders diejenigen Betriebskontrollen in Betrieben mit geringem Risikopotential, die erfahrungsgemäß weniger aufwändig zu kontrollieren sind. Hinzu kommt, dass die Vergleichbarkeit der Angaben mit den Vorjahren durch EG-rechtlich bedingte, ab 2007 wirksame, veränderte Erfassungskriterien geringfügig beeinträchtigt ist. Mit einer spürbaren Erhöhung der Zahl der Betriebskontrollen kann im Zuge der geplanten Neueinstellung eines Lebensmittelkontrolleurs ab 2009 gerechnet werden.

II.6.: Schlussfolgerungen und Ausblick

„Die soziale Lage in der Stadt hat sich verschlechtert!“ Das war die zentrale Aussage des letzten Lebenslagenberichtes mit Blick auf die Jahre 2004 bis 2006. 2007 war nicht das Jahr, in dem dieser Trend umgekehrt werden konnte.

Das zentrale Armutsrisiko ist und bleibt die Arbeitslosigkeit. Natürlich waren die „Arbeit $plus$ in Bielefeld GmbH“ (ARGE) und die Bundesagentur für Arbeit erfolgreich bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Das zeigen die Vermittlungszahlen und zum Teil auch die Arbeitslosenstatistik. Und ohne diese erfolgreiche Arbeit wäre die Situation in Bielefeld sicher noch wesentlich prekärer.

Aus sozialpolitischer Sicht aber steht die Erkenntnis, dass 2007 rund 400 Menschen mehr von Transferleistungen leben mussten als noch im Vorjahr. Den Löwenanteil hieran stellt das SGB II. Denn die Arbeitslosenzahlen sind zwar gesunken, die Bedarfsgemeinschaften, die Leistungen nach dem SGB II erhalten, sind aber kaum weniger geworden und die Menschen, die dahinter stecken erst recht nicht. Was bedeutet das? Nüchtern betrachtet beutet es zunächst einmal, dass sich die Vermittlungserfolge weitestgehend auf Einzelpersonen erstreckt haben. Bedarfsgemeinschaften mit Kindern und hier insbesondere auch Alleinerziehende haben hiervon praktisch nicht profitiert, deshalb auch die hohe durchschnittliche Zahl von Personen in den Bedarfsgemeinschaften und der gleichbleibende Anteil von Kindern unter 15 Jahren.

Die extrem hohe Zahl von „Aufstockern“ ist allerdings auch ein ziemlich sicheres Indiz dafür, dass viele Vermittelte zwar aus der Statistik, nicht aber aus der finanziellen Unterstützung der Sozialgesetzbücher II und III heraus gefallen sind. Sie gehen einer Beschäftigung nach, die ihre Lebenshaltungskosten monetär nicht abdecken kann. Oder aber die Beschäftigungssituation ist deshalb prekär, weil sie nicht nachhaltig ist, wie etwa die Tätigkeit bei Leiharbeitsfirmen, die 2007 sehr stark zugenommen hat.

Aus sozialpolitischer Sicht gibt es drei Prüfpunkte, an der sich eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration messen lassen muss: Die Beschäftigungsverhältnisse müssen nachhaltig, sprich dauerhaft sein, sie müssen sozialversicherungspflichtig sein und schließlich muss die Entlohnung so auskömmlich sein, dass keine finanzielle staatliche Hilfe mehr erforderlich ist. Hierbei gibt es bundesweit, aber sicher auch in Bielefeld noch Spielraum nach oben.

Es gibt Schwerpunkte der Arbeitslosigkeit in unserer Stadt: räumliche und zielgruppenspezifische. Hier gilt es anzusetzen und das geht nur mit Programmen, die diesen kommunalen Besonderheiten auch Rechnung tragen können. Dieser Anforderung wird sich die neue Form der ARGE stellen müssen, die es nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes aus dem Dezember 2007 geben muss. Es scheint wieder zuzulaufen auf eine Kooperation zwischen der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen. Dabei ist in der Vergangenheit klar geworden, dass zentralistische Programme und Vorgaben eindeutig zu weit entfernt sind von den Problemen vor Ort. Man darf gespannt sein, wie die „Kooperation auf Augenhöhe“ letztendlich vor Ort gelebt und umgesetzt werden wird.

Nach den Ergebnissen dieses Berichtes liegen die räumlichen Handlungsschwerpunkte der kommunalen Arbeitsmarktpolitik in den Stadtbezirken Stieghorst und Sennestadt. Bei den Zielgruppen müssen die größeren Bedarfsgemeinschaften mehr in den Mittelpunkt gerückt werden, auch wenn hier möglicherweise nicht so schnell Vermittlungserfolge zu erzielen sind, wie bei unabhängigen Alleinstehenden.

Aufgrund ihrer hohen Teilzeitrates und dem nicht selten ungünstigen Verhältnis zwischen Bildungsabschluss und Verdienst sind Frauen in den prekären Beschäftigungsverhältnissen deutlich überrepräsentiert. Sie stellen 51,7 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im SGB II. 2007 ist die Zahl der Frauen im SGB II um 289 zurück gegangen, die der Männer im selben Zeitraum um 1.032. Auch hier sollte die kommunale Arbeitsmarktpolitik weitere Schwerpunkte setzen.

Das SGB II ist der größte Transferleistungszahler in der Stadt. Um ihn herum ranken sich aber noch zwei weitere, laufende Hilfearten: Die Grundsicherung bei Erwerbsminderung und die Hilfe zum Lebensunterhalt, beide zahlbar nach dem SGB XII. Auch hier steigen die Zahlen, die dann von der Kommune zu finanzieren sind. Ein Blick auf die Steigerungsraten der amtsärztlichen Untersuchungen des Gesundheitsamtes verrät auch hier einen Zusammenhang. Deutlich mehr Untersuchungen führen zwangsläufig auch zu deutlich mehr Menschen, denen attestiert werden muss, dass sie nicht in der Lage sind, drei Stunden pro Tag zu arbeiten. Damit fallen sie aus der Zuständigkeit von SGB II und III hinein in das SGB XII. Oder anders ausgedrückt: Aus der Zuständigkeit der ARGE bzw. der Bundesagentur für Arbeit in die Zuständigkeit der Kommune. Die weitaus meisten von werden hier bis zur Verrentung bzw. bis zum Übertritt in die Grundsicherung im Alter verbleiben.

Aber auch andere, kommunal zu finanzierende Hilfearten im unmittelbaren Zusammenhang mit dem SGB II schnellen in die Höhe. Das gilt in erster Linie für die Kosten der Unterkunft (KdU), die anteilig von Stadt zu übernehmen sind. Zum einen ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die einen Anspruch auf diese Unterstützung haben, bei weitem nicht so stark gesunken wie die Arbeitslosenzahlen. Zum anderen schlagen hier die explodierenden Energiepreise durch. Dadurch schnellen die durchschnittlichen Kosten pro Fall in die Höhe, was 2008 und möglicherweise auch in den Folgejahren zu massiv steigenden Sozialausgaben führen wird.

In einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem SGB II stehen auch die verschiedenen Einmalbeihilfen, wie etwa Einrichtung, Bekleidung oder die Zuschüsse zu mehrtägigen Klassenfahrten. Auch hier werden die Bedürftigkeit und damit auch die Kosten in den kommenden Jahren weiter steigen.

Schließen wir den Blick auf die Transferleistungen ab mit der Grundsicherung im Alter. Seit der Einführung dieser Hilfeart im Jahr 2003 steigen die Fallzahlen. Zum einen brauchte die Hilfeart sicher einige Zeit, um bei den Anspruchsberechtigten bekannt zu werden. Zum anderen haben steigende Preise in der Lebenshaltung und vor allem im - für diese Altersgruppe besonders relevanten - Gesundheitswesen dafür gesorgt, dass das monatliche Einkommen bei stagnierenden Rentenzahlungen nicht mehr für den Lebensunterhalt reicht. Ein weiteres Problem wird in den nächsten Jahren hinzukommen: Je länger ein Mensch arbeitslos und damit auf Transferleistungen angewiesen ist, je geringer ist seine Chance darauf, ein

Rentenniveau zu erarbeiten, dass im Alter auskömmlich ist. Zunehmend mehr Menschen werden direkt aus dem SGB II oder der Grundsicherung wegen Erwerbsminderung in die Grundsicherung im Alter übergehen.

Ein weiteres Feld hat sich 2007 und auch im ersten Halbjahr 2008 als sehr kostenintensiv herausgestellt: Die Hilfen zur Erziehung. Dabei rückt diese Kostenseite angesichts der Schicksale einzelner Kinder oftmals – völlig zu Recht – in den Hintergrund. Es ist ein schmaler Grad auf dem sich die Kolleginnen und Kollegen des Jugendamtes bewegen: Auf der einen Seite ist die Öffentlichkeit durch einige spektakuläre Fälle von Verwahrlosung bis hin zur Tötung von Kindern sensibilisiert und erwartet zu Recht ein Einschreiten der Behörden, bevor es zu spät ist. Auf der anderen Seite ist es fast immer für alle Beteiligten unglaublich belastend, wenn ein Kind aus seiner Familie genommen werden muss.

Deshalb ist es natürlich richtig, alle denkbaren Maßnahmen im Vorfeld der Hilfen zur Erziehung auszunutzen und auf die Karte ambulant vor stationär zu setzen. Dass hierbei durchaus auch kostenbewusst gearbeitet wird, zeigt der Rückgang der durchschnittlichen Ausgaben pro Fall. Das Dilemma der steigenden Fallzahlen aber bleibt und dabei schneidet die Arbeit des Bielefelder Jugendamtes – nicht zuletzt dokumentiert in einem „Stern“-Artikel aus dem Frühjahr 2008 – vergleichsweise sehr gut ab. Hierzu gehört auch das im Januar 2007 begonnene Projekt „Kinderschutz durch Prävention“. Durch die Einrichtung einer Fachstelle für Kinderschutz im Jugendamt, der Schaffung eines neuen präventiven Unterstützungsangebotes von (werdenden) Familien durch Familiehebammen und dem Ausbau des ehrenamtlichen Patensystems des Deutschen Kinderschutzbundes wurde die ambulante Angebotspalette in Bielefeld erweitert.

Bleiben wir beim Stichwort Kinder. Ihre Anzahl in den Bedarfsgemeinschaften der Transferleistungsbezieher hat sich kaum verändert. Damit ist auch weiterhin jedes vierte Kind hiervon abhängig. Die Zahlen im kinder- und jugendpsychiatrischen Dienst steigen nicht nur im gewohnt schwierigen Pubertätsalter, sondern auch bei den Drei- bis Sechsjährigen. Die Fälle in der Frühförderung nehmen zu, das Klientel der Schuldnerberatungen wird immer jünger. All das wird für weiter steigende Sozialausgaben sorgen, die man aber sicher nur mittelbar auf die Verschlechterung der finanziellen Situation einiger Familien zurückführen kann. Sie sind vielmehr auch Ausdruck einer gesellschaftlichen Entwicklung. Viele Eltern sind mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert, andere bemühen sich sehr viel früher um professionelle Hilfe als noch vor einigen Jahren.

Der Ausbau der Ganztagsangebote in den Kitas und in der Grundschule, aber auch die Implementierung der neuen Familienzentren sind Schritte, die Familien bei diesen Problemen im Alltag entlasten können. Je stärker diese Entlastung greift, um so mehr wird sie möglicherweise auch zu einer geringeren Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung führen. Im Frühjahr 2008 sind wichtige Schritte für die Kinder und ihre Familien auf den Weg gebracht worden. Das neue Kinderbildungsgesetz wurde gemeinsam und im Einvernehmen mit den Trägern umgesetzt. Die finanziellen Rahmenbedingungen wurden so abgesteckt, dass auch Familien mit geringeren Einkommen die Option Ganztagsbetreuung buchen können. Zum 1. August, wenn das neue KiBiz an den Start geht, wird es auch ein subventioniertes Mittagessen in allen Bielefelder Kitas und Offenen Ganztagschulen geben, für alle Kinder, deren

Familieneinkommen unterhalb von 17.500 Euro pro Jahr liegt. Hinzu kommt eine Geschwisterkinderregelung.

In Vorbereitung ist der „Bielefelder Kinderfonds“, der dort mit geldwerten Hilfen unterstützen soll, wo das Geld aus den Transferleistungen nicht mehr reicht. Die Bielefelder Wohlfahrtsverbände bereiten eine sogenannte „Schulkramkiste“ vor, aus der bedürftige Kinder mit Lernmaterialien für die Schule versorgt werden sollen. Der „Bielefelder Tisch“ und das Diakonische Werk in Brackwede bieten kostenlose Mittagsmahlzeiten für Kinder an. Man wird sehen, wie diese Angebote sich vor dem Hintergrund der neuen Essensmöglichkeiten in Kitas und Offenen Ganztagschulen entwickeln werden.

Fachleute weisen zu Recht darauf hin, dass der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund aufgrund der staatsbürgerschaftlichen Gesetzgebung in manchen Bezirken, wie etwa „Sieker“ oder „Baumheide“, schon heute 70 Prozent und mehr ausmacht. Man sieht auch, dass die Ausländer vom „Aufschwung“ in der Arbeitslosenstatistik wenig profitiert haben und dass sie zudem einen erheblichen Teil an den Bedarfsgemeinschaften mit mehreren Kindern ausmachen. Insbesondere der Sprachförderung im Elementarbereich fällt bei der Frage einer gelingenden Integration dieser Kinder eine Schlüsselrolle zu. Dabei ist es gut und richtig, trotz „Delfin4“ am Bielefelder Modell der Sprachförderung festzuhalten, denn die ErzieherInnen in den Kitas wissen am besten, welches der Kinder gefördert werden muss. Schließlich sehen sie die Kinder jeden Tag und nicht nur zu einem einstündigen Test. Um wenn das hier eingesetzte Testverfahren zu dem Ergebnis kommt, das sehr viel mehr Kinder gefördert werden müssen als nach „Delfin4“, dann ist das allemal gut investiertes Geld in die Zukunft der Stadt. Das gilt natürlich auch für viele andere präventive Ansätze, etwa im Bereich der Gesundheits- und Bewegungsförderung im Elementarbereich.

Für die Seniorinnen und Senioren in der Stadt wird es 2008 und in den Folgejahren ein breiter vernetztes Beratungs- und Unterstützungsangebot durch das „Pflegeteilerweiterungsgesetz“ und dabei insbesondere durch die Einrichtung von Pflegebüros geben. Die ersten beiden Einrichtungen werden auf der Basis der Erkenntnisse aus den vorliegenden Sozialdaten in Sennestadt-Zentrum und in den statistischen Bezirken „Hammer Mühle/Königsbrücke“ an den Start gehen. Aber auch bei dieser Altersgruppe werden finanzielle Probleme eine zunehmende Rolle spielen, wenn die Rentenanpassung weiterhin nicht mit der Preissteigerung Schritt hält.

Insgesamt sind die sozialen Problemlagen etwas gleichmäßiger über die Gesamtstadt verteilt als noch in den Vorjahren. Familien, Alleinerziehende und Kinder müssen besonders unterstützt werden. In mehr oder weniger allen Stadtbezirken gibt es räumliche Bereiche, auf die man die Hilfsangebote konzentrieren müsste. Zum Großteil ist dies aber auch schon geschehen. Von unterschiedlichen sozialen Problemlagen besonders betroffen sind die Stadtbezirke Stieghorst und Sennestadt. Der Arbeitsmarkt hat hier 2007 praktisch stagniert, die Zahl der Alleinerziehenden und der Familien mit mehreren Kindern im SGB II steigt. In Stieghorst gibt es einen erhöhten Unterstützungsbedarf im statistischen Bezirk „Sieker“, in Sennestadt sollte ein Schwerpunkt in „Eckardtsheim“ gelegt werden. Bei allen kritischen Anmerkungen gibt es die erfreuliche Erkenntnis, dass sich die Lage in Gadderbaum und Jöllenbeck 2007 nachdrücklich entschärft hat. Das sollte

Hoffnung geben für die räumlichen Gebiete, die in diesem Bericht mit ein wenig Sorge genannt worden sind.

III.1: Basisdaten für die Gesamtstadt und auffällige Abweichungen in einzelnen statistischen Bezirken

III.1.1.: Ausgewählte Basisdaten für die Gesamtstadt

	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007
Einwohner/-innen mit Hauptwohnsitz insgesamt	329.692	329.679	328.673	328.086	327.401
davon männlich	157.266 (47,7%)	157.296 (47,7%)	156.826 (47,7%)	156.752 (47,8%)	156.629 (47,8 %)
davon weiblich	172.426 (52,3%)	172.383 (52,3%)	171.847 (52,3%)	171.334 (52,2%)	170.772 (52,2 %)
<u>Altersstruktur:</u>					
0 bis unter 3 Jahre gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	9.224 (2,8%)	9.129 (2,8%)	9.077 (2,8%)	8.952 (2,7%)	8.850 (2,7 %)
3 bis unter 6 Jahre gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	9.752 (3,0%)	9.558 (2,9%)	9.360 (2,8%)	9.120 (2,8%)	8.977 (2,7 %)
6 bis unter 11 Jahre gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	19.516 (5,9%)	19.508 (5,9%)	19.336 (5,9%)	19.243 (5,9%)	19.100 (5,8 %)
11 bis unter 15 Jahre gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	10.304 (3,1%)	10.257 (3,1%)	10.039 (3,1%)	9.790 (3,0%)	9.602 (2,9 %)
15 bis unter 18 Jahre gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	10.257 (3,1%)	10.327 (3,1%)	10.485 (3,2%)	10.370 (3,2%)	10.274 (3,1 %)
18 bis unter 25 Jahre gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	29.443 (8,9%)	29.823 (9,0%)	29.861 (9,1%)	29.908 (9,1%)	29.507 (9,0 %)
25 bis unter 50 Jahre gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	121.149 (36,7%)	120.584 (36,6%)	119.623 (36,4%)	119.188 (36,3%)	118.816 (36,2 %)

	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007
50 bis unter 65 Jahre gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	56.359 (17,1%)	55.407 (16,8%)	54.715 (16,6 %)	54.401 (16,6%)	54.947 (16,8 %)
65 bis unter 80 Jahre gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	47.640 (14,4%)	48.743 (14,8%)	49.302 (15,0%)	49.823 (15,2%)	49.580 (15,1 %)
80 Jahre und älter gesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	16.048 (4,9%)	16.343 (5,0%)	16.875 (5,1%)	17.291 (5,3%)	17.748 (5,4 %)
Nichtdeutsche Einwohner/-innen insgesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	39.458 (12,0%)	39.018 (11,8%)	38.240 (11,6%)	37.854 (11,5%)	37.607 (11,5 %)
➤ davon männlich (Anteil an männl. Gesamtbevölkerung in %)	20.044 (12,7%)	19.671 (12,5%)	19.136 (12,2%)	18.845 (12,0%)	18.652 (11,9 %)
➤ davon weiblich (Anteil an weibl. Gesamtbevölkerung in %)	19.414 (11,3%)	19.347 (11,2%)	19.104 (11,1%)	19.009 (11,1%)	18.955 (11,1 %)
➤ davon aus Ländern der EU (25/ab 2007: 27) (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	9.537 (2,9%)	9.195 (2,8%)	8.945 (2,7%)	8.977 (2,7%)	9. (2,9 %)
➤ davon aus Ländern außerhalb der EU	29.921	29.823	29.295	28.877	28.200

¹ Bulgarien und Rumänien sind 2007 neu in die EU gekommen und damit neu in der Statistik, Vergleichbarkeit mit den Vorjahren dadurch beeinflusst.

	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007
Deutsche mit einer weiteren Staatsangehörigkeit (doppelte Staatsangehörigkeit) insgesamt (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	30.235 (9,2%)	31.429 (9,5%)	32.793 (10,0%)	33.946 (10,4%)	35.304 (10,8 %)
➤ davon männlich (Anteil an männl. Gesamtbevölkerung in %)	15.109 (9,6%)	15.731 (10,0%)	16.426 (10,5%)	17.026 (10,9%)	17.765 (11,3 %)
➤ davon weiblich (Anteil an weibl. Gesamtbevölkerung in %)	15.126 (8,8%)	15.698 (9,1%)	16.367 (9,5%)	16.920 (9,9%)	17.539 (10,3 %)
Menschen mit Migrationshintergrund (hier definiert als: Nicht-Deutsche und Deutsche mit einer weiteren Staatsangehörigkeit) (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	69.693 (21,1 %)	70.447 (21,4%)	71.033 (21,6%)	71.800 (21,9%)	72.911 (22,3 %)
➤ davon männlich (Anteil an männl. Gesamtbevölkerung in %)	35.153 (22,4%)	35.402 (22,5%)	35.562 (22,7%)	35.871 (22,9%)	36.417 (23,6 %)
➤ davon weiblich (Anteil an weibl. Gesamtbevölkerung in %)	34.540 (20,0%)	35.045 (20,3%)	35.471 (20,6%)	35.929 (21,0%)	36.494 (21,4 %)
Haushalte	nicht erfasst	163.879	<u>166.966</u> <u>Fehler bei der</u> <u>Erfassung!</u>	164.203 (Stichtag: 31.07.06)	166.235
davon Ein-Personenhaushalte	nicht erfasst	73.579	nicht erfasst	74.667 (Stichtag: 31.07.06)	76.397

¹ Wegen einer technischen Umstellung im Einwohnermeldewesen liegen bei den Haushalten z.Zt. keine validen Vergleichsdaten für den Stichtag 31.12.2006 vor. Es wird daher auf die letzten Daten vor der Umstellung zurückgegriffen, Stichtag; 31.07.2006.

	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007
davon Haushalte mit Kindern	nicht erfasst	32.120	31.916	31.819 (Stichtag: 31.07.06)	32.064
➤ Haushalte mit einem Kind	nicht erfasst	11.786	11.495	11.449 (Stichtag: 31.07.06)	11.478
➤ Haushalte mit zwei Kindern	nicht erfasst	10.138	10.106	10.130 (Stichtag: 31.07.06)	10.224
➤ Haushalte mit drei und mehr Kindern	nicht erfasst	4.098	4.012	3.968 (Stichtag: 31.07.06)	3.962
➤ Alleinerziehende Haushalte mit einem Kind	nicht erfasst	4.174	4.227	4.285 (Stichtag: 31.07.06)	4.194
➤ Alleinerziehende Haushalte mit zwei und mehr Kindern	nicht erfasst	1.924	2.076	1.987 (Stichtag: 31.07.06)	2.206

	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007
Arbeitslose	21.091	24.	21.726	19.366	14.947
davon BezieherInnen von Arbeitslosengeld I (Fälle) ¹	nicht erfasst	nicht erfasst	7.116	5.368	3.524
davon BezieherInnen von Arbeitslosengeld II (Fälle) ¹	nicht erfasst	nicht erfasst	14.610	13.998	11.423
BezieherInnen von SGB II-Leistungen (Personen in Bedarfsgemeinschaften) ¹	nicht erfasst	nicht erfasst	37.717	38.801	37.424
➤ davon unter 25 Jahren	nicht erfasst	nicht erfasst	16.781	16.690	16.634
➤ davon unter 15 Jahren	nicht erfasst	nicht erfasst	11.032	11.522	11.466

¹Neue Leistung ab dem 01.01.2005

² Im Zuge der Bearbeitung der neuen „Gesetze zur Reform des Arbeitsmarktes“ wurden 2.574 arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger in die Vermittlungsdatei übernommen.

	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007
Arbeitslosenquote gesamt (in Prozent bezogen auf die abhängig Erwerbstätigen)	14,0 %	16,5 %	14,6 %	13,0 %	10,1 %
Arbeitslosigkeits-Betroffenheitsquote (Anteil der Arbeitslosen in Prozent von der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 18 bis unter 65 Jahren)	10,2 %	11,9 %	10,9 %	9,5 %	7,4 %

III.1.2.: Untersuchungszeitraum 2007: Hohe prozentuale Abweichungen einzelner statistischer Bezirke vom Durchschnittswert der Gesamtstadt (10 Prozentpunkte und mehr)

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
0 bis unter 3 Jahre (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	keine		
3 bis unter 6 Jahre (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	keine		
6 bis unter 11 Jahre (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	keine		
11 bis unter 15 Jahre (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	keine		
15 bis unter 18 Jahre (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	keine		
18 bis unter 25 Jahre (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	+ 29,3 (+ 28,8) 648 (647) Personen	Universität	Schildesche
25 bis unter 50 Jahre (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	+ 14,3 (+ 14,4) 1.347 (1.371) Personen	Kesselbrink	Mitte
	+ 13,7 (+ 12,4) 1.766 (1.730) Personen	Landgericht	Mitte
	+ 13,5 (+ 14,2) 1.417 (1.450) Personen	Alt- und Neustadt	Mitte
	+ 12,2 (+ 11,8) 4.889 (4.857) Personen	Siegfriedplatz	Mitte
	+ 10,2 (+ 10,3) 1.248 (1.243) Pers.	Dürkopp	Mitte
50 bis unter 65 Jahre (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	keine		
65 bis unter 80 Jahre (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	keine		
80 Jahre und älter (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	keine		

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Nichtdeutsche Einwohner/innen (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	+ 17,5 (+ 17,8) 607 (612) Personen	Fuhrpark	Mitte
	+ 16,3 (+ 17,5) 448 (440) Personen	Güterbahnhof Ost	Mitte
	+ 15,7 (+ 14,8) 460 (450) Personen	Universität	Schildesche
	+ 14,1 (+ 14,1) 685 (683) Personen	Dürkopp	Mitte
	+ 14,0 (+ 15,4) 252 (275) Personen	Osningpass	Gadderbaum
	+ 13,8 (+ 15,4) 685 (736) Personen	Stadtwerke	Mitte
	+ 13,3 (+ 13,8) 749 (787) Personen	Bahnhof Brackwede	Brackwede
	+ 13,2 (+ 13,1) 1.650 (1.648) Personen	Kammerich	Brackwede
	+ 12,6 (+ 12,5) 641 (650) Personen	Kesselbrink	Mitte
	+ 12,5 (+ 11,5) 65 Personen	Sennestadt-Industriegebiet	Sennestadt

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Nichtdeutsche Einwohner/innen (Anteil an Gesamtbevölkerung in %)	+ 12,0 (+ 12,8) 1.007 Personen	Pauluskirche	Mitte
	+ 12,0 (+ 11,1) 383 (361) Personen	Bauerschaft Schildesche	Mitte
	+ 11,4 (-) 1.249 Personen	Sieker	Stieghorst
Höchste Anteile von Einwohner/-innen mit doppelter Staatsangehörigkeit an der Gesamtbevölkerung (Mittelwert Bielefeld am 31.12.2007: 10,8 %, Vorjahr: 10,3 %)	+ 20,1 (+ 20,0) 1.687 (1.631) Personen	Sieker	Stieghorst
	+ 19,2 (+ 19,2) 2.338 (2.327) Personen	Baumheide	Heepen
	+ 13,4 (+ 13,5) 928 (938) Personen	Südstadt	Sennestadt
	+ 12,3 (+ 12,8) 221 (217) Personen	Betriebshof Sieker	Mitte

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Vergleichsweise hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (Ausländer und Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft) (Mittelwert Bielefeld am 31.12.2007: 22,3 %, Vorjahr: 21,8 %)	+ 31,5 (+ 30,7) 2.936 (2.817) Personen	Sieker	Stieghorst
	+ 22,6 (+ 22,5) 3.501 (3.492) Personen	Baumheide	Heepen
	+ 18,5 (+ 19,0) 854 (854) Personen	Fuhrpark	Mitte
	+ 18,5 (+ 19,5) 666 (661) Personen	Bauerschaft Schildesche	Mitte
	+ 18,3 (+ 20,0) 655 (633) Personen	Güterbahnhof-Ost	Mitte
	+ 17,6 (+ 13,2) 108 (96) Personen	Sennestadt Industriegebiet	Sennestadt
	+ 15,0 (+ 14,7) 356 (344) Personen	Betriebshof Sieker	Mitte
	+ 14,9 (+ 15,0) 1.125 (1.143) Personen	Bahnhof-Brackwede	Brackwede
	+ 14,2 (+14,5) 1.564 (1.557) Personen	Pauluskirche	Mitte

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Vergleichsweise hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (Ausländer und Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft) (Mittelwert Bielefeld am 31.12.2007: 22,3 %, Vorjahr: 21,8 %)	+ 14,1 (+ 15,6) 988 (1.022) Personen	Stadtwerke	Mitte
	+ 14,1 (+ 13,6) 2.431 (2.377) Personen	Kammerich	Brackwede
	+ 13,6 (+ 13,3) 961 (937) Personen	Dürkopp	Mitte
	+ 12,6 (+ 13,0) 345 (357) Personen	Osníngpass	Gadderbaum
	+ 11,7 (12,0) 1.303 (1.327) Personen	Südstadt	Sennestadt
	+ 10,4 (+ 10,1) 553 (546) Personen	Universität	Schildesche
	+ 10,4 (-) 870 (-) Personen	Kesselbrink	Mitte

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Vergleichsweise geringer Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (Ausländer und Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft, die zehn stärksten Abweichungen)	- 19,9 (- 18,0) 5 (8) Personen	Togdrang	Senne
	- 18,9 (- 18,2) 18 (16) Personen	Holtkamp	Brackwede
	- 16,6 (- 16,1) 167 (170) Personen	Babenhäusen	Dornberg
	- 16,5 (- 16,8) 152 (134) Personen	Niederdornberg-Schröttinghäusen	Dornberg
	- 16,1 (- 14,9) 47 (54) Personen	Brönninghäusen	Heepen
	- 15,9 (- 15,7) 254 (248) Personen	Theesen	Jöllenbeck
	- 15,4 (- 15,9) 32 (27) Personen	Wolfskuhle	Dornberg
	- 15,0 (- 14,4) 219 (229) Personen	Hoberge-Uerentrup	Dornberg
	- 14,8 (14,8) 77 (77) Personen	Upmannstift	Mitte

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
	- 14,6 (14,5) 75 (75) Personen	Lämershagen	Stieghorst

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten (in Klammern 31.07.2006)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Ein-Personen-Haushalte, vergleichsweise <u>hoher</u> Anteil (Stichtag: 31.12.2007), Bielefeld gesamt: 76.397 Haushalte = 46,0 % (31.07.2006 = 45,5 %) Anteil an allen Bielefelder Haushalten	+ 24,9 (+ 25,7)	Alt- und Neustadt	Mitte
	+ 23,2 (+ 22,4)	Kesselbrink	Mitte
	+ 17,5 (+ 17,6)	Landgericht	Mitte
	+ 16,9 (+ 17,3)	Siegfriedplatz	Mitte
	+ 16,1 (+ 19,7)	Dürkopp	Mitte
	+ 15,9 (+ 25,9)	Bethel	Gaderbaum

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Ein-Personen-Haushalte, vergleichsweise <u>geringer</u> Anteil (Stichtag: 31.12.2007) Bielefeld gesamt; 76.397 Haushalte, 46,0 % (31.07.2006 = 45,5 %) Anteil an allen Bielefelder Haushalten	- 17,0 (- 20,6)	Oldentrup-Ost	Heepen
	- 16,8 (- 19,0)	Dalbke	Sennestadt
	- 15,8 (-)	Windwehe	Heepen
	-15,7 (- 16,8)	Lämershagen	Stieghorst
	- 15,6 (- 17,6)	Dingerdissen	Stieghorst
	- 15,5 (- 16,7)	Milse	Heepen
	- 15,0 (- 16,7)	Kupferheide	Brackwede
	- 12,8 (- 18,1)	Niederdornberg-Schröttinghausen	Dornberg

<u>Kennzahl</u>	Abweichung in Prozentpunkten	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Familien mit Kindern, vergleichsweise hoher Anteil (Stichtag: 31.12.2007), Bielefeld gesamt: 25.664 Haushalte, 15,4 % Anteil an allen Bielefelder Haushalten	+ 16,6 (+ 19,4)	Oldentrup-Ost	Heepen
	+ 16,5 (+ 16,5)	Dalbke	Sennestadt
	+ 14,2 (+ 16,8)	Dingerdissen	Stieghorst
	+ 9,9 (+ 12,1)	Milse	Heepen

<u>Kennzahl</u>	Anteil Bielefeld gesamt	Abweichung statistischer Bezirke in Prozentpunkten	Statistischer Bezirk/ Stadtbezirk
Familien mit einem Kind	6,9 % aller Bielefelder Haushalte	Größte Abweichung beträgt + 6,7 Prozentpunkte	„Großmarkt“, Mitte
Familien mit zwei Kindern	6,2 % aller Bielefelder Haushalte	Größte Abweichung beträgt + 8,8 Prozentpunkte	„Oldentrup-Ost“, Heepen
Familien mit drei und mehr Kindern	2,4 % aller Bielefelder Haushalte	Größte Abweichung beträgt + 6,5 Prozentpunkte	„Sennestadt Industriegebiet“, Sennestadt
Alleinerziehende mit einem Kind	2,5 % aller Bielefelder Haushalte	Größte Abweichung beträgt + 2,2 Prozentpunkte	„Wellensiek“, Dornberg
Alleinerziehende mit zwei und mehr Kindern	1,3 % aller Bielefelder Haushalte	Größte Abweichung beträgt + 1,7 Prozentpunkte	„Brönnighausen“, Heepen

<u>Kennzahl</u>	Arbeitslosen- Zahl 31.12.2007 (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Die zehn statistischen Bezirke mit der höchsten Arbeitslosenzahl (SGB II und SGB III, Bielefeld gesamt am 31.12.2007: 14.947 , zum Vergleich: 31.12.2006: 19.366)	906 (1.024)	Heeper Fichten	Mitte
	824 (929)	Hammer Mühle	Mitte
	759 (833)	Baumheide	Heepen
	644 (724)	Stieghorst (StBz.)	Stieghorst
	626 (670)	Sennestadt (StBz.)	Sennestadt
	591 (679)	Siegfriedplatz	Mitte
	579 (659)	Sieker	Stieghorst
	530 (578)	Kammerich	Brackwede
	517 (556)	Sudbrack	Schildesche

<u>Kennzahl</u>	Arbeitslosen-Zahl 31.12.2007 (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Die zehn statistischen Bezirke mit der höchsten Arbeitslosenzahl (SGB II und SGB III, Bielefeld gesamt am 31.12.2007: 14.947 , zum Vergleich: 31.12.2006: 19.366)	477 (503)	Gellershagen	Schildesche
Die zehn statistischen Bezirke mit der höchsten Arbeitslosenzahl SGB III (Arbeitslosengeld I, weniger als ein Jahr arbeitslos, Bielefeld gesamt am 31.12..2007: 3.480 , Vorjahr: 5.368)	138 (185)	Heeper Fichten	Mitte
	113 (181)	Hammer Mühle	Mitte
	104 (162)	Stieghorst (StBz.)	Stieghorst
	101 (165)	Sennestadt (StBz.)	Sennestadt
	100 (110)	Sieker	Stieghorst
	91 (138)	Baumheide	Heepen

<u>Kennzahl</u>	Arbeitslosen-Zahl 31.12.2006 (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Die zehn statistischen Bezirke mit der höchsten Arbeitslosenzahl SGB III (Arbeitslosengeld I, weniger als ein Jahr arbeitslos, Bielefeld gesamt am 31.12..2007: 3.480 , Vorjahr: 5.368)	90 (131)	Königsbrügge	Mitte
	88 (11)	Jöllenneck-Ost	Jöllenneck
	84 (141)	Sudbrack	Schildesche
	73 (93)	Quelle	Brackwede
Die zehn statistischen Bezirke mit der höchsten Arbeitslosenzahl SGB II (Bezieher von Arbeitslosengeld II, länger als ein Jahr arbeitslos, Bielefeld gesamt am 31.12.2007: 11.379 , Vorjahr: 13.998)	574 (721)	Heeper Fichten	Mitte
	523 (643)	Hammer Mühle	Mitte
	497 (621)	Baumheide	Heepen
	440 (482)	Stieghorst (StBz.)	Stieghorst

<u>Kennzahl</u>	Arbeitslosen-Zahl 31.12.2006 (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Die zehn statistischen Bezirke mit der höchsten Arbeitslosenzahl SGB II (Bezieher von Arbeitslosengeld II, länger als ein Jahr arbeitslos, Bielefeld gesamt am 31.12.2007: 11.379, Vorjahr: 13.998)	427 (469)	Sieker	Stieghorst
	389 (461)	Sennestadt (StBz.)	Sennestadt
	336 (404)	Kammerich	Brackwede
	389 (432)	Siegfriedplatz	Mitte
	306 (-)	Pauluskirche	Mitte
	287 (376)	Sudbrack	Schildesche

<u>Kennzahl</u>	Stichtag 31.12.2007 (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Die zehn statistischen Bezirke mit der höchsten Zahl von Personen in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II (Bielefeld gesamt am 31.12.2007: 37.528, Vorjahr: 38.914) Prozentangaben = Anteil an der Gesamtbevölkerung des statistischen Bezirks	2.131 (2.168) 27,3 % (27,5 %)	Baumheide	Heepen
	1.774 (1.865) 17,9 % (18,6 %)	Heeper Fichten	Mitte
	1.627 (1.586) 29,8 % (29,6 %)	Sieker	Stieghorst
	1.535 (1.499) 15,7 % (15,3 %)	Stieghorst (Statistischer Bezirk)	Stieghorst
	1.520 (1.562) 14,2 % (14,2 %)	Hammer Mühle	Mitte
	1.468 (1.529) 13,6 % (14,0 %)	Sennestadt (Statistischer Bezirk)	Sennestadt
	1.084 (1.076) 16,2 % (16,1 %)	Kammerich	Brackwede

<u>Kennzahl</u>	Stichtag 31.12.2007 (Vorjahr in Klammern)	Statistischer Bezirk	Stadtbezirk
Die zehn statistischen Bezirke mit der höchsten Zahl von Personen in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II (Bielefeld gesamt am 31.12.2007: 37.528, Vorjahr: 38.914) Prozentangaben = Anteil an der Gesamtbevölkerung des statistischen Bezirks	944 (989) 9,4 % (9,8 %)	Siegfriedplatz	Mitte
	942 (940) 22,0 % (21,9 %)	Pauluskirche	Mitte
	876 (936) 10,7 % (11,4 %)	Jöllenberg-Ost	Jöllenberg

III.2: Materielle Leistungen der Stadt Bielefeld bei Einkommensdefiziten

III.2.1.: Materielle Leistungen in Daten und Zahlen für die Gesamtstadt

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 gesamt	2007 gesamt	Veränderungen in Prozent (2006/2007)
Hilfe zum Lebensunterhalt, Einzelfallhilfen nach dem SGB XII, Kap. 3					
<i>Hilfen für Menschen, die in geringem Maße erwerbsfähig sind, aber keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld I oder II haben. Abhängig vom jeweiligen Fall werden Kosten entweder von der Kommune gezahlt oder aber vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe erstattet.</i>					
Fallzahlen (Jahresdurchschnittswerte)	-	838	893	944	+ 5,7 %
Fälle in Kostenträgerschaft der Kommune	-	694	732	752	+ 2,7 %
davon: außerhalb von Einrichtungen	-	334	361	392	+ 8,6 %
davon: innerhalb von Einrichtungen	-	360	371	360	- 3,0 %
Fälle in Kostenträgerschaft des Landschaftsverbandes Westfalen- Lippe	-	143	161	192	+ 19,3 %
davon: außerhalb von Einrichtungen	-	88	104	126	+ 21,2 %
davon: innerhalb von Einrichtungen	-	55	57	66	+ 15,8 %
Hilfen außerhalb von Einrichtungen in Kostenträgerschaft der Kommune:					
Ausgaben	-	2.428.435 €	2.501.879 €	2.695.099 €	+ 7,7 %
Einnahmen	-	429.336 €	379.106 €	373.507 €	- 1,5 %
Kommunaler Zuschussbedarf	-	1.999.099 €	2.122.773 €	2.321.592 €	+ 9,4 %
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall	-	500 €	490 €	494 €	+ 0,8 %

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 gesamt	2007 gesamt	Veränderungen in Prozent (2006/2007)
Hilfen innerhalb von Einrichtungen in Kostenträgerschaft der Kommune:					
Ausgaben	-	857.044 €	916.831 €	794.981 €	- 13,3 %
Einnahmen	-	2.017 €	75.089 €	4.030 €	- 94,6 %
Kommunaler Zuschussbedarf	-	855.027 €	841.742 €	790.951 €	- 6,0 %
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall	-	198 €	189 €	183 €	- 3,2 %
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Einzelfallhilfen nach dem SGB XII, Kap. 4					
<i>Grundsicherung im Alter: Menschen, die über 65 Jahre alt sind und deren Einkommen nicht zur Sicherung des Lebensunterhaltes reicht. Grundsicherung wegen Erwerbsminderung: Personen, die dauerhaft erwerbsgemindert sind. Abhängig vom jeweiligen Fall werden Kosten entweder von der Kommune gezahlt oder aber vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe erstattet</i>					
Fallzahlen (Jahresdurchschnittswerte)	2.335	2.793	3.138	3.301	+ 5,2 %
davon Grundsicherung wg. Alter	1.427	1.617	1.777	1.825	+ 2,7 %
➤ innerhalb von Einrichtungen	218	227	220	218	- 0,9 %
➤ außerhalb von Einrichtungen	1.209	1.390	1.557	1.607	+ 3,2 %
davon Grundsicherung wg. Erwerbsminderung	908	1.176	1.361	1.476	+ 8,5 %

Hilfe- bzw. Leistungsart	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 gesamt	2007 gesamt	Veränderungen in Prozent (2006/2007)
➤ innerhalb von Einrichtungen	39	44	48	54	+ 12,5 %
➤ außerhalb von Einrichtungen	869	1.132	1.313	1.422	+ 8,3 %
Fälle mit kommunaler Trägerschaft gesamt (Jahresdurchschnittswerte)	2.335	2.749	3.090	3.245	+ 5,0 %
➤ innerhalb von Einrichtungen	257	227	220	218	- 0,9 %
➤ außerhalb von Einrichtungen	2.078	2.522	2.870	3.027	+ 5,5 %
Ausgaben in Kostenträgerschaft der Kommune gesamt	9.508.242 €	13.789.306 €	15.040.079 €	16.223.649 €	+ 7,9 %
➤ innerhalb von Einrichtungen	970.967€	751.573 €	715.479 €	661.477 €	- 7,5 %
➤ außerhalb von Einrichtungen	8.537.275 €	13.037.733 €	14.324.600 €	15.562.172 €	+ 8,6 %
Einnahmen bei Fällen mit kommunaler Trägerschaft gesamt	1.418.164 €	228.656 €	217.251 €	448.451 €	+ 106,4 %
➤ innerhalb von Einrichtungen	36.645 €	11.195 €	63.390 €	32.655 €	- 48,5 %
➤ außerhalb von Einrichtungen	1.381.519 €	217.461 €	153.861 €	415.796 €	+ 170,2 %
Zuschussbedarf bei Fällen mit kommunaler Trägerschaft gesamt	8.090.078 €	13.560.650 €	14.822.828 €	15.775.198 €	+ 6,4 %
➤ innerhalb von Einrichtungen	934.322 €	740.378 €	652.089 €	628.822 €	- 3,6 %
➤ außerhalb von Einrichtungen	7.155.756 €	12.820.272 €	14.170.739 €	15.146.376 €	+ 6,9 %

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 gesamt	2007 gesamt	Veränderungen in Prozent (2006/2007)
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall mit kommunaler Trägerschaft					
➤ innerhalb von Einrichtungen	303 €	272 €	247 €	240 €	- 2,8 %
➤ außerhalb von Einrichtungen	287 €	424 €	412 €	417 €	+ 1,2 %
Nachrichtlich: Erstattung durch das	2.324.665 €	2.064.577 €	2.436.621 €	2.385.200 €	- 2,1 %
Kommunale Leistungen für Arbeitssuchende (ALG II) nach dem SGB II					
<i>Für Empfänger von Arbeitslosengeld II trägt die Kommune die Kosten für die angemessene Warmmiete und notwendige Einmalbeihilfen.</i>					
Kosten der Unterkunft und Heizung (laufende Hilfen)					
Fallzahlen (Jahresdurchschnittswerte)	-	20.325	19.533	18.109	- 7,3 %
Ausgaben gesamt	-	71.416.365 €	77.120.890 €	76.551.666 €	- 0,7 %
Durchschnittliche mtl. Gesamtkosten	-	5.951.364 €	6.426.741 €	6.379.306 €	- 0,7 %
Durchschnittliche <u>mtl.</u> Kosten pro Fall	-	293 €	329 €	352 €	+ 7,0 %

¹ Abhängig von den Netto-Gesamt-Ausgaben für diese Hilfeart in NRW, entsprechend anteilige Erstattung für Bielefeld.

Hilfe- bzw. Leistungsart	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 gesamt	2007 gesamt	Veränderungen in Prozent (2006/2007)
Durchschnittliche <u>jährl.</u> Kosten pro Fall	-	3.514 €	3.948 €	4.224 €	+ 7,0 %
Erstattung durch den Bund	-	20.650.386 €	22.459.730 €	21.988.195 €	- 2,1 %
Kommunaler Zuschussbedarf	-	50.765.979 €	54.661.160 €	54.563.471 €	- 0,2 %
Einmalige Beihilfen/Leistungen gesamt	-	2.960.142 €	3.126.999 €	3.301.634 €	+ 5,6 %
davon Unterkunft (Wohnungsbeschaffung, Mietkaution, Umzugskosten)	-	1.063.176 €	1.171.823 €	1.092.470 €	- 6,8 %
davon darlehensweise Übernahme von Mietschulden	-	0 €	85.992 €	58.823 €	- 31,6 %
davon Einrichtungsbeihilfe	-	1.439.078 €	1.302.012 €	1.327.087 €	+ 1,9 %
davon Bekleidungsbeihilfe	-	127.571 €	181.924 €	409.250 €	+ 125,0 %
davon mehrtägige Klassenfahrten	-	330.317 €	385.248 €	414.004 €	+ 7,5 %

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 gesamt	2007 gesamt	Veränderungen in Prozent (2006/2007)
Hilfe zum Lebensunterhalt für ausländische Flüchtlinge - Einzelfallhilfen nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz					
<i>Ausländer mit einer Aufenthaltsgestattung, einer Duldung oder einer Aufenthaltsbefugnis von weniger als sechs Monaten erhalten Hilfe zum Lebensunterhalt, nach 36 Monaten dann Leistungen analog zum SGB XII (s.o.)</i>					
Fallzahl (Jahresdurchschnittswerte)	391	400	415	401	- 3,4 %
Ausgaben	3.363.835 €	3.447.291 €	3.402.156 €	3.164.163 €	- 7,0 %
Einnahmen	548.580 €	173.721 €	152.537 €	68.419 €	- 55,1 %
Kommunaler Zuschussbedarf	2.815.255 €	3.273.570 €	3.249.619 €	3.095.744 €	- 4,7 %
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall	600 €	682 €	652 €	643	- 1,4 %
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz					
<i>Der Unterhalt von Kindern alleinstehender Erziehungsberechtigter bis zum 12. Lebensjahr wird nach diesem Gesetz gesichert. Bund und Land erstatten zusammen knapp die Hälfte der anfallenden Kosten an die Kommune zurück</i>					
Fallzahlen gesamt	1.955	2.115	2.183	2.183	-
Ausgaben	3.839.279 €	4.142.824 €	4.238.838 €	4.130.955 €	- 2,5 %
Einnahmen	1.910.223 €	2.077.456 €	1.767.870 €	2.206.913 €	+ 24,8 %

Hilfe- bzw. Leistungsart	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 gesamt	2007 gesamt	Veränderungen in Prozent (2006/2007)
Kommunaler Zuschussbedarf	1.929.056 €	2.065.368 €	2.470.968 €	1.924.042 €	- 22,1 %
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall	82 €	81 €	94 €	73 €	- 22,3 %
Erstattung durch Bund und Land (netto)	1.598.663 €	2.016.696 €	1.433.969 €	1.499.843 €	+ 4,6 %

Leistungen bei Pflegebedürftigkeit - Einzelfallhilfen nach dem SGB XII, Kap. 7

Finanzielle Unterstützung von pflegebedürftigen Menschen entweder bei der häuslichen Pflege (Pflegegeld) oder in Pflegeheimen.

Fallzahlen gesamt	1.569	1.633	1.685	1.710	+ 1,5 %
davon: in Kostenträgerschaft der Kommune	1.439	1.487	1.525	1.527	+ 0,1 %
davon: in Kostenträgerschaft des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe	130	146	160	183	+ 14,4 %
davon ambulant	635	703	755	783	+ 3,7 %
davon teilstationär oder stationär	934	930	930	927	- 0,3 %
Kommunale Ausgaben gesamt	14.316.561 €	14.147.398 €	13.651.718 €	14.260.685 €	+ 4,5 %
davon ambulant	5.322.295 €	5.800.856 €	5.607.319 €	5.981.464 €	+ 6,7 %
davon teilstationär oder stationär	8.994.266 €	8.346.542 €	8.044.399 €	8.279.221 €	+ 2,9 %

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 gesamt	2007 gesamt	Veränderungen in Prozent (2006/2007)
Einnahmen	1.528.635 €	1.160.916 €	1.272.093 €	1.953.286 €	+ 53,5 %
davon ambulant	10.823 €	70.661 €	61.685 €	143.183 €	+ 132,1 %
davon teilstationär oder stationär	1.517.812 €	1.090.255 €	1.210.408 €	1.810.103 €	+ 49,5 %
Kommunaler Zuschussbedarf	12.787.926 €	12.986.482 €	12.379.625 €	12.307.399 €	- 0,6 %
davon ambulant	5.311.472 €	5.730.195 €	5.545.634 €	5.838.281 €	+ 5,3 %
davon teilstationär oder stationär	7.476.454 €	7.256.287 €	6.833.991 €	6.469.118 €	- 5,3 %
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall in kommunaler Trägerschaft	741 €	728 €	677 €	672 €	-0,7 %
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall ambulant	748 €	750 €	686 €	703 €	+ 2,5 %
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall teilstationär oder stationär	736 €	711 €	669 €	646 €	- 3,4 %

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 gesamt	2007 gesamt	Veränderungen in Prozent (2006/2007)
Eingliederungshilfe für Behinderte - Einzelfallhilfen nach dem SGB XII Kap. 6					
<i>Unterschiedliche Leistungen für Menschen mit Behinderung zur (Re-) Integration in das gesellschaftliche und berufliche Leben.</i>					
Fallzahlen gesamt (ohne LWL-Fälle)	387	430	471	553	+ 17,4 %
davon innerhalb von Einrichtungen	23	24	33	40	+ 21,2 %
davon außerhalb von Einrichtungen	364	406	438	513	+ 17,1 %
Ausgaben gesamt	3.166.113 €	3.698.503 €	4.222.277 €	5.100.933 €	+ 20,8 %
Einnahmen gesamt	68.366 €	584.645 €	113.960 €	172.022 €	+ 50,9 %
Zuschussbedarf gesamt	3.097.747 €	3.114.038 €	4.108.317 €	4.928.911 €	+ 20,0 %
Hilfen zur Gesundheit - Einzelfallhilfen nach dem SGB XII, Kap. 5					
<i>Leistungen bei Krankheit oder zur Gesundheitsprophylaxe</i>					
Fallzahlen gesamt	-	513	539	516	- 4,3 %
Ausgaben gesamt	-	1.548.591 €	3.324.061 €	3.901.294 €	+ 17,4 %
Einnahmen gesamt		15.052 €	38.661 €	28.196 €	- 27,1 %

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 gesamt	2007 gesamt	Veränderungen in Prozent (2006/2007)
Kommunaler Zuschussbedarf	-	1.533.539 €	3.285.400 €	3.873.098 €	+ 17,9 %
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall	-	249 €	508 €	626 €	+ 23,2 %
Hilfe bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt nach § 4 AsylbLG					
<i>Leistungen bei Krankheit oder zur Gesundheitsprophylaxe</i>					
Fallzahlen gesamt (Jahresdurchschnittswerte)	-	285	287	285	- 0,7 %
Kommunaler Zuschussbedarf	-	949.999 €	849.601 €	1.000.725 €	+ 17,8 %
Durchschnittliche mtl. Kosten pro Fall	-	278 €	247 €	293 €	+ 18,6 %
Leistungen zur Überwindung von Problemlagen - Einzelfallhilfen nach dem SGB XII, Kap. 8 u. 9					
<i>Hilfen bei besonderen sozialen Schwierigkeiten oder in besonderen Lebenslagen.</i>					
Kommunaler Zuschussbedarf	-	712.837 €	732.179 €	672.555 €	- 8,1 %
davon außerhalb von Einrichtungen	-	395.315 €	532.684 €	502.980 €	- 5,6 %
davon innerhalb von Einrichtungen	-	317.522 €	199.495 €	169.575 €	- 15,0 %

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	2004 gesamt	2005 gesamt	2006 gesamt	2007 gesamt	Veränderungen in Prozent (2006/2007)
Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz					
Zuschuss zu den Kosten für Wohnraum für anspruchsberechtigte Mieter bzw. Eigentümer.					
Fallzahlen (Jahresdurchschnittswerte)	-	3.744	3.186	2.506	- 21,3 %

Hilfe- bzw. Leistungsart	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen in Prozent (2006/2007)
Leistungen der Unterhaltssicherung					
<i>Sicherung des Lebensunterhaltes für die zur Wehrpflicht bzw. zum Zivildienst Einberufenen und ihre Familien.</i>					
Fallzahl gesamt	201	187	180	186	+ 3,3 %
Ausbildungsförderung für Schüler/innen und Studierende					
<i>Sicherung des Lebensunterhaltes sowie der Ausbildungskosten von Schülern</i>					
Fallzahl gesamt	1.716	1.767	1.947	2.047	+ 5,1 %
Hilfen für Schwerbehinderte - Einzelfallhilfen nach dem SGB IX					
<i>Leistungen an behinderte oder von Behinderung bedrohte Menschen, um ihre Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken.</i>					
Begleitende Hilfen im Arbeitsleben (Fallzahlen gesamt)	150	143	120	135	+ 12,5 %
Fahrdienst (Fallzahlen gesamt)	1.155	1.125	1.115	1.123	+ 0,7 %

III.2.2.: Höchste Fallzahlen in den statistischen Bezirken im Berichtsjahr 2007

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	<u>Fallzahl 2007 (Vorjahr)</u>	<u>Statistischer Bezirk</u>	<u>Stadtbezirk</u>
Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, Einzelfallhilfen nach dem SGB XII, Kap. 3 (Jahresdurchschnittswert)			
	29 (25)	Hammer Mühle	Mitte
	26 (22)	Gellershagen	Schildesche
	21 (31)	Heeper Fichten	Mitte
	20 (16)	Sudbrack	Schildesche
	18 (18)	Stadtwerke	Mitte
	17 (13)	Nordpark	Mitte
	16 (17)	Pauluskirche	Mitte
	13 (15)	Siegfriedplatz	Mitte

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	<u>Fallzahl 2007 (Vorjahr)</u>	<u>Statistischer Bezirk</u>	<u>Stadtbezirk</u>
Grundsicherung im Alter, Einzelfallhilfen nach dem SGB XII, Kap. 4			
	140 (134)	Baumheide	Heepen
	75 (78)	Sieker	Stieghorst
	70 (69)	Sennestadt	Sennestadt
	69 (80)	Heeper Fichten	Mitte
	66 (65)	Kammerich	Brackwede
	59 (55)	Hammer Mühle	Mitte
	56 (54)	Siegfriedplatz	Mitte
	49 (49)	Stieghorst	Stieghorst

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	<u>Fallzahl 2007 (Vorjahr)</u>	<u>Statistischer Bezirk</u>	<u>Stadtbezirk</u>
Grundsicherung bei Erwerbsminderung, Einzelfallhilfen nach dem SGB XII, Kap. 4			
	59 (66)	Heeper Fichten	Mitte
	58 (55)	Baumheide	Heepen
	58 (52)	Sennestadt	Sennestadt
	52 (44)	Hammer Mühle	Mitte
	50 (47)	Kammerich	Brackwede
	49 (39)	Pauluskirche	Mitte
	44 (39)	Siegfriedplatz	Mitte
	42 (43)	Sieker	Stieghorst
	41 (23)	Nordpark	Mitte

<u>Hilfe- bzw. Leistungsart</u>	<u>Fallzahl 2007 (Vorjahr)</u>	<u>Statistischer Bezirk</u>	<u>Stadtbezirk</u>
Hilfe zum Lebensunterhalt für ausländische Flüchtlinge nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz			
	31 (21)	Baumheide	Heepen
	28 (26)	Pauluskirche	Mitte
	23 (22)	Heeper Fichten	Mitte
	18 (4)	Frerks Hof	Brackwede
	17 (8)	Güterbahnhof - Ost	Mitte
	16 (22)	Stieghorst	Stieghorst
	15 (20)	Hammer Mühle	Mitte

III.3.: Beratung und Betreuung - Lebensphasenspezifische Angebote

III.3.1.: Kinder und Jugendliche

<u>Angebot</u>	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
<u>Tagesbetreuung und weitere Angebote für Kinder</u>					
Anzahl der Tageseinrichtungen für Kinder gesamt	165	166	165	165	-
davon in städtischer Trägerschaft	42	42	42	42	-
davon in freier Trägerschaft	123	124	123	123	-
Anzahl der Gruppen in Tageseinrichtungen für Kinder gesamt	483	488	483	482	- 0,2 %
davon in städtischer Trägerschaft	142	142	141	141	-
davon in freier Trägerschaft	341	346	342	341	+ 0,3 %
davon kleine altersgemischte Gruppen	49	50	53	52	+ 1,9 %
davon Kindergartengruppen	232	234	226	219	- 3,1 %
davon Kindertagesstättengruppen	129	135	137	175	+ 27,7 %

Angebot	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
davon große altersgemischte Gruppen	46	42	46	16	- 65,2 %
davon Hortgruppen	27	27	21	20	- 4,8%
Versorgungsquote für Unter-3-jährige in Tageseinrichtungen für Kinder, Tagespflegegruppen und durch Tagespflegepersonen gesamt (2,5 Jahrgänge)					
	-	-	11,6 % ¹	13,0 %	+ 1,4 %
Regionale Abweichungen von mehr als 10 Prozentpunkten vom gesamtstädtischen Mittelwert					
	-	-	Gadderbaum + 44,7 %	Gadderbaum + 39,8 %	- 4,9 %
	-	-	Schildesche + 7,4 %	Schildesche + 7,1 %	- 0,3 %
	-	-	Mitte + 3,2 %	Mitte + 4,9 %	+ 1,7 %
	-	-	Senne - 2,9 %	Senne - 2,9 %	-
	-	-	Sennestadt - 3,0 %	Sennestadt + 1,3 %	+ 4,3 %
	-	-	Jöllenneck - 4,0 %	Jöllenneck - 1,4 %	+ 2,6 %

¹ Nach der gesetzlichen Neuregelung durch das Tagesbetreuungs-Ausbaugesetz (TAG) ist keine Vergleichbarkeit mit den Vorjahreswerten gegeben.

<u>Angebot</u>	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
Regionale Abweichungen von mehr als 10 Prozentpunkten vom gesamtstädtischen Mittelwert	-	-	Brackwede - 4,0 %	Brackwede - 1,7 %	+ 2,3 %
	-	-	Stieghorst - 4,2 %	Stieghorst - 6,9 %	- 2,8 %
	-	-	Heepen - 7,0 %	Heepen - 7,3 %	- 0,3 %
Versorgungsquote für 3 bis unter 6-jährige in Tageseinrichtungen für Kinder gesamt (3,25 Jahrgänge)	87,7 % ¹	90,6 % ²	92,0 % ³	96,75 % ⁴	+ 4,75 %
Regionale Abweichungen von mehr als 10 Prozentpunkten vom gesamtstädtischen Mittelwert	Gadderbaum + 24,8	Gadderbaum + 28,8	Gadderbaum + 29,3	Gadderbaum + 19,8	-
	-	-	Brackwede + 11,4	Schildesche + 12,3	-
	-	Heepen - 14,1	Heepen - 15,0	Dornberg - 15,4	-
				Heepen - 12,8	-

¹ Abweichender Stichtag 31.07.2004

² Abweichender Stichtag 31.07.2005

³ Abweichender Stichtag 31.07.2006

⁴ Abweichender Stichtag 31.07.2007

<u>Angebot</u>	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
Gesamtkosten Tageseinrichtungen für Kinder (Jahreswert)	56.439.915 €	57.017.530 €	58.163.283 €	57.644.483 €	- 0,9 %
davon Trägeranteil	3.977.626 €	3.228.353 €	3.296.969 €	3.609.020 €	+ 9,5 %
davon Landeszuschuss	19.176.633 €	19.005.616 €	18.393.205 €	19.017.892 €	+ 3,4 %
davon Elternbeiträge	7.305.621 €	7.330.285 €	7.361.552 €	7.316.279 €	- 0,6 %
davon kommunaler Zuschuss (incl. gesetzliche und vertragliche Betriebskostenförderung für freie Träger)	25.980.035 €	27.502.272 €	28.676.740 €	27.721.677 €	- 3,3 %
Anzahl der Fälle	204	203	203	214	+ 5,4 %
Kosten der Tagespflege	404.678 €	445.657 €	574.824 €	906.579 €	+ 57,7 %

¹ Förderung durch die wirtschaftliche Jugendhilfe, ohne Tagespflegegruppen

<u>Angebot</u>	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
Spielstuben, Anzahl der Angebote	14	13	12	10	- 16,7 %
Ausgaben	1.281.684 €	1.282.598 €	1.107.884 €	1.022.762 €	- 7,7 %
Hilfen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien					
Stationäre Angebote					
Anzahl der Träger	12	12	12	12	-
Anzahl der Plätze gesamt	432	436	430	449	+ 4,4 %
davon in städtischer Trägerschaft	104	104	104	104	-
davon in freier Trägerschaft	328	332	326	345	+ 5,8 %

<u>Angebot</u>	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
Stationäre Unterbringung durch die Stadt Bielefeld, Fallzahl (Jahresdurchschnittswerte)¹	372	382	344	389	+ 13,1%
Teilstationäre Angebote (nur freier Träger), Anzahl der Träger	5	5	5	5	-
Anzahl der Plätze	144	144	144	144	-
Fallzahl (Jahresdurchschnittswerte)	144	144	142	153	+ 7,7 %
Pflegekinder (Jahresdurchschnittswerte)	310	322	347	363	+ 4,6 %
Ambulante Hilfen zur Erziehung, Zahl der	20	22	23	23	-
Fallzahl (Jahresdurchschnittswerte) ¹	222	273	318	446	+ 40,3 %
Ambulante Eingliederungshilfen für Kinder ab 6 Jahren, Anzahl der Anbieter	6	8	8	10	+ 25,0 %
Fallzahl (Jahresdurchschnittswerte)	313	337	320	149	- 53,4 %
Stationäre Eingliederungshilfen, Fallzahl (Jahresdurchschnittswerte)	81	76	75	67	- 10,7 %

¹ Unterbringung nach SGB VIII, §§ 13,19, 21, 34, 42, incl. Betreutes Wohnen und Mutter-Kind-Maßnahmen. (Ohne pauschal finanzierte Angebote (Leistungsverträge).)

² Angebote nach SGB VIII, §§ 18,20,27,29,30.

<u>Angebot</u>	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
Gesamtkosten Hilfen zur Erziehung und Förderung der Erziehung in der	30.330.373 €	29.592.876 €	28.391.129 €	30.349.488 €	+ 6,9 %
Einnahmen	3.316.744 €	3.190.743 €	3.131.071 €	3.087.375 €	- 1,4 %
Kommunaler Zuschussbedarf	27.013.629 €	26.402.133 €	25.260.058 €	27.262.113 €	+ 7,9 %
Jugendgerichtshilfe, Fallzahl (Jahresdurchschnittswert)	870	847	820	839	+2,3 %
Hilfen im Vorfeld der Hilfen zur Erziehung (Jahresdurchschnittswerte)	834	726	781	818	+ 4,7 %
Beistandschaften, Fallzahl (Stichtagsdaten)	2.130	2.026	1.902	1.723	- 9,4 %
Pflegschaften, Fallzahl (Stichtagsdaten)	56	58	58	49	- 15,5 %
Vormundschaften, Fallzahl (Stichtagsdaten)	175	185	183	177	- 3,3 %

¹ Gesamtkosten ohne Hilfen für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII) und Tagespflege (§ 23, SGB VIII).

<u>Angebot</u>	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
<u>Kinder- und Jugendarbeit, Stadtteilprojekte:</u>					
Einrichtungen offener Kinder- und Jugendarbeit, Anzahl	29	29	29	29	-
davon mobile Angebote	7	8	8	8	-
Ausgaben gemäß Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen	3.357.278 €	4.302.940 €	4.346.228 €	4.357.525 €	+ 0,3 %
davon Landeszuschuss	605.874 €	593.000 €	659.718 €	659.718 €	-
Schulsozialarbeit, Anzahl der Angebote (Schulen)	7	7	7	8	+ 14,2 %
Ausgaben	337.490 €	326.846 €	326.846 €	365.531 €	+ 11,8 %

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern, Handlungsfeld: Kinder und Jugendförderung	Anzahl der Verträge/Angebote 2007 (Vorjahr)	Vertragssumme (Vorjahr)
Angebote in Wohngebieten mit hohem Integrationsbedarf	10 (14)	1.039.259 € (1.026.755 €)
Kinderzentrum	1 (1)	105.075 € (106.449 €)
Freizeitzentren	2 (2)	1.047.008 € (1.058.634 €)
Offene Kinder- u. Jugendarbeit	29 (31)	2.685.544 € (2.973.778 €)
Jugendverbandsarbeit	2 (2)	722.799 € (730.200 €)
Schulsozialarbeit	3 (3)	365.531 € (324.113 €)
Fachberatung TfK	1 (1)	28.817 € (30.347 €)
Gesamt	54 (54)	5.995.033 € (6.250.276 €)

III.3.2.: Junge Erwachsene, Erwachsene und Familien

<u>Angebot</u>	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
Erziehungsberatungsstellen, Anzahl der Angebote gesamt	9	9	9	9	-
Erziehungsberatungsstellen, Anzahl der Fälle gesamt	3.409	3.740	liegt noch nicht vor	liegt noch nicht vor	-
Städtische Zuschüsse	1.138.029 €	1.144.141 €	1.123.083 €	1.123.083 €	-
Sozialpädagogische Familienhilfe, Anzahl der Fälle gesamt	69	72	83	76	- 8,4 %
davon bei städtischen Angeboten	35	33	37	36	- 2,7 %
davon bei Angeboten freier Träger	34	39	46	40	- 13,0 %
Hilfen für junge Volljährige (SGB VIII)	141	148	148	160	+ 8,1 %
Gesamtkosten	4.464.910 €	4.500.773 €	4.322.248 €	4.205.227 €	- 2,7 %
Einnahmen	234.025 €	299.287 €	297.624 €	387.374 €	+ 30,2 %
Kommunaler Zuschussbedarf	4.230.885 €	4.201.486 €	4.024.624 €	3.817.853 €	- 5,1 %

<u>Angebot</u>	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
<u>Spezielle Beratungsstellen:</u>					
Schwangerschaftskonfliktberatung, Fallzahl (nach § 219 StGB)	1.344	1.306	liegt noch nicht vor	liegt noch nicht vor	-
Städtischer Zuschuss	281.441 €	202.745 €	202.745 €	202.745 €	-
Hedwig-Dornbusch-Schule (Anzahl der TeilnehmerInnen an Angeboten des Bereiches „Kinder- und Jugendhilfen“)	5.133	4.458	4.178	liegt noch nicht vor	-
Städtischer Zuschuss	89.735 €	124.144 €	121.661 €	121.661 €	-

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern, Handlungsfeld: Familienförderung	Anzahl der Verträge 2007 (Vorjahr)	Vertragssumme (Vorjahr)
Erziehungs- u. Erwachsenen-Beratungsstellen	9 (10)	1.269.303 € (1.177.375 €)
Sozialpädagogische Familienhilfe	2 (2)	321.699 € (327.273 €)
Hedwig-Dornbusch Schule	1 (1)	121.661 € (124.144 €)
Jugend- und Familienhilfe	4 (4)	148.432 € (150.946 €)
Schwangerschafts-Konfliktberatung	3 (3)	199.184 € (202.745 €)
Adoptionsvermittlung	1 (1)	6.012 € (6.135 €)
Gesamt	21 (21)	2.066.291 € (1.988.618 €)

III.3.3.: Seniorinnen und Senioren

<u>Angebot</u>	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
<u>Pflege</u>					
Tagespflege, Anzahl der	8	9	9	9	-
Tagespflege, Anzahl der Plätze	100	118	118	118	-
Pflegeheime, Anzahl der	35	34	34	33	- 2,9 %
Pflegeheime, Anzahl der Plätze	3.140	3.138	3.126	3.107	- 0,6 %
Altentagesstätten, Begegnungszentren, Anzahl der Einrichtungen (alle in freier Trägerschaft) ¹	22	22	21	21	-
Geriatrische Versorgung, Anzahl der Betten	114	114	114	114	-
Mobile Dienste, Anzahl der	10	10	10	9	- 10,0 %

¹ Nur Angebote, die über Leistungsverträge finanziert werden. Daneben gibt es zahlreiche andere Anbieter.

² Einrichtungen gemäß Heimgesetz

<u>Angebot</u>	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
<u>Weitere Angebote/Aufgaben:</u>					
Heimaufsicht, Anzahl der Überprüfungen	52	45	57	62	+ 8,8 %
Wohn- und Pflegeberatung, Anzahl der Beratungen (Jahresgesamtzahl)	2.210	2.307	2.371	2.629	+ 10,9 %
Beratung bei Kurzzeitpflege, (Jahresgesamtzahl)	329	290	285	472	+ 65,6 %

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern, Handlungsfeld: Seniorinnen-/Seniorenförderung	Anzahl der Verträge 2007 (Vorjahr)	Vertragssumme (Vorjahr)
Mobile Dienste	9 (10)	151.966 € (197.574 €)
Offene Altenhilfe	9 (25)	659.498 € (925.010 €)
Gesamt	18 (35)	811.464 € (1.122.584 €)

III.4.: Beratung und Betreuung - Zielgruppenspezifische Angebote

III.4.1.: Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung

<u>Angebot</u>	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
Sozialpsychiatrischer Dienst, Jahres-Fallzahl gesamt	1.181	1.204	1.337	1.327	- 0,8 %
Unterbringung nach PsychKG, Jahres-Fallzahl gesamt	510	459	510	502	- 1,6 %
Behindertenberatung, Anzahl der Angebote gesamt	3	3	3	3	-
davon in städtischer Trägerschaft	2	2	2	2	-
davon in freier Trägerschaft	1	1	1	1	-
in städtischer Trägerschaft: Zahl der beratenen Personen	911	1.070	1.479	1.409	- 4,7 %
Hörgeschädigtenberatung, Jahresgesamtfallzahl	756	705	542	638	+ 17,7 %
Suchtkrankenhilfe, Anzahl der Beratungsstellen	3	3	3	4	+ 33,3 %
Suchtkrankenhilfe, Anzahl der geförderten Selbsthilfegruppen	13	13	13	13	-
Krisendienst, Anzahl der Kontakte	2.260	2.502	2.618	2.641	+ 0,9 %

<u>Angebot</u>	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
Rechtliche Betreuungen gesamt	4.481	4.399	4.636	4.879	+ 5,2 %
davon ehrenamtliche Betreuung	2.564	2.424	2.532	2.597	+ 2,6 %
davon berufliche Betreuung	1.917	1.975	2.104	2.252	+ 7,0 %
Berufliche Betreuung	1.917	1.975	2.104	2.252	+ 7,0 %
davon Betreuungsvereine	738	716	742	783	+ 5,5 %
davon BerufsbetreuerInnen	947	1.036	1.094	1.171	+ 7,0 %
Rechtsanwälte	203	197	241	273	+ 13,3 %
davon Behördenbetreuung	29	26	27	25	- 7,4 %

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern, Handlungsfeld: Integrationsförderung - Menschen mit Behinderung bzw. chronischer Erkrankung	Anzahl der Verträge 2007 (Vorjahr)	Vertragssumme (Vorjahr)
Suchtkrankenhilfe	16 (15)	178.489 € (150.630 €)
Drogen / Sucht	2 (1)	1.565.344 € (1.539.607 €)
Sozialpsychiatrische Versorgung	2 (3)	181.670 € (232.913 €)
Krisendienst	1 (1)	163.000 € (174.475 €)
Behindertenhilfe	24 (24)	363.784 € (368.787 €)
Spezifische Beratungsstellen	2 (2)	27.067 € (27.609 €)
Gesamt	47 (46)	2.479.354 € (2.494.021 €)

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern, Handlungsfeld: Förderung bürgerschaftlichen Engagements und von Selbsthilfepotenzialen	Anzahl der Verträge 2007 (Vorjahr)	Vertragssumme (Vorjahr)
Betreuungsvereine	5 (5)	83.385 € (85.087 €)

III.4.2.: Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund

<u>Angebot</u>	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
Vorschulische Sprachförderung, Anzahl der Kurse	78	101	213	233	+ 9,4 %
Flüchtlingsberatung (DRK), Jahresgesamt-Fallzahl Personen	154	88	liegt noch nicht vor	liegt noch nicht vor	-
Fachstelle für ausländische Flüchtlinge (Flüchtlingsberatung), Jahresgesamtzahl	1.687	1.969	1.978	1.120	- 43,4 %
Städt. Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Anzahl Plätze	316	293	169	156	- 7,7 %
Städt. Unterkünfte für Aussiedler, Anzahl Plätze	435	435	331	113	- 65,9 %

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern, Handlungsfeld: Integrationsförderung - Menschen mit Migrationshintergrund	Anzahl der Verträge 2007	Vertragssumme
Migrationsarbeit	10	369.272 €
Beratung und Betreuung erwachsener Aussiedler	2	34.148 €
Suchdienst/ Kreisnachforschungsstelle	1	5.791 €
Gesamt	13	409.212 €

III.4.3.: Angebote für Menschen in besonderen Notlagen oder sozialen Schwierigkeiten

Angebot	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
Schuldnerberatung, Anzahl der Beratungen	2.655	3.155	2.645	3.323	+ 25,6 %
„Streetmed“					
Beratene (behandelte) Personen	328	293	306	283	- 7,5 %
Anzahl der Krankenscheine	537	501	494	511	+ 3,4 %
Straffälligenhilfe, Anzahl der Angebote	7	7	7	7	-
Hilfen zur Vorbeugung von Wohnungsverlust, betroffene Haushalte (Fallzahl gesamt)	1.767	1.561	1.437	1.642	+ 14,3 %
davon Wohnungserhalt bewirkt (Erfolgsfälle =Haushalte pro Jahr)	1.214	1.111	1.012	1.138	+ 12,5 %
Städtische Unterkünfte für einheimische Wohnungslose (Anzahl)	8	7	6	4	- 33,3 %
Personen in städtischen Unterkünften für einheimische Wohnungslose (Personenzahl am 31.12.)	209	145	109	73	- 33,0 %

<u>Angebot</u>	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
Städtisches Projekt für Wohnungslose: „Unterkünfte - besser (ist) wohnen“ (Projekt ab 2004)					
Anzahl der Vermittlungen von Haushalten in Wohnungen	72	111	66	59	- 10,6 %
Anzahl der Vermittlungen von Personen in Hilfesysteme	41	36	48	25	- 47,9 %
Anzahl aquirierter Wohnungen	20	51	25	18	- 28,0 %
Angebote freier Träger für Wohnungslose:					
Ambulante Beratungsstellen	2	2	2	2	-
Tagesaufenthalte, Kontaktstellen	3	3	3	2	- 33,3 %

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern, Handlungsfeld: Integrationsförderung - Besondere Notlagen und soziale Schwierigkeiten	Anzahl der Verträge 2007 (Vorjahr)	Vertragssumme (Vorjahr)
Schuldnerberatung	4 (4)	99.687 € (101.477 €)
Straffälligenhilfe	7 (7)	166.363 € (169.549 €)
Hilfen für Wohnungslose	6 (5)	352.244 € (293.933 €)
Bahnhofsmission	2 (2)	22.886 € (23.283 €)
Gesamt	19 (18)	641.180 € (588.242 €)

III.4.4.: Angebote der Mädchen- und Frauenarbeit

<u>Angebot</u>	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
Mädchenberatungsstellen	1	1	1	1	-
Frauenberatungsstellen	2	2	2	2	-
Spezifische Angebote für Mädchen und Frauen in Notsituationen	8	8	8	9	+ 12,5 %

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern, Handlungsfeld: Mädchen- und Frauenförderung	Anzahl der Verträge 2007 (Vorjahr)	Vertragssumme (Vorjahr)
Erziehungs- u. Erwachsenen-Beratungsstellen, hier: „Eigensinn“	1 (1)	94.986 € (96.517 €)
Frauen- u. Mädchenprojekte	9 (8)	501.214 € (432.370 €)
Gesamt	10 (9)	596.200 € (528.887 €)

III.5: Gesundheit und Verbraucherschutz

III.5.1.: Ausgewählte Leistungsdaten

<u>Angebot</u>	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
Anzahl der Untersuchungen von Kindern in	805	980	570	765	+ 34,2 %
davon männlich	436	500	304	392	+ 28,9 %
davon weiblich	369	480	266	373	+ 40,2 %
davon mit	330	557	310	440 (399) ³	+ 41,9 %
Anzahl der untersuchten	3.380	3.231	3.146	3.260	+ 3,6 %
davon mit	1.243	1.216	1.277	1.381 (1.086) ³	+ 8,1 %
Anzahl der SchülerInnen bei	348	573	811	771	- 4,9 %
davon männlich	215	324	506	399	- 21,1 %
davon weiblich	133	249	302	372	+ 23,2 %

¹ Jeweils Schuljahr.

² Sog. ethnische Gruppen, d.h. Unterteilung danach, ob es deutsche Kinder/Jugendliche, hier geborene Kinder/Jugendliche ausländischer Herkunft, im Ausland geborene Kinder/Jugendliche oder ausgesiedelte Kinder/Jugendliche sind.

³ Zahl in Klammern - Migration definiert über primäre Sprachsozialisation: Eine andere Sprache als deutsch wurde in den ersten vier Lebensjahren überwiegend mit den Kindern zu Hause gesprochen.

Angebot	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
davon mit	197	345	505	435	- 13,9 %
Anzahl der untersuchten Kinder bei den zahnärztlichen Reihenuntersuchungen	33.550	31.838	28.226	25.530	- 9,6 %
Anzahl der TeilnehmerInnen an der zahnärztlichen Gruppenprophylaxe	8.545	8.823	9.735	9.217	- 5,3 %
Anzahl der amtsärztlichen Untersuchungen und Begutachtungen (Fälle)	9.585	9.648	9.460	10.658	+ 12,7 %
davon weiblich	5.132	5.148	5.050	5.613	+ 10,8 %
davon männlich	4.455	4.499	4.410	5.059	+ 14,5 %
davon unter 45 Jahren	8.163	8.076	-	7.090	-
davon über 45 Jahren	1.422	1.572	-	3.568	-
davon gutachterliche Tätigkeiten (ohne Infektionsschutz):	3.537	3.731	3.905	4.095	+ 4,9 %
➤ Mehrbedarf ("Diätzulage")	77	267	178	189	+ 6,2 %
➤ Eingliederungshilfe	497	568	666	802	+ 20,4 %
➤ Arbeits-/Erwerbsfähigkeit	568	755	873	944	+ 8,1 %

² Sog. ethnische Gruppen, d.h. Unterteilung danach, ob es deutsche Kinder/Jugendliche, hier geborene Kinder/Jugendliche ausländischer Herkunft, im Ausland geborene Kinder/Jugendliche oder ausgesiedelte Kinder/Jugendliche sind.

Angebot	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
➤ Einstellungsuntersuchungen	412	360	415	378	- 8,9 %
Fälle im kinder- und jugendpsychiatrischen Dienst insgesamt	461	423	390	439	+ 12,6 %
davon weiblich	138	127	121	131	+ 8,3 %
davon männlich	306	288	252	308	+ 22,2 %
davon mit	145	160	170	-	-
davon 3 bis unter 6 Jahren	27	15	58	74	+ 27,6 %
davon 6 bis unter 10 Jahren	186	144	110	122	+ 10,9 %
davon 10 bis unter 14 Jahren	96	138	58	96	+ 65,5 %
davon 14 bis unter 18 Jahren	102	108	75	106	+ 41,3 %
Anzahl Frühförderung	338	372	440	483	+ 9,8 %
davon weiblich	116	129	126	155	+ 23,0 %

¹ Definiert nach Geburtsland, d.h. Kind und/oder Elternteil ist nicht in Deutschland geboren.

² Ohne FF-Fälle in der Statistik des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes.

Angebot	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
davon männlich	218	234	272	317	+ 16,5 %
davon 0 - unter 4 Jahre	150	117	168	183	+ 8,9 %
davon 4 bis unter 7 Jahre	172	219	224	291	+ 29,9 %
Kontakte AIDS-	1.426	1.342	1.432	1.403	- 2,0 %
davon weiblich	669	630	657	630	- 4,1 %
davon männlich	689	703	775	773	- 0,3 %
davon bis unter 21 Jahren	184	203	140	136	- 2,9 %
davon mit Migrationshintergrund	143	159	159	170	+ 6,9 %
Präventionsveranstaltungen der AIDS-Beratungsstelle insgesamt (Jahreszahlen)	175	142	179	165	- 7,8 %
davon für MultiplikatorInnen	8	9	8	15	+ 87,5 %

¹ HIV-Antikörpertests mit vorheriger Beratung, eingehende Beratungen, Telefonberatungen sowie E-Mail-Beratungen.

Angebot	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
davon für Eltern	10	10	10	7	- 30,0 %
davon Veranstaltungen mit SchülerInnen	141	111	147	137	- 6,8 %
davon mit Jugendlichen in der außerschulischen Arbeit	12	9	11	6	- 45,5 %
davon mit anderen Zielgruppen	4	3	3	4	+ 33,3 %
Gesundheitshygiene und Gesundheitsschutz (ohne Gesundheitsaufsicht)	5.466	4.847	4.531	5.086	+ 12,2 %
davon §§ 42/43 IfSG	3.270	3.114	2.877	3.025	+ 5,1 %
davon meldepflichtige Krankheitsfälle in Bearbeitung (ohne TBC)	1.288	1.246	1.145	1.624	+ 41,8 %
Anzahl der TBC-Neuzugänge (Fallzahlen, Jahresdurchschnittswerte)	35	29	30	21	- 30,0 %
davon weiblich	14	14	17	9	- 47,1 %
davon männlich	16	15	13	13	-
davon nicht deutsch	13	14	15	6	- 60,0 %

Angebot	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2007	Veränderungen 2006 - 2007 in Prozent
Anzahl der untersuchten Kontaktpersonen TBC	850	441	478	416	- 13,2 %
Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung:					
Proben	1.962	1.875	1.883	1.860	- 1,2 %
davon beanstandet	380 (=19,4 %)	307 (=16,4 %)	314 (=16,7 %)	286 (=15,4%)	- 8,9 %
Betriebskontrollen (bei ca. 3400 Betrieben)	4.357	4.744	4492	3361	- 25,2 %
davon Plan-/Verdachtskontrollen	2.310	2.360	2160	1724	- 20,1 %
davon Nachkontrollen	232	312	323	226	- 30,0 %
davon andere (z.B. Überprüfung von Rückrufaktionen, Abnahmen, Probeentnahmen, Beratungen)	1.815	2.072	1837	1499	- 18,4 %
Verbraucherbeschwerden	159	149	157	150	- 4,5 %

Impressum:

**Herausgeber: Stadt Bielefeld – Der Oberbürgermeister
Dezernat Jugend, Soziales, Wohnen**

Verantwortlich: Beigeordneter Tim Kähler

Redaktion: Norbert Wörmann

**Daten: Stadt Bielefeld, Amt für Statistik und Wahlen
Bundesagentur für Arbeit
Stadt Bielefeld, Dezernat V**

Kartografie: Stadt Bielefeld, Vermessungs- und Katasteramt